



Die KPÖ im Staatsapparat

MANFRED MUGRAUER

Die Forderung nach einer Demokratisierung des Staatsapparats war einer der Hauptpunkte jenes Programms, das die KPÖ zur Neugestaltung eines demokratischen Österreich nach der Befreiung vom Faschismus entwickelte. Neben der Verstaatlichung der Großindustrie, einer umfassenden Entnazifizierung und der Durchführung einer Bodenreform stand die Erneuerung des Staatsapparats im Mittelpunkt ihrer antifaschistisch-demokratischen Orientierung.

Bereits im Exil hatte die KPÖ als eine der ersten Maßnahmen die „Säuberung“ von Staat und Verwaltung von faschistischen Beamten und reaktionären Bürokraten, sowie den Aufbau eines neuen Staatsapparats „aus den Reihen der im Kampfe erprobten Patrioten und Antifaschisten aller Volksschichten auf breiter demokratischer Grundlage“ gefordert.¹ Nachdem im April 1945 der nationalsozialistische Staatsapparat und die Verwaltung völlig zusammengebrochen waren, waren es zunächst vor allem kommunistische AktivistInnen, die im lokalen Rahmen die Initiative zum Wiederaufbau ergriffen. Als gleichberechtigte Partnerin von SPÖ und ÖVP in der ersten Nachkriegsregierung versuchte die KPÖ auch in den Zentralstellen durch personalpolitische Maßnahmen Einfluss zu nehmen. Diese Orientierung „Hinein in den Staatsapparat“ entsprach ihrem grundsätzlichen Selbstverständnis als verantwortungsbewusste, konstruktiv mitgestaltende „Staatspartei“.

Kadermangel

Einer Verankerung der KPÖ im Staatsapparat und langfristigen Absicherung ihrer Positionen standen jedoch mehrere Schwierigkeiten entgegen: Zunächst mangelte es der Partei – nach zwölf Jahren in der Illegalität – an erfahrenen FunktionärInnen und verwaltungstechnisch geschultem Personal. Die meisten mittleren Parteikader befanden sich noch im Exil oder waren erst im Begriff, aus den faschistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern zurückzukehren. Viele

bewährte GenossInnen mussten in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur ihr Leben lassen. Neben dem generellen Kadermangel wirkte auch die Tatsache erschwerend, dass die KommunistInnen – ebenso wie die sozialdemokratischen ParteigängerInnen – zwölf Jahre lang nahezu vollständig von der Rekrutierung in den Staatsdienst ausgeschlossen geblieben waren. Die meisten ParteifunktionärInnen mussten in der Zeit der Illegalität und des Exils ihren Ausbildungsweg unterbrechen bzw. verbrachten ihre Jugendjahre überhaupt im Gefängnis oder KZ. Damit war die Ausgangsposition für die KPÖ denkbar schlecht: Indem die wenigsten Parteikader die Matura bzw. eine akademische Ausbildung absolvieren hatten können, fehlten ihnen die notwendigen Voraussetzungen für eine Tätigkeit in den höheren Dienstklassen des Staatsapparats, „proportional dazu konnte der bürgerliche Klassengegner seinen Status in der Bürokratie ausbauen und monopolisieren“.²

Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die meisten KommunistInnen – ungeachtet der Tatsache, dass sich die KPÖ von einer Oppositionspartei zu einer Regierungspartei entwickelt hatte – von sich aus kaum danach strebten, Verwaltungsfunktionen zu übernehmen. Entsprechend qualifizierte GenossInnen mussten also von der Partei gedrängt werden, in den Staatsdienst einzutreten. Nur eine absolute Minderheit der kommunistischen BeamtenInnen hatte bereits vor 1934 bzw. 1938 im Staatsdienst gearbeitet und war aus politischen oder „rassischen“ Gründen enthoben worden. Nur eine Handvoll war auch in den Jahren der NS-Diktatur in der staatlichen Verwaltung tätig gewesen. Letztere beiden Personengruppen waren zumeist solche GenossInnen, die erst nach der Befreiung der KPÖ beitraten und bis zu diesem Zeitpunkt entweder keiner Partei oder vor 1934 der Sozialdemokratie angehört hatten.

Beamten-Überleitungsgesetz

Eine wesentliche Handhabe, um bewährten AntifaschistInnen doch den Zu-

gang zum Staatsdienst zu eröffnen und deren Positionen auch gesetzlich zu fixieren, bot das von der KPÖ vehement geforderte und im August 1945 tatsächlich beschlossene Beamten-Überleitungsgesetz. Bereits Mitte Mai entwickelte der führende KPÖ-Politiker Ernst Fischer in einem Leitartikel des Dreiparteienorgans *Neues Österreich* jene Argumentationslinie, die für die KPÖ in den Folgemonaten bestimmend blieb: Es sei zwar die Pflicht Österreichs, „das Unrecht gutzumachen, das die Nazi altverdienten österreichischen Beamten [...] angetan haben“, jene Menschen, „die Tag für Tag ihr Leben für die Befreiung Österreichs eingesetzt haben, die aus der Hölle der Konzentrationslager, aus der Gehetztheit des unterirdischen Widerstandes, aus Freiheitsbewegung und Partisanenkampf emporstiegen“, hätten jedoch „Prüfungen abgelegt, die nicht in Urkunden verzeichnet sind. Sie haben Erfahrungen gesammelt, die schwerer wiegen als jede Praxis der öffentlichen Verwaltung.“ Diese „festen, kampferprobten, von unbeugsamer Zuversicht durchdrungenen Menschen“ brauche „das neue Österreich“.³ Während ein im Juli ausgearbeiteter Gesetzesentwurf der Staatskanzlei die Anstellung der BeamtenInnen ausschließlich von deren fachlichen Qualifikation abhängig machte,⁴ ging es der KPÖ also um die Einbeziehung der FreiheitskämpferInnen und der zur Zeit des Hitlerfaschismus verfolgten AntifaschistInnen. Der „Aufbau der Demokratie“ erfordere „nicht die Einsetzung alter Hofräte und Beamter“, sondern „die kühne Heranziehung neuer Kräfte aus allen Schichten des Volkes“.⁵

Konkret verlangte die KPÖ in ihrem am 6. August 1945 veröffentlichten „Sofortprogramm“ neben der „Entfernung aller reaktionären, verknöcherten, bürokratischen Beamten“ die „Schaffung eines Gesetzes, das für die Dauer eines Jahres die bestehenden Bestimmungen über Aufnahme und Beförderung von Beamten aufhebt und die Möglichkeit schafft, neue Kräfte aus der Mitte des Volkes in die Beamtenschaft aufzuneh-

men und leitende Stellen mit wirklich demokratischen Beamten zu besetzen“.⁶ Erprobte Antifaschisten, Demokraten und Patrioten sollten „ohne Rücksicht auf akademische Grade, auf bürokratische Fußangeln und Wolfsfallen in den Staatsdienst treten und nicht nach Dienstjahren, sondern nach Charakter, Tüchtigkeit und österreichisch-demokratischer Gesinnung beurteilt und eingestuft werden“.⁷ Die im Zuge einer solchen Erneuerung des Beamtenapparats zu erwartenden „Kinderkrankheiten“ sollten durch die „kluge Heranziehung alter, erfahrener Beamter von einwandfrei österreichischer und demokratischer Gesinnung“ reduziert werden.⁸

Karl Renner hielt diesen Forderungen der KPÖ entgegen, dass die staatliche Bürokratie eine „geschlossene Ordnung“ sei und „Einschübe“ nur ausnahmsweise stattfinden könnten. „Die bürokratische Vorerziehung ist eine feste Regel. Für die verschiedenen Dienstposten sind verschiedene Grade der Vorbildung vorgesehen, akademische Studien, Mittelschulstudium usw.“ Davon abzugehen bestehe „keine gesetzliche Möglichkeit“, so der Staatskanzler.⁹ In langwierigen Parteienverhandlungen¹⁰ wurde schließlich eine Einigung darüber erzielt, dass bei der Neubildung der Personalstände in erster Linie die aus politischen oder rassistischen Gründen gemäßregelten Beamten berücksichtigt werden sollten, dann diejenigen, die für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs mit der Waffe in der Hand gekämpft haben oder in Konzentrationslagern und Gefängnissen gelitten haben, ferner jene Beamten, die die ganze Zeit unter Hitler Dienst getan haben, und nur in Ausnahmefällen diejenigen, die nach 1938 eingestellt worden sind.¹¹ In § 6 des am 22. August 1945 vom Kabinettsrat beschlossenen Beamten-Überleitungsgesetzes (B-ÜG) wurde das Ziel der Schaffung einer „nach Gesinnung und Haltung einwandfrei österreichische(n), demokratische(n) Beamten-schaft“ als Maxime festgeschrieben (Abs. 1). Insbesondere seien neben den seit 1933 gemäßregelten Beamten jene Personen zu berücksichtigen, „die mit der Waffe für ein unabhängiges, demokratisches Österreich gekämpft haben oder wegen ihres Kampfes für ein unabhängiges, demokratisches Österreich länger-dauernde Haft erlitten haben“ bzw. „aktive Kämpfer für ein unabhängiges, demokratisches Österreich, die während der ganzen Zeit der Terrorherrschaft standhaft ihre Treue zu Österreich bewiesen haben“ (Abs. 2). In § 7, Absatz 2 wurde der KPÖ-Forderung Rechnung getragen,

die Anstellungserfordernisse für neu in den Staatsdienst tretende BeamtInnen herabzusetzen. Ihnen wurden entweder gewisse Dienstprüfungen nachgesehen oder sie konnten diese in einer angemessenen Zeitspanne nachholen.¹²

Konservativ-reaktionäres Übergewicht

Mit diesen beiden Bestimmungen war eine gesetzliche Grundlage geschaffen worden, um das Monopol der reaktionären Bürokratie zu durchbrechen. Es gibt zwar keine wissenschaftliche Untersuchung darüber, wie viele antifaschistische Kräfte 1945/46 auf Grundlage der §§ 6 und 7 des B-ÜG in den Staatsdienst treten konnten, fest steht aber, dass sich auch in den folgenden Jahren nichts am konservativen Übergewicht änderte. Zwar war die Wiedereingliederung der 1938 gemäßregelten Beamten in die Personalstände auch durch das B-ÜG gesetzlich gedeckt, dies führte jedoch in den Augen der KPÖ dazu, dass in den Amtsstuben noch immer der „alte Geist“ herrsche. „[...] was nützt es schon“, wurde in einer Wahlbroschüre gefragt, „wenn ein Nazi hinausgeht und sich ein Heimwehfaschist an seine Stelle setzt“.¹³ Auch Oscar Pollak, der damalige Chefredakteur der sozialdemokratischen *Arbeiter-Zeitung*, beklagte 1946, dass „in Österreich ein Monopol der Cevauer auf alle Intelligenzberufe [...] ganz besonders im gesamten Staatsdienst“ bestehe, ja dass sich der „Staatsapparat [...] völlig in der Hand unserer Gegner“ befinde.¹⁴ Dieser Befund wird durch die bisher vorliegenden Forschungen bestätigt, haben diese doch eine „starke personelle Kontinuität“ des Beamtenstabes des Jahres 1945 zur Beamtenschaft des austrofaschistischen Regimes, also zu jenen Personen nachgewiesen, die 1938/39 von den Nazis außer Dienst gestellt worden waren, davor aber den autoritären Kurs der Regierung Dollfuß und Schuschnigg mitgetragen hatten. So wurden im Jahr 1945 51 Spitzenbeamte der Ersten Republik wieder als Sektionschefs weiterverwendet, nur zwei Sektionschefs standen 1945 der SPÖ nahe,¹⁵ kein einziger der KPÖ.

Nicht nur in der zeitgenössischen Polemik, sondern auch in der wissenschaftlichen Literatur wurde die Tätigkeit der KommunistInnen im Staatsapparat weniger unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrags zum Wiederaufbau der staatlichen Verwaltung denn als Versuch einer „Infiltration“ interpretiert, die als Sprungbrett für eine beabsichtigte kommunistische „Machtübernahme“ dienen sollte.¹⁶ Noch

im Jahr 2010 sahen sich die Herausgeber des zeitgenössischen Tagebuchs von Heinrich Wildner, damals Generalsekretär in der Staatskanzlei für Auswärtige Angelegenheiten, zu einer kommentierenden Fußnote veranlasst, in der von der „Unterwanderung“ der Wiener Polizei durch Kommunisten die Rede ist.¹⁷ Ziel dieses Beitrages ist es nun, einen Überblick über die tatsächliche Verankerung der KPÖ in den Zentralstellen und deren nachgeordneten Behörden in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu geben. Dabei wird deutlich, dass sich der von ZeitgenossInnen und späteren KommentatorInnen konstatierte „übermäßige Einfluss der Kommunisten auf den Staatsapparat“¹⁸ allein aus den antikommunistischen Maßstäben ableiten lässt, die dieser Einschätzung zugrunde liegen, und nicht aus den tatsächlichen damaligen Relationen.

Zwar liegen kaum Detailstudien über die verschiedenen staatlichen Verwaltungsstrukturen des Jahres 1945 vor, dennoch ist aus den Geschäftseinteilungen und weiterem Quellenmaterial der Staatsämter ersichtlich, dass die Anzahl der kommunistischen BeamtInnen verschwindend gering war. So finden sich im Jahrbuch der Österreichischen Behörden aus dem Jahr 1945, das mehrere hundert höhere BeamtInnen aufzählt, mit Stand vom 10. Oktober ganze zwei Kommunisten (David Brill und Hugo Bondy).¹⁹ Obwohl die KPÖ drittelparitätisch an der ersten Nachkriegsregierung, der Provisorischen Regierung Renner, und an der Konzentrationsregierung Figl mit zumindest einem Minister beteiligt war, gelang es ihr nur in zwei Bereichen, im höheren Ministerialdienst Fuß zu fassen: Zum einen – in durchaus bescheidenem Ausmaß – im Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten, das von Ernst Fischer (geb. 1899) geleitet wurde und dessen Agenden im Dezember 1945 auf das wiedererrichtete Bundesministerium für Unterricht (BMU) unter Felix Hurdes (ÖVP) übergingen. Zum anderen – in weitaus größerem Maße – im neu geschaffenen Bundesministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung (BMEE), dem bis November 1947 Karl Altmann (geb. 1904) vorstand. Ein besonderes Kapitel ist die vergleichsweise starke Präsenz der KommunistInnen in der Wiener Polizeidirektion als nachgeordnete Behörde des Innenministeriums.

Diese drei Bereiche – BMU, BMEE und Wiener Polizei – stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags. Die hier gemachten Angaben über konkrete Funk-

tionen und Ränge kommunistischer BeamtInnen sowie über den Zeitraum ihrer Tätigkeit gehen zum größten Teil auf die in den Jahren 1945 bis 1948 erschienenen Jahrbücher „Österreichische Behörden“²⁰ sowie auf den ab 1949 wieder jährlich herausgegebenen Amtskalender²¹ zurück. Selbstverständlich enthalten diese Jahrbücher keine Angaben über die Parteizugehörigkeit der einzelnen BeamtInnen. Sie dienten demgemäß allein dazu, bereits aus anderen Quellen bekannte Namen gezielt zu überprüfen. Aus Platzgründen werden die entsprechenden Fundstellen in den Jahrbüchern und Amtskalendern nicht einzeln ausgewiesen. Ebenso wenig im Detail ausgewiesen werden jene Informationen, die auf Personalakten der einzelnen BeamtInnen im Österreichischen Staatsarchiv zurückgehen.

Staatsamt bzw. Bundesministerium für Unterricht

Über das von Ernst Fischer geleitete Staatsamt für Volksaufklärung liegt eine Studie von Robert Stumpf vor, in der dieser zum Schluss gelangt, dass es trotz seines kommunistischen Staatssekretärs eine „Hochburg der katholisch-konservativen Bürokratie“ darstellte und Beamte aus dem christlich-sozialen bzw. konservativen Milieu auch aufgrund des Kontinuitätsfaktors und der Machtposition des katholischen Cartellverbands in der Mehrheit blieben. Tatsächlich findet sich im Behördenjahrbuch aus dem Jahr 1945 nur ein Kommunist unter den insgesamt 19 in dieser Zentralstelle genannten Beamten. Zu relativieren ist allerdings die Einschätzung, dass Fischer der „Rekonstitution der konservativ-reaktionären Zentralbürokratie aus der Vor-NS-Zeit kaum etwas entgegenzusetzen“ hatte, schloss Stumpf doch „partei-konforme Besetzungen im Sinne der KPÖ“, die über die Ebene der SekretärInnen hinausgingen, gänzlich aus.²² Tatsächlich gelang es Fischer aber bei der Neubildung der Personalstände zumindest fünf kommunistische Fachleute in eine leitende Stellung zu berufen: Hugo Bondy, Rudolf Freis, Ernst Mayer, Ludwig Otruba und Ludwig Stecewicz. Zwar wurde keine der fünf Sektionen des Staatsamts von einem Kommunisten geleitet, mit Bondy und Mayer wurden aber zumindest zwei Abteilungsleiter von der Partei gestellt. Drei der fünf Genannten – Bondy, Mayer und Otruba – konnten ihre Positionen auch in den folgenden Jahren behaupten.

Der Name von Dr. Ludwig Otruba (geb. 1916), der der KPÖ seit Dezember 1933 angehörte, findet sich bereits in der



Staatssekretär Ernst Fischer und zwei seiner leitenden kommunistischen Beamten (v.l.n.r.): Hugo Bondy (Abteilung Jugend), Ludwig Stecewicz (Abteilung Sport).

ersten Geschäftseinteilung des Staatsamts vom 3. Juli 1945. Otruba war in der von Otto Skrbensky geleiteten Hochschulsektion in der Abteilung „Allgemeine Hochschulangelegenheiten“ tätig,²³ nachdem Altmann den promovierten Juristen „für gesetzgeberische Arbeiten“ an Fischer empfohlen hatte.²⁴ In späteren Jahren – nach seinem Austritt aus der Partei im Jahr 1956²⁵ – stieg Otruba zum Leiter der legistischen Abteilung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung auf und verfasste zahlreiche Gesetzes- und Verordnungsentwürfe auf dem Gebiet des Hochschulwesens. 1963 zum Ministerialrat ernannt, trat er 1976 in den Ruhestand.²⁶

Der frühere Mittelschullehrer Dr. Ernst Mayer (geb. 1901), der im November 1938 in den Ruhestand versetzt worden war und im April 1945 zur KPÖ stieß, wurde Ende Oktober zum Leiter der Abteilung Kunsthochschulen bestellt. Seit Juli war er als persönlicher Sekretär von Ernst Fischer im Präsidium des Staatsamts tätig gewesen. In dieser Funktion folgte ihm der bereits im April ins Amt eingetretene Kommunist Elmar Bardolf (geb. 1918), der im dienstrechtlichen Referat der Präsidialabteilung seinen Dienst versah. Nach dem Ende von Fischers Amtszeit wurde Bardolf zunächst der Verwaltungsstelle der Wiener Hochschulen zugewiesen, im April 1946 wurde das Dienstverhältnis mit dem als „Vertrauensmann des damaligen Staatssekretärs“ geltenden Beamten gelöst.²⁷ Mayer wiederum blieb bis in die 1950er Jahre Leiter der Abteilung „Kunstschulen, Lehranstalten auf dem Gebiete der Musik, der bildenden Künste und der angewandten Kunst“ im Rahmen der Kunstsektion, bis er schließlich die Leitung der Abteilung „Museal- und Ausstellungswesen“ übernahm. 1946 zum Sektionsrat und 1950 zum Ministerialrat ernannt, trat er 1963 in den Ruhestand.²⁸ Über sein späteres Verhältnis zur

KPÖ liegen keine Quellen vor. Die in der Erinnerungs- und Forschungsliteratur anzutreffende Behauptung, er sei auch als Landesschulinspektor tätig gewesen,²⁹ beruht auf einer offensichtlichen Verwechslung mit dem gleichnamigen Schulpolitiker der SPÖ, der 1950 bis 1952 dem Präsidium des Wiener Stadtschulrates angehörte und dann zum Direktor des Akademischen Gymnasiums bestellt wurde.³⁰

Dipl.-Ing. Dr. Hugo Bondy (geb. 1900) stieß im April 1945 zur KPÖ und hatte ebenso wie Mayer zuvor keiner Partei angehört. Seit 1930 Universitätsassistent am Physikalischen Institut der Universität Wien, wurde er im Mai 1938 aus „rassischen“ Gründen vom Dienst entoben und arbeitete danach als Lehrer im Gemeindedienst. Im Dezember 1940 wurde er Direktor der privaten „Volks- und Hauptschule für christliche und konfessionslose nichtarische Kinder“ in der Grüngasse im fünften Bezirk, die für jene Kinder eingerichtet wurde, die aus öffentlichen Schulen ausgeschlossen worden waren. Nach der behördlichen Schließung der Schule im August 1942 leitete er die im Jüdischen Kinderheim in der Mohapelgasse (heute Tempelgasse) untergebrachte Tagesheimstätte, die aufgrund des großen Anteils an katholischen Heimkindern ebenso von der „Erzbischöflichen Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“ finanziell unterstützt wurde.³¹ Nach der Befreiung Österreichs arbeitete Bondy zunächst als Mittelschulprofessor, bis er im August in das Staatsamt einberufen wurde und dort die Abteilung „Jugend und Sport“ übernahm. Dieser in der in der Sektion Volksaufklärung angesiedelten Abteilung war bereits in den Vorwochen ein Kommunist vorgestanden. Der frühere Sonderschullehrer Hermann Rauscher (geb. 1909) wurde jedoch im Juli 1945 verhaftet, weil er – zumindest am Rande – in die staatsfeindliche Formierung rund um den Rechtsanwalt Paul Antosch und frühere Expo-

nenen der Widerstandsbewegung O5 verwickelt war. Nach seiner Freilassung im Dezember wurde er nicht mehr in den Personalstand des Unterrichtsministeriums übernommen.³²

Bondy leitete auch nach dem Abgang Ernst Fischers die Jugendabteilung des BMU (die Sportagenden wurden 1946 in einer eigenen Abteilung zusammengefasst) und wurde 1947 zum Sektionsrat ernannt. Auf seine Anregung hin wurde in diesem Jahr die Jugendschriftenkommission, die spätere Kommission für Kinder- und Jugendliteratur, eingerichtet. Obwohl Bondys fachliche Qualifikation unbestritten war, wurde er zum Jahreswechsel 1952/53 – im Umfeld des von der KPÖ unterstützten „Völkerkongresses für den Frieden“, als die antikommunistische Hysterie einen neuen Höhepunkt erreichte – Zielscheibe einer politischen Hetzjagd. Nach einer parlamentarischen Anfrage von SPÖ-Nationalräten über den angeblich „leitenden Funktionär der KPÖ“³³ wurde unter dem Titel „Wie lange noch Dr. Bondy?“ eine Medienkampagne gestartet, in der er als „übriggebliebenes Fischlein aus der Fischer-Ära“ angegriffen wurde, der die österreichische Jugend „kommunistischen Infiltrationen“ aussetze.³⁴ Konkrete Anschuldigungen – mit Ausnahme seiner Mitgliedschaft zur KPÖ – konnten keine vorgebracht werden.

Angesichts dieser Attacken wandte sich Bondy in einem Schreiben an den damaligen Unterrichtsminister Ernst Kolb (ÖVP): „Ich schicke voraus, daß ich mich nach wie vor von jeder Schuld, jeder dienstlichen Pflichtvergessenheit oder Verletzung der Loyalität völlig frei weiß. Ich sehe jedoch immer mehr ein, daß es unter den gegenwärtigen Umständen dem den politischen Parteien gegenüberstehenden Minister eine große Verlegenheit bereitet, einen Angehörigen der KPÖ (nicht Funktionär, schon gar nicht ‚führender‘ Funktionär) als Leiter einer politisch so exponierten Abteilung noch länger zu halten, selbst dann, wenn sich dieser als einwandfreier, qualifizierter und jederzeit loyaler Beamter erweist.“ Bondy wurde letztlich auf eigenen Vorschlag als Leiter der Jugendabteilung abberufen, zum Ministerialrat befördert und in die Abteilung 17 („Pädagogische Angelegenheiten der technischen und gewerblichen Lehranstalten“) versetzt. Ende 1965 ging Bondy als stellvertretender Leiter der Sektion VI (Berufsschulen) und Leiter des wirtschaftlichen Referats in Pension. Vom äußeren Druck, der in diesen Jahren auf den kommunistischen Intellektuellen lastete, zumal auf

jenen, die im öffentlichen Dienst in führender Stellung beschäftigt waren, zeugt die Tatsache, dass Bondy im November 1956 – unter dem Eindruck der Ereignisse in Ungarn – aus der KPÖ austrat, worüber er den Präsidialvorstand in einem vertraulichen Schreiben in Kenntnis setzte. Es handelte sich dabei um keinen demonstrativen Schritt, zumal Bondy auch in den Vorjahren kaum öffentlich als Kommunist in Erscheinung getreten war. Er habe als „mäßiger Faktor unter den Linksintellektuellen gegolten“, hielt Minister Theodor Piffner-Perčević (ÖVP) in einem Schreiben an Bundeskanzler Josef Klaus anlässlich der Pensionierung Bondys fest.³⁵

Dr. Rudolf Freis (geb. 1881) war bereits in den Jahren 1908 bis 1938 im Staatsdienst an Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten beschäftigt, seit 1920 als Direktor der Bundes-Lehrerbildungsanstalt in Graz. Er wurde unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 von seinem Posten entlassen und im November 1939 in den dauernden Ruhestand versetzt. Ende April 1945 trat er der KPÖ bei und wurde im Juli 1945 in die – vom Sozialdemokraten Viktor Fadrus geleitete – Schulwissenschaftliche Abteilung des Staatsamts berufen, wo er maßgebend bei der Wiederherstellung des Schulwesens und an der Ausarbeitung der Unterrichtspläne beteiligt war.³⁶ Im September 1946 zum Ministerialrat ernannt, wurde Freis Ende 1946 zwar wegen Erreichung der Altersgrenze pensioniert, aus „besonderen dienstlichen Gründen“ aber bis Dezember 1949 weiterverwendet. Grund für diese Weiterverwendung war die Beurlaubung einer weiteren Kommunistin, die in der Schulwissenschaftlichen Abteilung beschäftigt war: Dr. Elise Riesel (geb. 1906). Riesel war 1934 als Hauptschullehrerin aus dem städtischen Schuldienst in Wien entlassen worden, emigrierte in die Sowjetunion, wo sie zunächst die Fremdsprachenabteilung im Volkskommissariat für Unterricht leitete und 1945 ordentliche Professorin für Deutsche Philologie an der Moskauer Universität wurde. Sie stand nach ihrer Rückkehr nach Österreich zwar im Personalstand des Wiener Stadtschulrats, wurde aber dem Staatsamt zur Dienstleistung zugeteilt. Im November 1946 zur Regelung privater Angelegenheiten in Moskau zunächst für zwei Monate karenziert, kehrte Riesel nicht mehr nach Österreich zurück,³⁷ sondern nahm 1947 eine Professur für Germanistik und Stilistik an der Pädagogischen Hochschule für Fremdsprachen in Moskau an. Sie

veröffentlichte zahlreiche Lehrbücher und war auch im Vorstand der *Sowjetisch-Österreichischen Gesellschaft* aktiv.

Nachdem im Kabinettsrat der Renner-Regierung eine scharfe Auseinandersetzung über die Kompetenzabgrenzung der einzelnen Ressorts stattgefunden hatte und die Sportagenden letztlich dem Staatsamt von Ernst Fischer zugeordnet wurden, übernahm Ludwig Stecewicz die Leitung des Sportreferats in der Abteilung „Jugend und Sport“.³⁸ Stecewicz (geb. 1906), vor 1934 Mitarbeiter der Sportredaktion der *Arbeiter-Zeitung* und Pressereferent des *Arbeiter-Turnvereins* (ATV), war im Dezember 1933 von der Sozialdemokratie zur KPÖ übergetreten. Bereits seit Ende April 1945 leitete er die überparteiliche *Zentralstelle für die Wiedererrichtung des österreichischen Sports*, der eine Schlüsselstellung in der Sportpolitik der KPÖ zukam.³⁹ Im Juni 1947 kündigte Stecewicz seine Stellung, um fortan als Sportjournalist beim *Neuen Österreich* zu arbeiten. In späteren Jahren, als er nicht mehr für die KPÖ aktiv war, wurde er Sportjournalist beim ORF und Pressereferent des ÖFB.

Den Posten von Stecewicz im Ministerium nahm der kommunistische Sportfunktionär Leopold Srb ein, der als einer von drei Referenten in der vom *Union*-Funktionär Viktor Kollars (ÖVP) geleiteten Sportabteilung tätig wurde. Srb (geb. 1920) gehörte der KPÖ seit 1938 an, wurde in der NS-Zeit zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und 1943 zum Strafbataillon 999 eingezogen. Ab 1949 war er Mitglied des ASVÖ-Zentralrats und Vizepräsident dessen niederösterreichischen Landesverbands (ALSN). Nachdem dem mittlerweile promovierten Srb Anfang des Jahres 1950 die Pragmatisierung und Übernahme in eine höhere Dienstklasse verwehrt und ihm nur ein Posten als Vertragsbediensteter im Naturhistorischen Museum in Aussicht gestellt wurde, reichte er die Kündigung ein. Er arbeitete hierauf als Rechtskonsulent der USIA. 1952 wurde er aus der KPÖ ausgeschlossen.⁴⁰

Bundespolizeidirektion Wien

Betrachtet man die im Jahr 1945 neu gebildeten Personalstände der Zentralstellen, so ist gewiss bemerkenswert, dass im Staatsamt für Inneres – dem zweiten Staatsamt der Renner-Regierung, das mit Franz Honner (geb. 1893) von einem Kommunisten geleitet wurde – kein einziger Parteigänger der KPÖ in leitender Stellung Fuß fassen konnte.⁴¹ Als er am 30. April 1945 sein Amt antrat, fand er eine „bereits funktionierende Verwal-



Führende Kommunisten in der Wiener Polizeidirektion (v.l.n.r.): Othmar Strobel (Vizepräsident), Heinrich Dürmayer (Leiter der Staatspolizei), Rudolf Hautmann (Leiter der Administrativen Polizei), Moritz Fels-Margulies (stv. Leiter der Wirtschaftspolizei)

tungseinrichtung“ vor, die er „in ihrer weiteren Tätigkeit autorisieren konnte“, so Honner in seinem Bericht an die im September stattfindende erste Länderkonferenz.⁴² Sowohl die beiden Sektionen des Staatsamts als auch alle zwölf Abteilungen wurden von „altösterreichischen“ Beamten geleitet, die größtenteils bereits vor 1938 im Dienst gestanden waren. Auch unter den Stellvertretern und in den einzelnen Referaten befand sich kein einziger Kommunist, was die frühe Forschungsliteratur nicht vor dem geradezu grotesken Befund bewahrte, dass die „Schlüsselpositionen“ in diesem Ministerium mit Kommunisten besetzt gewesen seien.⁴³ Honner war sogar gezwungen, austrofascistische Beamte wie Emanuel Stillfried, den ehemaligen Kommandanten des Anhaltelagers Wöllersdorf, als Leiter des Gendarmeriezentalkommandos zu bestätigen.

Einzig in einer nachgeordneten Dienststelle des Staatsamts, der Bundespolizeidirektion Wien, waren mehrere Angehörige der KPÖ in führenden Positionen tätig. Wie Hans Hautmann in einer Studie über die Verankerung der dortigen KommunistInnen hervorhebt, war die Wiener Polizei „der *einzig* Bereich der gesamten staatlichen Verwaltung und des öffentlichen Dienstes, in dem nach 1945 in unserem Land der *wirkliche* Anteil der Kommunisten am Kampf gegen die Hitlerdiktatur und für die Wiederherstellung eines unabhängigen, demokratischen Österreich *adäquat* zum Ausdruck kam“.⁴⁴ In den Sicherheitsdirektionen der Länder und in der Gendarmerie gelang es der KPÖ hingegen nicht, sich personell zu verankern, auch nicht in den sowjetisch besetzten Ländern Niederösterreich und Burgenland. Nur in den Bundespolizeikommissariaten Urfahr und St. Pölten waren – auch auf Verlangen der sowjetischen Besatzungsmacht – mit Alois

Grünberger (1945–1955) bzw. Wilhelm Messer (1948–50, bereits 1948 aus der KPÖ ausgeschlossen) und Herbert Ernst (1950–1955) kommunistische Leiter im Amt. Das Polizeikommissariat in Urfahr wurde erst etabliert, nachdem das Mühlviertel der sowjetischen Besatzungszone zugeschlagen wurde, und 1955 wieder liquidiert. Nach der Rückkehr des Bezirks Mödling von Wien nach Niederösterreich im Jahr 1954 blieb Johann Neumayr, der bisherige Leiter des Bezirkspolizeikommissariats, Leiter des neu eingerichteten Bundespolizeikommissariats, das nun der niederösterreichischen Sicherheitsdirektion unterstand. Er wurde 1955 abberufen und das Commissariat wieder aufgelöst.

Dass der Einfluss der KommunistInnen in der Wiener Polizei in der Erinnerungsliteratur und zeitgeschichtlichen Forschung über seinen tatsächlichen Stellenwert hinaus überhöht und geradezu dämonisiert wurde, ist der lange nachwirkenden antikommunistischen Grundstimmung des Kalten Kriegs geschuldet. So steht fest, dass im September 1945 etwa 1.500 KPÖ-Mitglieder in den Wiener Polizeiorganen arbeiteten.⁴⁵ Im März 1946 waren es exakt 1.522 (darunter 1.365 Männer und 157 Frauen).⁴⁶ Geht man von insgesamt etwa 13.200 Angehörigen der Wiener Polizeidirektion in der ersten und etwa 10.400 in der zweiten Jahreshälfte 1945 aus – Zahlen, die Polizeipräsident Josef Holaubek Jahre später nannte –, so resultiert daraus ein kommunistischer Anteil von maximal 14,4 Prozent, was angesichts der drittelparitätischen Beteiligung der KPÖ an der Provisorischen Regierung und angesichts der Tatsache, dass das Innenressort von einem Kommunisten geleitet wurde, nicht übermäßig zu überraschen vermag. Überproportional hoch – nämlich 50 Prozent – war der kommunistische Anteil allein bei den mehr als 1.000 Kriminal-

beamten und in der Staatspolizei, wo mehr als 90 Prozent der etwa 700 Beschäftigten der KPÖ angehört haben sollen. Beide in der Forschungsliteratur oftmals wiederholte Zahlen gehen allerdings auf einen antikommunistisch motivierten Beitrag in der Zeitschrift *Öffentliche Sicherheit* aus späteren Jahren zurück⁴⁷ und finden in den überlieferten Quellen kommunistischer Provenienz keine exakte Bestätigung. 1948 hatte sich der Anteil der kommunistischen Kriminalbeamten – gemäß einer im Ministerrat gegebenen Information – bereits auf 25 Prozent halbiert.⁴⁸ Einem Bericht der *Arbeiter-Zeitung* zufolge soll er 1955 noch bei 20 Prozent gelegen sein.⁴⁹

Insgesamt waren 1951 nur noch 860⁵⁰ und 1953 nur noch 800 KommunistInnen in der Wiener Polizei beschäftigt, was ebenso beinahe eine Halbierung bedeutete und – beim damaligen Personalstand bei 11.685 Personen⁵¹ – einem Anteil von nur noch 6,8 Prozent entsprach. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass selbst der politische Offizier der amerikanischen Besatzungsmacht Martin F. Herz die Information von Staatssekretär Ferdinand Graf (ÖVP), wonach im Jahr 1948 fünf Prozent der etwa 7.000 Sicherheitswachebeamten der KPÖ angehörten, mit dem Hinweis kommentierte, dass demgegenüber der Anteil der KPÖ bei den letzten Wahlen in Wien bei knapp acht Prozent gelegen sei.⁵² Und es ist kein Zufall, dass diese Quelle von jenen AutorInnen, die auch heute noch – ganz im Jargon zeitgenössischer Geheimdienstberichte – die kommunistische „Unterwanderung“ der Wiener Polizei beklagen, bislang nicht zitiert wurde, obwohl sie in einer gedruckten und insgesamt oftmals benutzten Edition zugänglich ist.

In diesen Angaben über die rückläufige Zahl der KommunistInnen in der Wiener Polizei spiegelt sich das Bemühen von

Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) und seines Staatssekretärs Ferdinand Graf (ÖVP), den in ihren Augen überproportionalen Einfluss der KPÖ zurückzudrängen bzw. ganz auszuschalten. Eine erste Reorganisierung der Polizeidirektion zu Lasten der kommunistischen Positionen hatte bereits im Herbst 1945 stattgefunden, als unter dem Druck der fehlenden Anerkennung der Renner-Regierung durch die Westmächte und der von den Amerikanern und Briten vorgebrachten Forderung nach einer Ablösung Franz Honners mehrere SPÖ-Angehörige in leitende Stellungen der Wiener Polizei aufrückten.⁵³ Da Honner am 7. November 1945 – am Ende seiner Amtszeit – per Erlass zahlreiche bis dahin nur provisorisch bestellte kommunistische Beamte mit leitenden Positionen in der Polizeidirektion Wien betraute,⁵⁴ mussten diese in den Folgemonaten, als bereits die Figl-Regierung im Amt war, pragmatisiert und in die diversen Dienststränge eingestuft werden. Vor diesem Hintergrund fanden 1946 und 1947 harte Auseinandersetzungen über die Anwendung der Bestimmungen des B-ÜG im Bereich der Wiener Polizei statt, in deren Verlauf ÖVP und SPÖ bemüht waren, die Ernennung der kommunistischen Beamten in die Personalstände möglichst zu bremsen und hinauszuzögern. So werteten es das Bundeskanzleramt und das Innenministerium als eine „in dem geforderten Ausmaße kaum vertretbare Maßnahme“, Personen ohne juristische Vorbildung, ja teilweise sogar ohne Mittelschulbildung, in höhere Dienstklassen zu ernennen,⁵⁵ wie von der KPÖ und der – kommunistisch dominierten – Gewerkschaft gefordert wurde. Erst am 12. November 1946 wurde vom Ministerrat eine größere Gruppe von Ernennungen nach § 7 des B-ÜG positiv erledigt⁵⁶ – nach unzähligen Sitzungen eines Ministerkomitees, zahllosen Parteienverhandlungen und zähem Ringen seitens der KPÖ, wie in der *Volksstimme*, dem Zentralorgan der Partei, zu lesen war.⁵⁷ Es handelte sich dabei allerdings ausschließlich um Ernennungen in den höheren Polizeidienst (Verwendungsgruppe VIII), weiter ausständig blieben die Verwendungsgruppe VII und V (mittlerer Dienst), die Sicherheitswachoffiziere, Sicherheitswachebeamten und Kriminalbeamten. Die KPÖ hatte zuvor gefordert, „das gesamte Konvolut der Wiener Polizei“ zu erledigen.⁵⁸

Ausgesprochen mühsam gestaltete sich der Fall des nur provisorisch berufenen Polizeivizepräsidenten Othmar Strobel,

dessen Ernennung zum wirklichen Hofrat die KPÖ verlangte hatte. Da aber ein gelernter Schlosser als ernannter Vizepräsident in den Augen von SPÖ und ÖVP nicht Realität werden durfte, wurde Strobel letztlich nicht pragmatisiert, sondern blieb – nach langem Hin und Her und gezielter Obstruktion – nur mit einem 1947 abgeschlossenen Sondervertrag als 2. Vizepräsident im Amt. Als bewusster Akt der Zurücksetzung wurde sein Name – im Unterschied zu jenem des 1. Vizepräsidenten Heinrich Hüttl – im Behördenjahrbuch und im Amtskalender nicht genannt, und auch sein realpolitischer Einfluss war gering: Seine „praktische Stellung“ sei – abgesehen von der Kontrolle des Kraftfahrreferats – „nur diejenige, in die ich mich hineinmische. Offiziell zugeteilt habe ich keine Arbeit“, so Strobel in einem Schreiben an Altmann. Er mische sich nun eben in alles ein, was „im weitesten Sinn des Wortes die Reaktionsisierung der Polizei“ betreffe.⁵⁹ Infolge einer psychischen Erkrankung konnte Strobel ab 1952 seinen Beruf nicht mehr ausüben, weshalb er 1953 aus dem Polizeidienst ausscheiden musste.

Der „zähe und systematische Kampf“ von Innenminister Helmer „gegen die Einflußnahme der Kommunisten in der Polizei“⁶⁰ war vor allem gegen jene kommunistischen Beamten gerichtet, denen es im Jahr der Befreiung gelungen war, führende Positionen zu bekleiden. Auch über deren Anzahl und Einfluss wird in der Erinnerungs- und Forschungsliteratur – wie bereits in der zeitgenössischen Polemik – ein überzeichnetes Bild vermittelt. Gewiss ist es als bemerkenswerte Besonderheit hervorzuheben, dass 1945 bzw. bis 1947 Angehörige der KPÖ auch in den Führungsebenen der Wiener Polizei prominent vertreten waren. Bei Gesamtschau aller Zentralämter der Polizeidirektion zeigt sich aber, dass von einer Dominanz der KPÖ allenfalls in der Staatspolizeilichen Abteilung und auf der Ebene der Bezirkspolizeikommissariate die Rede sein kann. So hat Franz Honner bereits unmittelbar vor den Novemberwahlen des Jahres 1945 betont, dass von den insgesamt 127 leitenden Beamten der Wiener Polizeidirektion 71 der ÖVP, 29 der SPÖ und nur 27 der KPÖ nahestünden. Im Behördenjahrbuch aus 1945 finden sich unter den 13 namentlich genannten Spitzenbeamten der Wiener Polizeidirektion nur vier Kommunisten. Hans Hautmann hat errechnet, dass im Jahr 1945 von 33 zentralen Ämtern acht mit Kommunisten besetzt waren:⁶¹ Othmar Strobel als Vizepräsident, Dr. Heinrich

Dürmayer (geb. 1905) als Leiter der Staatspolizeilichen Abteilung, Rudolf Hautmann (geb. 1907) als Leiter der Administrativen Polizei, Zalel Schwager (geb. 1908) zunächst als stellvertretender Vorstand der Präsidialabteilung und danach als stellvertretender Leiter des Personalreferats im Generalinspektorat der Sicherheitswache, Moritz Fels-Margulies (geb. 1910) als Leiter des Kulturreferats und danach als stellvertretender Leiter der Wirtschaftspolizei, Emanuel Edel (geb. 1910) als Polizeichefarzt, Peter Hofer (geb. 1911) als stellvertretender Generalinspektors der Sicherheitswache und Anna Grün (geb. 1889) als Leiterin des Fürsorgereferats. In leitenden Positionen waren auch Dr. Paul Herrnstadt (geb. 1916) als stellvertretender Personalreferent, Julius Schindler (geb. 1914) als stellvertretender Leiter der Fremdenpolizei und Hermann Leitner (geb. 1911) als zweiter stellvertretender Leiter der Abteilung II (Kriminalpolizei). Hinzu kommen jene Kommunisten, die wichtige Positionen in der Staatspolizeilichen Abteilung besetzten, etwa Max Umschweif (geb. 1910) als Leiter des Staatspolizeilichen Büros, Harry Oster (geb. 1916) als Sekretariatsleiter, Kurt Hacker (geb. 1920) als Leiter der Rechtsabteilung, Egon Schlesinger (geb. 1920) als Sekretär von Dürmayer, Ferdinand Berger, Ernst Brand, Rudolf Had, Karl Hinterlehner, Leopold Jansa, Hans Maršálek, Valentin Strecha und Heinrich Tutsch als Referatsleiter, sowie Erich Dlabaja, Jaroslav Šafr, Julius Schindler und Egon Steiner als stellvertretende Referenten.⁶² Darüber hinaus gehörte unmittelbar nach der Befreiung die Mehrheit der den sowjetischen Kommandanten ernannten Bezirkspolizeileiter der KPÖ an. Nach Reaktivierung der Bezirkspolizeikommissariate im Juni 1945 verringerte sich aber auch deren Anzahl. Ab 1948 befanden sich unter den damals 27 Wiener Bezirkspolizeikommissariatsleitern zwölf Kommunisten (Dr. Kurt Armand Frisch, Josef Csarmann, Max Goldberger, Vinzenz Seiser, Leopold Heyduk, Anton Kapek, Alois Hladecek, Ludwig Gruber, Otto Spitz, Anton Dobritzhofer, Johann Neumayr und Ferdinand Schmid). Durch Rochaden wurde Peter Hofer 1949 Leiter des Koat Liesing. Trotz dieser zweifelsohne beachtlichen Präsenz von KommunistInnen in diesem Teil des Beamtenapparats erscheint es angesichts der Gesamtsituation dennoch als überzogen, von der Wiener Polizeidirektion als einer „KPÖ-Bastion“⁶³ im Sinne eines dominierenden Einflusses zu sprechen.

Einen Höhepunkt erreichte Oskar Helmers „Kampf gegen die Auswüchse der kommunistischen Polizeiwirtschaft“⁶⁴ Anfang September 1947 mit der Enthebung von Heinrich Dürmayer als Leiter der Wiener Staatspolizei und seiner Ersetzung durch den ÖVP-Mann Oswald Peterlunger, der in einem sowjetischen Bericht als „Günstling der reaktionären Kräfte“ eingeschätzt wurde.⁶⁵ Danach verblieben nur zwei Kommunisten in leitenden Positionen der Wiener Polizei: Strobel als Vizepräsident und Hautmann als Leiter der neu geschaffenen Abteilung III (Evidenzabteilung), die durch Abtrennung von Kompetenzbereichen der bis dahin von ihm geleiteten Administrativ-Polizeilichen Abteilung entstanden war. 1953 war er nach einer neuerlichen Reorganisierung nur noch stellvertretender Leiter. Beide Umstrukturierungsmaßnahmen zielten offensichtlich darauf ab, seine Kompetenzen einzugrenzen. Nach dem Oktoberstreik des Jahres 1950 waren bereits vier kommunistische Kommissariatsleiter vom Dienst suspendiert worden, aber auf Geheiß der sowjetischen Besatzungsmacht weiter im Amt geblieben. Zwei von ihnen wurden 1953 durch andere Kommunisten (Paul Herrnstadt und Ferdinand Berger) abgelöst. Ein Vorgang, der sich 1954 in zwei anderen Kommissariaten wiederholte. Nach Abschluss des Staatsvertrags im Jahr 1955 wurden schließlich auch die letzten verbliebenen kommunistischen Kommissariatsleiter abberufen.

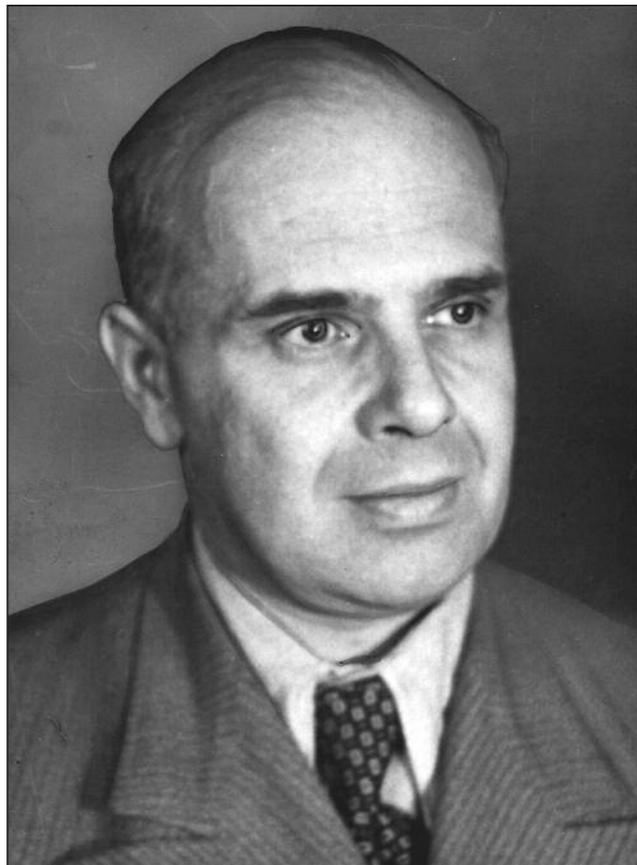
Ministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung

Eine genaue Untersuchung des Beamtenapparats im Bundesministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung hat einen durchaus überraschenden Befund zu Folge, wurde doch in bisherigen Forschungen davon ausgegangen, dass der kommunistische Minister Karl Altmann dort mit einer Beamtenschaft konfrontiert war, die – von wenigen Ausnahmen abgesehen – in ihm einen politischen Gegner erblickt hat.⁶⁶ Tatsächlich ist es Altmann aber gelungen, etwa zur Hälfte solche MitarbeiterInnen zu rekrutieren, die in einem politischen Naheverhältnis zu seiner Partei standen.

Nachdem der KPÖ trotz ihres schwachen Abschneidens bei den Nationalratswahlen im November 1945 ein eigenes, neu geschaffenes Ministerium zugestanden wurde, stand Altmann zunächst vor schwierigen Aufgaben: Er musste die Raumfrage lösen, die Amtsräume entsprechend ausstatten und die Personal-

stände bilden. Von den großen Startschwierigkeiten zeugt die Tatsache, dass er im Februar 1946 noch immer nicht die Amtsräume am Schwarzenbergplatz beziehen konnte, dort keine Schreibmaschinen vorhanden waren und er auch im Juli noch über keinen Dienstwagen verfügte.⁶⁷ In Personalfragen war Altmann von Beginn an bemüht, auch KommunistInnen und bewährte AntifaschistInnen in seinem Ministerium zu beschäftigen, sowohl im höheren und mittleren Ministerialdienst, als auch im Verwaltungsdienst und bei den Kanzlei- und Hilfskräften. Er stand damit vor der Herausforderung, Wirtschaftsfachleute und Verwaltungsbeamten zu finden, die nicht nur fachlich kompetent, sondern auch in politischer Hinsicht verlässlich waren. Altmann konnte aber sein Personal nicht zur Gänze nach eigenen Vorstellungen auswählen: Seinen Sektionschef Dipl.-Ing. Karl Naehr und die leitenden Beamten des Präsidiums, etwa dessen Leiter Hofrat Siegfried Friedek und den Kanzleidirektor Rudolf Puffler, musste er aus dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau übernehmen,⁶⁸ wo bis zu diesem Zeitpunkt die Angelegenheiten der Elektrizitätswirtschaft angesiedelt waren.

Mehr Spielraum hatte Altmann bei den neu eingerichteten sechs Abteilungen seines Ministeriums: Obwohl es zu Beginn des Jahres 1946, neun Monate nach der Befreiung Österreichs, gewiss nicht einfach war, qualifizierte kommunistische Fachleute zu finden, gelang es Altmann bereits im ersten Jahr seiner Tätigkeit, vier der sechs Abteilungen seines Ministeriums mit kommunistischen Leitern zu besetzen. Nach einer ersten Reorganisierung waren es fünf von sieben Abteilungsleitern. Am Ende seiner Amtstätigkeit – nach einer Neuorganisation der Diensterteilung im Oktober 1947 – wurden sieben der nunmehr acht Abteilungen von Kommunisten geleitet. Der Einfluss der kommunistischen Beamten stieg weiter, als Naehr und Friedek 1947



Karl Altmann, Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung in der Regierung Figl (1945–1947)

in den Ruhestand traten. Hierauf wurde das Präsidium gemeinsam mit der bisherigen Rechtsabteilung zur Sektion I umgestaltet, in der die administrativ-juristischen Agenden zusammengefasst waren. Die übrigen technisch-wirtschaftlichen Abteilungen wurden Teil der Sektion II (Angelegenheiten des Elektrizitätswesens). Beide Sektionen wurden zwar von Kommunisten geleitet, ihnen wurde aber die Ernennung zu Sektionschefs, also der Aufstieg in die höchste Dienstpostengruppe, verwehrt.

Ein Blick in die einschlägigen Amtskalender und Dienstpostenpläne macht die starke Präsenz der kommunistischen Beamten in diesem Ministerium deutlich: So gehörten in der ersten Jahreshälfte 1946 von den insgesamt neun im Behördenjahrbuch genannten Spitzenbeamten fünf der KPÖ an. 1947 – am Ende der Amtszeit von Altmann – waren unter den 17 namhaft gemachten höheren Beamten zehn Kommunisten. Zieht man die Fluktuation und vorzeitig ausgeschiedene Mitarbeiter in Betracht, so waren es insgesamt 14 Kommunisten, die Altmann während seiner Amtszeit im höheren Ministerialdienst beschäftigte. Einige von ihnen waren langjährige KPÖ-Mitglieder, die ins Exil getrieben worden waren und ihre Rückkehr nach Österreich mit dem politischen Auftrag verbanden,

im Sinne der kommunistischen Wiederaufbaukonzeptionen am demokratischen Neubeginn teilzuhaben. Eine klassische Beamtenkarriere war wohl für keinen dieser Antifaschisten die primäre Motivation, in den Staatsdienst einzutreten. Dies gilt zunächst für Dipl.-Ing. Wilhelm Frank (geb. 1916), der – aus dem Schweizer Exil zurückgekehrt – im Februar 1946 die Leitung der Planungsabteilung übernahm, für Dr. Engelbert Broda (geb. 1910), der im Juni 1947 nach seiner Rückkehr aus England als wissenschaftlicher Mitarbeiter in dieser Abteilung als Referent zu arbeiten begann, und schließlich auch für Dipl.-Ing. Gustav Hamerschlag (geb. 1892), der in England als Betriebsleiter einer Fabrik gearbeitet hatte, im *Austrian Centre* aktiv war und im Juli 1946 zunächst Leiter der Beschaffungsabteilung im Ministerium wurde. 1947 bis zur Auflösung des Ministeriums war er mit der Leitung der Sektion „Technisch-wirtschaftliche Angelegenheiten des Elektrizitätswesens“ betraut. In diese Kategorie langjähriger Parteimitglieder und Remigranten gehört auch Leo Zimmermann (geb. 1910), der im französischen Widerstand aktiv war und die Leitung des Pressedienstes übernahm, der 1947 zu einer eigenen Abteilung aufgewertet wurde. Dr. Joseph Markus (geb. 1913), der aus der Schweiz nach Österreich zurückkehrte, begann im August 1947 als Referent der Rechtsabteilung zu arbeiten, wo ihm die Ausarbeitung eines neuen Elektrizitätsrechts übertragen wurde. Im Februar 1947 wurde Dipl.-Ing. Fritz Wachs (geb. 1911), der von 1943 bis 1947 in der britischen Armee gedient hatte, Referatsleiter in der Bauabteilung.

Neben den politischen Remigranten war Altmann aber auch auf Fachleute angewiesen, die entweder vor 1938 oder in den Jahren der NS-Diktatur ein technisches Hochschulstudium absolviert hatten und nach der Befreiung Österreichs zur KPÖ gestoßen waren. Auch in diesem Personenkreis waren bewährte Antifaschisten zu finden, etwa Dipl.-Ing. Dr. Adalbert Orlicek (geb. 1912), der bereits der Führung der Akademischen Legion des Republikanischen Schutzbundes angehört hatte, im Frühjahr 1938 kurzzeitig in Gestapo-Haft war und bis Kriegsende in den Leuna-Werken arbeitete. Er hatte sich bereits zur Zeit der Renner-Regierung als Büroleiter des kommunistischen Unterstaatssekretärs Hermann Lichtenegger empfohlen und wurde von Altmann als Sekretär, und damit in die wichtigste Vertrauensposition seines Amtes, übernommen. Drei weitere neu beigetretene

Kommunisten, die sogleich die Leitung eines Referats übernahmen, waren von Beginn an im Dienst des Energieministeriums: Dipl.-Ing. Dr. Karl Deutsch (geb. 1910), der in den Jahren 1942 bis 1945 in den Konzentrationslagern Mauthausen und Oranienburg interniert war, übernahm die Leitung der Abteilung „Elektrotechnik“. Dipl.-Ing. Franz Häuslmayer (geb. 1911), der 1938 aus „rassischen“ Gründen aus dem Bundesheer entlassen worden war und dann bei verschiedenen Baufirmen arbeitete, wurde Leiter der Bauabteilung. Dipl.-Ing. Dr. Wilhelm Kovats (geb. 1906), der bis 1943 im Rüstungsministerium des Deutschen Reiches gearbeitet hatte, dann aber zu einer Strafkompagnie der Wehrmacht eingezogen wurde, leitete die Abteilung „Elektrizitätswirtschaft“ und ab 1947 auch das Sekretariat der „Wirtschaftskommission für Europa“ (ECE) im BMEE. Im Juli 1946 trat Dipl.-Ing. Fritz Peyerl (geb. 1917), der der KPÖ seit Mai 1945 angehörte und bis April 1946 in der Staatsdruckerei gearbeitet hatte, als Referent in die Beschaffungsabteilung des BMEE ein. Ende 1947 übernahm er ihre Leitung.

Zwei jener höheren Beamten, die 1945/46 Mitglied der KPÖ wurden, erwiesen sich als Fehlgriff: Ferdinand Fitz (geb. 1922), der 1943, also mit 21 Jahren, bereits zum Dipl.-Ing. avanciert sein soll, 1945 als Bauleiter bei der Generaldirektion der Post zu arbeiten begann und im Juni 1946 ins Ministerium eintrat, musste wenige Monate später bereits wieder ausscheiden, obwohl Altmann zunächst sogar seine Pragmatisierung beantragt hatte. Er wurde zeitgleich wegen verschiedener Betrügereien aus der KPÖ ausgeschlossen,⁶⁹ ließ sich dann – einem Bericht der *Arbeiter-Zeitung* zufolge – zur Fremdenlegion anwerben und wurde im Juli 1948 wegen Betrugs zu neuen Monaten schweren Kerkers verurteilt.⁷⁰ Ebenso 1947 aus der KPÖ ausgeschlossen wurde Dipl.-Ing. Walter Hanl (geb. 1912), der – obwohl mit Wirksamkeit vom 1. November 1946 zum Ministerialsekretär ernannt – auch aus dem Ministerium ausscheiden musste. Er hatte zuvor als Betriebsleiter der NEWAG in Waidhofen an der Ybbs gearbeitet und war erst im Zuge seines Dienstes im Ministerium zur KPÖ gestoßen.⁷¹

Neben der Schwierigkeit, Absolventen einer Technischen Hochschule für den höheren Ministerialdienst zu finden, litt Altmann unter dem Mangel an verwaltungsjuristisch ausgebildeten Parteimitgliedern. Als im September 1946 der in Parteikreisen völlig unbekannt Jurist Dr. Erwin Urban (geb. 1907) aus der jugosla-

wischen Kriegsgefangenschaft nach Wien zurückkehrte, bei Altmann vorsprach und tags darauf Mitglied der KPÖ wurde, nahm ihn dieser – in Absprache mit der Kaderabteilung der Partei – sogleich in sein Ministerium auf.⁷² Im April 1947 wurde er zum Sektionsrat ernannt und übernahm schließlich die Leitung des Präsidiums. „Ich brauche Juristen wie ein Stück Brot“, wiederholte Altmann in mehreren Schreiben an die Kaderabteilung und an das Politische Sekretariat der KPÖ. Ich bitte recht sehr, überall nachzusehen, ob es nicht Juristen oder auch Juristinnen gibt, die ich ins Ministerium nehmen könnte“, schrieb er im Juli 1947 angesichts der Tatsache, dass der im Innenministerium beschäftigte Kommunist Dr. Franz Zak (geb. 1908) sich in eine andere Dienststelle versetzen lassen wollte.⁷³

Die kommunistische Betriebsorganisation im BMEE

Mag bereits die vergleichsweise starke Präsenz kommunistischer Beamter im höheren Ministerialdienst des Energieministeriums überraschen, so gilt dieser Befund auch für die unteren Ebenen und Ränge. Im Mai 1946 waren im Dienstpostenplan dieser Zentralstelle 86 MitarbeiterInnen vorgesehen, für 1947 beantragte Altmann 96: darunter 36 in der Zentralleitung (einen Sektionschef, fünf Ministerialräte, fünf Sektionsräte, 13 Ministerialsekretäre und zwölf Ministerialoberkommissäre und Ministerialkommissäre), 18 im mittleren technischen Dienst, 22 im Kanzleidienst und zehn im Hilfsdienst.⁷⁴ Tatsächlich finden sich in der im Februar 1947 ausgefertigten Diensterteilung schließlich 85 Namen, von denen zumindest 42 nachweislich der KPÖ angehörten, wie eine gezielte Recherche in personenbezogenen Unterlagen im Parteiarchiv ergab. In Summe lassen sich mindestens 54 KommunistInnen nachweisen, die in der Amtszeit von Karl Altmann im Energieministerium beschäftigt waren. Ihnen allen war bewusst, dass sie in einem besonderen und einzigartigen Aufgabenbereich tätig waren: Als KommunistInnen in einem von einem Kommunisten geleiteten Ministerium. „Unsere erste Aufgabe ist es den Minister in seiner Arbeit zu unterstützen, damit die Partei zeigen kann, daß ein von einem Kommunisten geleitetes Ministerium mehr für das Volk leistet als andere Ministerien“, war im März 1947 in einer Versammlung der KPÖ-Betriebsorganisation des BMEE zu hören.⁷⁵ Im Kontrast zu anderen Zentralstellen stellt es wohl auch mehr die Ausnahme denn die Regel dar,

dass von den 95 im Oktober 1947 im BMEE Bediensteten allesamt als unbelastet einzustufen waren, Altmann also in seinem Amtsbereich kein einziges ehemaliges NSDAP-Mitglied beschäftigte.⁷⁶

Bei den etwa 40 im BMEE nicht im höheren Dienst tätigen KommunistInnen handelte es sich – mit wenigen Ausnahmen – um GenossInnen, die bisher politisch wenig hervorgetreten und in ihrer Mehrzahl erst nach 1945 zur KPÖ gestoßen waren. Knapp die Hälfte war unter 30 Jahre alt, viele der Männer hatten in der Wehrmacht gedient und waren 1946 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt. Unter ihnen befand sich – um nur ein Beispiel zu nennen – Heinrich Lochner (geb. 1922), der Sohn des gleichnamigen kommunistischen Widerstandskämpfers, der 1943 hingerichtet worden war. Gefragt war der Besuch einer technischen Lehranstalt, um aufgrund der hier erworbenen fachlichen Qualifikation etwa als Ingenieur in der Sektion (Elektrizitätswesen) zu arbeiten, während im Präsidium gewissenhafte Verwaltungsbeamte und Kanzleikräfte gesucht wurden. Für die fachliche Eignung und politische Verlässlichkeit der von Altmann eingestellten MitarbeiterInnen trug auch die Kaderabteilung der KPÖ Sorge, die entweder mit Vorschlägen an Erwin Urban als Personalchef herantrat oder umgekehrt entsprechende Absichten des Ministeriums prüfte. Die Kaderabteilung stellte Altmann auch Hugo Kourek (geb. 1914) als zweiten Sekretär zur Verfügung, nachdem dieser zur Unterstützung von Orliceks Arbeit eine „ausgesprochene Vertrauensperson“ angefordert hatte.⁷⁷ Kourek war in der Folge wohl für jenen überaus brisanten Bereich verantwortlich, der mit dem Informationsfluss zur operativen Führung der KPÖ zu tun hatte. Bemerkenswert ist die durch einen Fall überlieferte Einstellungspraxis, die auf den besonderen Charakter der KommunistInnen im BMEE als politisches Kollektiv hinweist: So erteilte Altmann den Auftrag, das Einstellungsgesuch eines Elektrotechnikers zu überprüfen, „allenfalls im Kollektiv“, wie er festhielt. Und obwohl die Kaderabteilung den jungen Genossen als „gut und verlässlich“ charakterisierte, entschied das Kollektiv, dass dieser aufgrund mangelnder Praxis nicht eingestellt werden solle.⁷⁸

Natürlich spielten aber auch – wie in allen Bereichen der Arbeitswelt – Interventionismus und Protektion eine gewisse Rolle: Eine im Stern-Verlag der KPÖ beschäftigte Genossin ließ über Monate hinweg so lange nicht locker, bis ihr

Schwiegersohn letztlich seinen Dienst im Ministerium antreten konnte. Aus einer Familie wiederum arbeiteten gleich fünf Angehörige im Amt. Das „Familienoberhaupt“, Maria Biussi (geb. 1902), die seit 1919 – u.a. als Bezirksrätin – in der Sozialdemokratie aktiv war, hatte in der Ersten Republik bereits als Kanzleikraft der Gemeinde Wien und schließlich als Abteilungsleiterin in der Geologischen Bundesanstalt gearbeitet. Im Juni 1945 trat sie der KPÖ bei und war als Kanzleileiterin und Sekretärin im Staatsamt für Volksernährung tätig, bevor sie in die Beschaffungsabteilung des BMEE wechselte.⁷⁹ Hier war sie auch als Frauenreferentin der kommunistischen Betriebszelle engagiert. Und natürlich sind auch Karrieremotive nicht völlig außer Betracht zu lassen: So wurde 1948, als zwei im Präsidium arbeitende Sekretärinnen aus der Partei austraten, deutlich, dass deren Beitritt in den Jahren 1945 und 1946 wohl auch aus Gründen des eigenen Vorteils erfolgt war.⁸⁰

Ähnlich wie im Falle der kommunistischen Polizeibeamten musste Altmann im Jahresverlauf 1946 einen zähen Kampf um die Pragmatisierung der kommunistischen Beamten führen. Während die Bildung der Personalstände in den anderen Zentralstellen routinemäßig erfolgte und in der Regel im Ministerrat nur abgenickt wurde, stellten die von Altmann eingebrachten Ernennungsanträge, die in Anwendung von § 7 des B-ÜG auf die Nachsicht gewisser Anstellungserfordernisse abzielten, einen Zankapfel dar. In der 42. Sitzung des Ministerrats am 29. Oktober 1946 wurde schließlich nur ein Teil der von Altmann eingebrachten Anträge positiv erledigt, nämlich jene, die die Akademiker und Mittelschultechniker zum Gegenstand hatten. „Ich habe zu allen Fällen referiert, dass es sich um das Ergebnis eines monatelangen Kampfes handle, dass ich durchaus nicht mit der Regelung einverstanden sei, dass jedoch diese Regelung als schlechtes Kompromiss schließlich zustande gekommen sei“, berichtete Altmann an die Parteiführung über den Verlauf der Sitzung.⁸¹ In der Sitzung selbst hatte Handelsminister Eduard Heigl, ein Exponent der reaktionärsten Teile der ÖVP, in zynischer Weise Altmann zu „dem großen Entgegenkommen“ gratuliert, das er mit seinen Anträgen beim Finanzministerium und beim Bundeskanzleramt gefunden habe, und vor den „Beispielfolgen“ gewarnt. Auch Finanzminister Georg Zimmermann (ÖVP) kritisierte die von Altmann beantragten „Ausnahms-



Wilhelm Frank, Leiter der Abteilung Planung im BMEE, in späteren Jahren Sektionschef im Handelsministerium

regelungen“ als „sehr gefährlich vom Standpunkt des Gesamtaufbaues“ der Beamenschaft.⁸² Altmann gelang es in diesem Zuge, insgesamt zwölf Kommunisten zu pragmatisieren, darunter neun im höheren Ministerialdienst und drei im mittleren technischen Dienst.⁸³ Ein halbes Jahr später glückte es noch, die Ernennung von Erwin Urban durchzusetzen, was den Minister – wie aus einem Schreiben an die Parteiführung hervorgeht – selbst überrascht hat.⁸⁴ Elf weitere im August 1946 eingebrachte Ernennungsanträge, darunter auch solche, die KommunistInnen im Verwaltungs-, Kanzlei- und Hilfsdienst betrafen,⁸⁵ gelangten in der Folgezeit ebenso wenig zur Beschlussfassung wie jene, die Altmann im Oktober 1947 vorlegte.⁸⁶

Auflösung des Energieministeriums

Nachdem die KPÖ im November 1947 aufgrund ihrer Kritik an der Währungsreform aus der Konzentrationsregierung austrat, wurde Alfred Migsch (SPÖ) Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung. Entgegen der anfänglich von ihm erteilten Weisung, die 47 Pragmatisierungsanträge weiter zu verfolgen, die Altmann einen Monat vor seinem Ausscheiden eingebracht hatte,⁸⁷ begann Migsch 1948 mit der sukzessiven Entlassung der kommunistischen Vertragsangestellten. Obwohl auch das Bundeskanzleramt bereits seine Zustimmung zu Altmanns Ernennungsanträgen und Einstufungsplänen signalisiert hatte,⁸⁸ gelangten diese nicht mehr zur Beschlussfassung. Nach dem Amtsantritt von Migsch „wurden alle Angestellten, von denen bekannt war, dass sie der KPÖ angehörten,



Hermann Lichtenegger, Vizepräsident der Bundesbahndirektion Wien

systematisch entlassen, darunter auch ich“, hielt ein in der Kanzleidirektion beschäftigter Kommunist fest.⁸⁹ Gegen die Entlassung des Bauzeichners Richard Geyer, der Obmann der kommunistischen Parteizelle im Ministerium war, und des im Pressedienst beschäftigten ehemaligen KZ-Häftlings Karl Horak wurde im Juni 1948 selbst der KZ-Verband aktiv, der sich in einem Protestschreiben an das Ministerium wandte.⁹⁰ 1949 wurde in der *Volksstimme* von 17 Antifaschisten berichtet, die entlassen worden seien.⁹¹

Infolge ihrer Ernennung in die Personalstände in den Jahren 1946 und 1947 war es für Migsch aber unmöglich, die leitenden kommunistischen Beamten zu entlassen, weshalb er zunächst durch Versetzungsmaßnahmen versuchte, deren Einfluss zu begrenzen. Die noch von Altmann eingebrachten Anträge, bereits pragmatisierte Beamte wie Hamerschlag, Deutsch, Orlicek, Häuslmayer und Frank in höhere Dienstpostengruppen zu befördern,⁹² wurden auf Eis gelegt, wie Migsch bei Amtsantritt anordnete.⁹³ Als wichtigste Maßnahme entzog er Erwin Urban die Leitung des Präsidiums, in dem fortan kein Kommunist mehr zu finden war. Die von Leo Zimmermann geleitete Presseabteilung wurde aufgelöst und dieser der Rechtsabteilung zugeteilt. Altmanns Sekretär Orlicek wurde zunächst Sektionsleiter Hamerschlag zugeteilt und dann zum Leiter der neu geschaffenen und nur kurze Zeit bestehenden Abteilung „Wärmewirtschaft“ bestimmt. Angesichts dieser Maßnahmen wurden in der *Volksstimme* die „Terrormethoden“ des neuen Personalchefs Otto Gatscha kritisiert, der „wie ein kleiner

Diktator in der Nazizeit“ die Beamten von einer Abteilung in die andere versetzte.⁹⁴ Nichtsdestoweniger befanden sich Ende 1948 unter den 27 im Behördenverzeichnis genannten Beamten im höheren Ministerialdienst immer noch zehn Kommunisten, ihre Zahl war also seit 1946 konstant geblieben. Im Amtskalender des Jahres 1949 werden noch sieben Kommunisten unter den insgesamt 21 Beamten genannt. Ausgeschieden waren Franz Häuslmayer, der im Oktober 1947 als Direktor der verstaatlichten Ennskraftwerke und Geschäftsführer des Baukomitees Kaprun in den nachgeordneten Bereich wechselte; Karl Deutsch, der im Juli 1948 eine Stelle bei einem Chemiekonzern in London annahm; sowie im Oktober 1948 Engelbert Broda, der die Leitung der Radiochemischen Abteilung am I. Chemischen Institut der Universität Wien übernahm. Zwar wollte Broda ohnehin „keine Beamtenkarriere einschlagen“, sondern sich „ganz der Wissenschaft widmen“,⁹⁵ die zwar von Altmann beantragte, aber weiter ausstehende Ernennung zum Ministerialsekretär mag ihm diese Entscheidung aber erleichtert haben. Gleichermäßen hintertrieben wurde die von Altmann ebenso am 14. Oktober 1947 beantragte Ernennung von Fritz Wachs zum Ministerialsekretär.

Die Dominanz der kommunistischen Beamten im Elektrizitätswesen fand schließlich 1950 ein Ende, als nach den Nationalratswahlen des Jahres 1949 in Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ eine Neuordnung der Ministerien vereinbart wurde. Im Dezember 1949 wurde das BMEE aufgelöst und als Sektion IV dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe einverleibt. Einige wenige Kompetenzen wurden ins Ministerium für Handel und Wiederaufbau eingegliedert. Im Zuge dieser Umstrukturierung wurden nahezu alle der KPÖ angehörenden Vertragsangestellten, die zu diesem Zeitpunkt noch im Staatsdienst standen, entlassen. „Meine Entlassung von dort erfolgt wie bei den anderen Genossen nicht durch Auflassung sondern als Maßregelung“, hielt beispielsweise eine Stenotypistin fest.⁹⁶ Der prominenteste der Gekündigten war Joseph Markus, dem die von Altmann beantragte Pragmatisierung verweigert worden war und der deshalb als Vertragsbediensteter per 31. Dezember 1949 gekündigt werden konnte.⁹⁷ Er war im Anschluss daran in der *Sowjetischen Mineralölverwaltung* (SMV) tätig.⁹⁸ Eine weitere Gekündigte war Erna Ketzlik (geb. 1904), die 1934 ihrem Mann, dem

Mitglied der KPÖ-Führung Alois Ketzlik, in das sowjetische Exil nachgefolgt war. Sie arbeitete als Dolmetscherin im Ministerium und kam vor allem bei Verhandlungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht zum Einsatz. Nachdem auch sie nicht – wie von Altmann beantragt – pragmatisiert wurde, erreichte sie Ende 1949 die Kündigung. Sie leitete ab 1950 bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 1965 die Bibliothek der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft*.⁹⁹

Im Zuge der Neuorganisation der Ministerien wurden auch die Positionen der im höheren Ministerialdienst stehenden kommunistischen Beamten beschnitten: So wurde der bisherige Sektionsleiter Hamerschlag 1951 in den zeitlichen, 1954 in den dauernden Ruhestand versetzt. Ebenso in den Ruhestand versetzt wurde Ende 1950 Leo Zimmermann. Er war hierauf in der Rechtsabteilung der SMV bzw. (ab 1955) ÖMV tätig. Wurden 1948 noch beide Sektionen und sechs der acht Abteilungen und 1949 immerhin noch vier Abteilungen und eine der zwei neu gebildeten Gruppen von Kommunisten geleitet, so waren in der neu geschaffenen Sektion IV des Verkehrsministeriums nur noch zwei Kommunisten unter den insgesamt sieben Abteilungsleitern: Fritz Peyerl in der Abteilung 6 (Koordinierung der Bedürfnisse der Elektrizitätswirtschaft, Devisenzuteilung und Importe) und Erwin Urban als Leiter der Rechtsabteilung. Urban wurde 1951 zum Ministerialrat befördert und stand bis zu seinem Tod im Jahr 1964 im Dienst des Ministeriums (nunmehr Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft).¹⁰⁰ Peyerl wurde in den 1960er Jahren zum Ministerialrat ernannt und blieb bis Anfang der 1980er Jahre Abteilungsleiter, nunmehr im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, dem die Energiesektion einverleibt worden war. Franz Häuslmayer blieb zwar im Bundesdienst, wechselte aber in das Elektrifizierungsamt der ÖBB (später Starkstromtechnische Zentralstelle bzw. Elektrodienst). Über das Verhältnis dieser drei zur KPÖ in späteren Jahren liegen keine Quellen vor, es ist also davon auszugehen, dass sie im Parteileben keine Rolle mehr gespielt haben. Der im Rang eines Sektionschefs pensionierte Peyerl war jedenfalls in seinen letzten Lebensjahren nicht in der organisierten ArbeiterInnenbewegung, sondern im Vorstand des *Lions-Club* engagiert.¹⁰¹

Ihre Beamtenlaufbahn im Verkehrsministerium setzten auch Wilhelm Kovats und Adalbert Orlicek fort. Beide

wurden jedoch bereits 1949 bzw. 1951 aus der KPÖ ausgeschlossen. Kovats wurde 1951 zum Ministerialrat ernannt und blieb bis 1970 Abteilungsleiter in der Energiesektion. Anlässlich seiner Pensionierung wurde ihm der Titel Sektionschef verliehen. Orlicek blieb bis 1965 im Ministerium, zunächst in derselben Abteilung wie Kovats, zuletzt als Leiter der neu geschaffenen Abteilung 8 (Friedliche Verwertung der Atomenergie). Danach wirkte er bis zu seinem Unfalltod Ende 1970 als Ordinarius an der Technischen Hochschule in Wien.¹⁰² Als Ausschlussgrund gegen Orlicek wurde 1951 vorgebracht, dass er keine Mitgliedsbeiträge mehr bezahle, sich an keinen Aktionen der Partei beteilige, ja sich sogar weigere, die Kandidatur der KPÖ-nahen *Gewerkschaftlichen Einheit* bei Personalvertretungswahlen mit seiner Unterschrift zu unterstützen.¹⁰³ Überdies wurde der Partei bereits 1950 Bericht erstattet über seinen ausschweifenden Lebensstil,¹⁰⁴ was allein als Hinweis darauf ins Treffen geführt sei, dass ein höherer Ministerialbeamter aufgrund der Logik seiner sozialen Lage, seines beruflichen Umfelds und seiner Karriereplanung leicht mit der politischen Kultur der KPÖ als ArbeiterInnenpartei in Konflikt geraten konnte. Nicht jeder Parteiaustritt und jede spätere Distanzierung von der KPÖ ist daher allein aus politischen Motiven zu erklären. Jenen Fachleute im Bundesdienst, die von Beginn an wenig in das Parteilieben integriert waren und die aufgrund der Ausgrenzung und Isolation der KPÖ ihre Parteimitgliedschaft zunehmend als Belastung für ihr berufliches Fortkommen empfunden haben mögen, war entweder die Zäsur des Jahres 1956 ein willkommener Anlass, aus der KPÖ auszuschneiden, oder sie haben sich in aller Stille – ohne demonstrativen Schritt – aus der Partei zurückgezogen.

In das Ministerium für Handel und Wiederaufbau (ab 1966 für Bauten und Technik), und nicht in das Verkehrsministerium, wechselte Wilhelm Frank, der bis dahin eine Abteilung geleitet hatte, nun aber bis 1970 „nur“ als Referent in der energiewirtschaftlichen Abteilung arbeitete. Nach einem Zwischenspiel im Ministerium für Wissenschaft und Forschung stieg er im Jänner 1974 zum Leiter der Energiesektion im Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und damit zum Sektionschef auf. Er war zu diesem Zeitpunkt der einzige und letzte höhere kommunistische Ministerialbeamte, wobei zu berücksichtigen ist, dass er bereits im Jänner 1969 – infolge des Einmar-

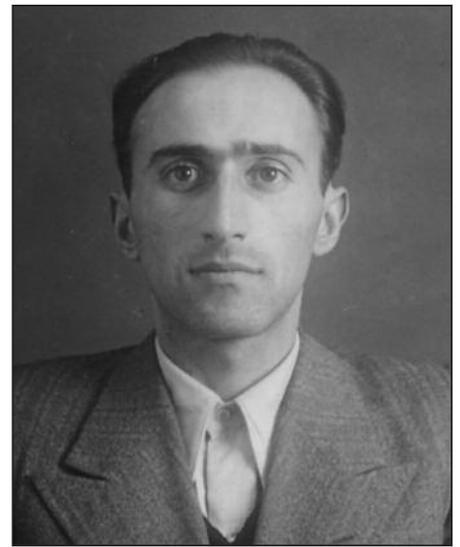
ches der Warschauer Vertragsstaaten in Prag – aus der KPÖ ausgetreten war.¹⁰⁵ Seine Pensionierung erfolgte 1980.¹⁰⁶

In den 1950er und 1960er Jahren kletterten auch einige wenige Kommunisten die Karriereleiter nach oben, die unter Altmann im mittleren technischen Dienst des Energieministerium zu arbeiten begonnen hatten, während jene, die damals im Verwaltungsdienst des BMEE tätig waren, ohne Ausnahme gekündigt wurden. Im Amtskalender nachweisen lassen sich in dieser Hinsicht Ing. Ferdinand Sotola (geb. 1919) in der von Kovats geleiteten Abteilung, Franz Suntych (geb. 1917), der 1949 die Baumeisterprüfung absolvierte, in derselben Abteilung wie Wilhelm Frank, sowie zuletzt Karl Kauder (geb. 1910) in der Abteilung „Maschinenwesen“ des Handelsministeriums. Bemerkenswert ist, dass Fritz Wachs, den Altmann schon Ende 1947 erfolglos als Ministerialsekretär vorgeschlagen hatte, in den 1960er Jahren in der Abteilung 5 (Wasserbautechnische Angelegenheiten der schiffbaren Flüsse usw.) des BMHW immer noch Vertragsbediensteter war.

Weitere Ministerien und nachgeordnete Stellen

In allen weiteren Zentralstellen und deren nachgeordneten Behörden waren KommunistInnen nur schwach vertreten, in führender Position gar nur in Einzelfällen. So nennt eine aus dem Jahr 1951 vorliegende Zahl 85 der KPÖ angehörende StaatsdienerInnen außerhalb der Polizei (in Summe waren es 945), die in drei Sektionen zusammengefasst waren: 40 im Bereich der Finanz, 14 in der Justiz und 31 im Bereich der „Wirtschaftsverwaltung“, worunter das Handels- und das Verkehrsministerium fielen.

Ein Einzelfall ist David Brill (geb. 1885), Mitglied der KPÖ seit 1918 und Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in den Jahren 1945 bis 1948.¹⁰⁷ Er war zur Zeit der Provisorischen Regierung als Sekretär von Johann Kopenig in der Staatskanzlei beschäftigt und blieb danach im Bundeskanzleramt „in besonderer Verwendung“. Er wurde dem ÖVP-Mann Franz Sobek zum Dienst zugeteilt, von diesem aber weitgehend kaltgestellt: „Akt bekam er von mir keinen einzigen. Nicht einmal KZ-Akten“,¹⁰⁸ so Sobek, der im BKA für die Angelegenheiten der ehemaligen KZ-Häftlinge und die Schaffung einer von den drei Parteien gebildeten Organisation der Freiheitskämpfer und NS-Opfer (KZ-Verband) freigestellt war. Im März 1948 wurden sowohl Sobek als auch Brill von Vizekanzler



Max Umschweif, Leiter des Staatspolizeilichen Büros, danach Beamter der Finanzlandesdirektion für Wien

Adolf Schärf (SPÖ) in einer Wählerversammlung als Beamte angegriffen, die sich „trotz Wiedergutmachung sozusagen ein Leben lang auf ihren Leiden ausruhen wollen“.¹⁰⁹

Im Bereich der ÖBB lassen sich zwei Kommunisten ausmachen, die ihre Führungspositionen bis zu ihrer Pensionierung halten konnten: Zum einen der ehemalige Unterstaatssekretär Hermann Lichtenegger (geb. 1900), der in der Renner-Regierung für den Eisenbahnverkehr zuständig war und danach Vizepräsident der Bundesbahndirektion Wien wurde (1946–1957). Zum anderen Karl Zmek (geb. 1899), der in der Generaldirektion der ÖBB (Sektion II des Verkehrsministeriums) bis in die 1960er Jahre das Referat „Ausbildung und Schulung“ leitete. Vom staatspolizeilichen Büro der Polizeidirektion Wien ins Finanzministerium versetzt wurde Dr. Max Umschweif, nachdem im Ministerrat die Tatsache kritisiert worden war, dass sein Bruder ein „Kassenschränker“ sei, und Umschweif aus diesem Grund für den Polizeidienst nicht weiter in Frage komme.¹¹⁰ Seine Beamtenlaufbahn endete – nach langen Jahren im Finanzamt für Gebühren und Verkehrsteuern – in einer Geschäftsabteilung der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland, wo er in den 1970er Jahren als wirklicher Hofrat pensioniert wurde. Der KPÖ gehörte er bis zu seinem Tod im Jahr 1986 an.¹¹¹ Ein Einzelfall ist auch Alois Schroth (geb. 1892), der bereits in der Ersten Republik Mitglied des Parteivorstands der KPÖ war. Er leitete im Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen – einer nachgeordneten Stelle des Handelsministeriums, in der seit den 1920er



Stadtrat Viktor Matejka (vorne, 2.v.r.) mit leitenden Beamten des Amtes für Kultur und Volksbildung der Stadt Wien, u.a. Ferdinand Wernigg (vorne, 1.v.r.), Walter Hollitscher (2. Reihe, Mitte) und Friedrich Wildgans (2. Reihe, 2.v.r.)

Jahren eine Parteizelle der KPÖ existierte – das Referat „Photographie“ der Abteilung „Reproduktion der Kataster- bzw. Grundbuchsmappen“. Von 1945 bis 1948 war er stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der öffentlich Angestellten,¹¹² eine Funktion, die nach ihm – bis zu seinem Ausschluss aus dem ÖGB nach dem Oktoberstreik des Jahres 1950 – der Kriminalrevierinspektor Johann Kouril (geb. 1919) innehatte.¹¹³

Im Bereich des Auswärtigen Amtes wurde – entgegen bereits getätigter Zusagen – die Aufnahme kommunistischer Beamter von Außenminister Karl Gruber (ÖVP) verhindert. Zunächst setzte er eine Parteienvereinbarung außer Kraft, wonach die KPÖ die Botschafterposten in Ungarn und Jugoslawien besetzen sollte.¹¹⁴ Bis ins Jahr 1947 hinein blieb die Bestellung von Theodor Prager für einen Posten in der Politischen Vertretung Österreichs in London im Gespräch, die aber ebenso verunmöglicht wurde.¹¹⁵ „Der Versuch, geeignete Personen aus der Kommunistischen Partei für diese Arbeit zur Verfügung zu stellen, scheiterte am Widerstand des Außenministeriums“, kritisierte die KPÖ.¹¹⁶

In der genannten Gesamtzahl von 945 kommunistischen Staatsangestellten ist ein Sonderfall der Nachkriegsgeschichte nicht enthalten: jene der KPÖ angehörenden StaatsdienerInnen, die in der alliierten

ten Zensurstelle zur Kontrolle des Brief- und Telefonverkehrs mit dem Ausland arbeiteten. Obwohl auf Weisung der Alliierten eingerichtet, waren deren Dienststellen ab 1947 administrativ dem Innenministerium zugeordnet. Zu diesem Zeitpunkt waren in der sowjetischen Zensurstelle am Schillerplatz ca. 600 Personen beschäftigt, deren Kosten die Republik zu tragen hatte.¹¹⁷ In den folgenden Jahren ging ihre Anzahl deutlich zurück, der prozentuelle Anteil der KommunistInnen blieb aber hoch: So berichtete die Betriebsorganisation der Abteilung „Z 5“ (Fernamt) im Jahr 1951 von 82 Parteimitgliedern, jene der Abteilung „Z 6“ (Briefzensur) von 97 Mitglieder

bei insgesamt 136 Beschäftigten. Bis zur Abschaffung der Auslandszensur im August 1953 ging deren Anzahl auf 42 bzw. 76 zurück.¹¹⁸ Von den dortigen Vertragsbediensteten dürfte niemand im Staatsdienst behalten worden sein.

Magistrat der Stadt Wien

Über die Staatsämter hinaus war die KPÖ auch darum bemüht, im Wiener Rathaus mit BeamtInnen vertreten zu sein, was aber selbst in den beiden von Kommunisten geleiteten Geschäftsgruppen – Wohlfahrtswesen (Vizebürgermeister Karl Steinhardt), Kultur und Volksbildung (Viktor Matejka) – nur in Ansätzen gelang. Im Jahr 1945 waren gar nur zwei leitende kommunistische Beamte im Bereich des Wiener Magistrats aktiv, von denen aber auch in den folgenden Jahren einer auf dem Papier blieb: So wurde der als Verwaltungsjurist allgemein anerkannte Karl Altmann, der bis 1934 die Pressestelle der Stadt Wien geleitet hatte und im Oktober 1938 aufgrund der „Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums“ als Magistratsbeamter pensioniert worden war, bereits im 16. April 1945 zum stellvertretenden Magistratsdirektor bestellt. Durch seine wenige Tage später erfolgte Berufung als Unterstaatssekretär für Justiz in die Provisorische Regierung Renner und seine darauffolgende Tätigkeit als Ener-

gieminister in der Figl-Regierung bis November 1947 konnte er diesen Beruf aber nicht aktiv ausüben. Vom Wiener Bürgermeister Theodor Körner zum provisorischen Leiter des Referates „Allgemeine und rechtliche Angelegenheiten“ der Magistratsdirektion der Stadt Wien bestellt¹¹⁹ und im Amtskalender als Leiter des Büros der Magistratsdirektion angeführt, blieb Altmann aber auch nach seinem Ausscheiden aus der Bundesregierung beurlaubt, wohl auch deshalb, weil er bis Dezember 1954 Abgeordneter zum Wiener Gemeinderat und Landtag war. Er wurde schließlich mit 31. Dezember 1954 in den dauernden Ruhestand versetzt.¹²⁰

Neben Altmann war im Jahr der Befreiung ein einziger Kommunist in leitender Stellung tätig, nämlich Dr. Ehrenfried Lande, der am 16. April 1945 mit der Leitung des Städtischen Gesundheitsamtes (Magistratsabteilung 15) beauftragt wurde.¹²¹ In der NS-Zeit war Lande in derselben Widerstandsgruppe wie Altmann aktiv und als dessen Arzt dafür verantwortlich, dass Altmann aufgrund einer gefälschten Diagnose nicht zum Militärdienst einrücken musste.¹²² In seinem Amtsbereich waren in den folgenden Jahren auch die kommunistischen Ärzte Dr. Alfred Fischer (geb. 1894) und Dr. Peter Lorant (geb. 1912) tätig: Fischer, bereits vor 1934 im Tuberkulosereferat des Gesundheitsamtes, übernahm nun dessen Leitung, Peter Lorant arbeitete als Amtsarzt. Lande, dessen Schwester Genia bereits in den 1920er Jahren dem Zentralkomitee der KPÖ angehört hatte und nach 1945 in der Zentralen Parteischule und im Nationalratsbüro der Partei arbeitete, leitete das Gesundheitsamt zwar bis 1960, wurde aber bereits 1951 aus der KPÖ ausgeschlossen.¹²³ In den Jahren 1945 bis 1951 trat er kaum aktiv als Kommunist in Erscheinung.

Auch der führende Kopf der kommunistischen Widerstandsgruppe, in der neben Altmann und Lande u.a. Laurenz Genner, Hella Postranecky und Karl Hans Heinz aktiv waren, der 1934 zur KPÖ übergetretene Schutzbundkommandant Otto Tropper (geb. 1896), übernahm 1945 eine leitende Funktion in Wien: Bereits vor 1934 Betriebsratsobmann der Städtischen Lagerhäuser und Leiter der dortigen kommunistischen Betriebszelle in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur, wurde er unmittelbar nach der Befreiung von Körner mit der Inbetriebsetzung und Leitung der Lagerhäuser betraut. Nach seiner politisch motivierten Absetzung im Jahr 1949 wurde er Betriebsrats-



Bezirksschulinspektorin Hedwig Mitis

obmann von Siemens-Schuckert II, einem USIA-Betrieb.¹²⁴

Viktor Matejka, der aufgrund einer Vereinbarung mit der SPÖ auch nach den Novemberwahlen des Jahres 1945 amtsführende Stadtrat blieb, gelang es erst 1946, Kommunisten in leitender Stellung in sein Amt zu holen. Er installierte dazu ein System von Konsulenten, darunter zwei Kommunisten: Walter Hollitscher (geb. 1911) als Wissenschaftskonsulent und den Komponisten Friedrich Wildgans (geb. 1913) als einer von drei Musikkonsulenten. Darüber hinaus war seit 1947 Otto Kreilisheim (geb. 1909) als eine Art „Mittelding zwischen Sekretär und Referent“¹²⁵ tätig. Nachdem Matejka nach den Wahlen des Jahres 1949 als Stadtrat ausscheiden musste, mussten im Jahresverlauf 1950 auch Hollitscher und Wildgans ihre Arbeit als Konsulenten aufgeben. Kreilisheim wurde als Schreiber in die Pädagogische Zentralbücherei versetzt, was dieser als demütigend empfand und aus den Diensten der Stadt Wien ausschied, um fortan im Apparat der KPÖ bzw. für den *Österreichischen Friedensrat* zu arbeiten.

1948 wurde von insgesamt 42 GenossInnen berichtet, die im Gemeindedienst tätig waren.¹²⁶ 1951 umfasste die kommunistische Betriebsorganisation im Wiener Rathaus 74 Mitglieder (bei insgesamt ca. 2.000 Beschäftigten).¹²⁷ Zu diesem Zeitpunkt waren allerdings nur noch zwei kommunistische BeamtenInnen an exponierter Stelle tätig: Zum einen Dr. Ferdinand Wernigg (geb. 1909), der 1945 nach seiner Rückkehr aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft im Amt von Viktor Matejka als dessen Sekretär zu arbeiten begonnen hatte. Nach dem Ausscheiden Matejkas aus dem Stadtsenat im Jahr 1949 wurde die MA 8 (Fachliche Angelegenheiten der Kultur und Volks-

bildung) aufgelassen und Wernigg in die MA 9 (Stadtbibliothek) versetzt. Dr. Olga Cermak (geb. 1909), deren Vater Parlamentsabgeordneter und Sekretär der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei war, arbeitete zunächst als rechtskundige Beamtin im Konzeptsdienst der Stadt Wien, zwischenzeitlich in den Magistratischen Bezirksämtern im 8. und 12. Bezirk und schließlich – zum Magistratsrat ernannt – in der Magistratsabteilung für Sozialversicherung. Nach Cermaks frühem Tod im Jahr 1956¹²⁸ und Werniggs Austritt aus der Partei im November dieses Jahres¹²⁹ gab es – abgesehen von den beiden Ärzten Lorant und Fischer – keine KPÖ-Mitglieder mehr, die im Amtskalender im Bereich des Magistrats der Stadt Wien genannt wurden.

Wiener Stadtschulrat

Ähnlich der Wiener Polizeidirektion und dem Bundesministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung stand auch der Wiener Stadtschulrat im Zeichen der Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses, den die KPÖ – aufgrund der zeitweiligen Machtposition Ernst Fischers – im Jahr 1945 auszuüben in der Lage war. Auch hier ging es ÖVP und SPÖ darum, die im Ministerrat anstehenden Ernennungen kommunistischer Schulinspektoren hinauszuzögern oder gar zu verhindern. Waren zunächst zwei von insgesamt zehn Landesschulinspektoren der KPÖ zuzurechnen (Franz Klusacek und Anton Sacher), wurde 1946 seitens des Unterrichtsministeriums eine Reduktion der Dienstposten geplant, deren Ziel offenkundig allein darin bestand, die Anzahl der kommunistischen Inspektoren zu begrenzen. Erst nach mehreren Interventionen von Karl Altmann bei Unterrichtsminister Felix Hurdes (ÖVP) wurden Klusacek (geb. 1901) und Sacher (geb. 1889) im Juli bzw. Oktober 1947 vom Ministerrat zu Landesschulinspektoren für die Mittelschulen in Wien ernannt.¹³⁰ Damit verfügte die KPÖ zu diesem Zeitpunkt über zwei von österreichweit 25 Landesschulinspektoren und über zwei von insgesamt 109 BezirksschulinspektorInnen, nämlich Hedwig Mitis (16. und 26. Bezirk) und Johann Spitzer (22. Bezirk) für die Volks-, Haupt- und Sonderschulen in Wien.¹³¹ Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt etwa 160 LehrerInnen in Wien Mitglied der KPÖ.¹³²

In leitender Position im Wiener Stadtschulrat war auch Dr. Rudolf Kraichel (geb. 1890), der bereits seit 1922, der Zeit Otto Glöckels, als Referent in dieser

Behörde aktiv war und 1934 aus politischen Gründen in den Schuldienst zurückversetzt wurde. Er wurde 1945 Mitglied der KPÖ und Obmann des parteinahen *Bundes demokratischer Lehrer und Erzieher* (BDL) und leitete das Referat für staatliche Erziehungsheime im Wiener Stadtschulrat. Seine Frau Marie Kraichel, die in der Ersten Republik acht Jahre lang für die Sozialdemokratische Partei Abgeordnete zum Niederösterreichischen Landtag war, wurde nach ihrem Ausschluss aus der SPÖ im Jahr 1947 ebenso Mitglied der KPÖ.¹³³ Wie sehr höhere kommunistische Beamte für die Regierung ein Stein des Anstoßes blieben, zeigt eine Wortmeldung Oskar Helmers in der Sitzung des Ministerrats am 14. Dezember 1954, wusste dieser doch anlässlich der routinemäßigen Ernennung Kraichels zum Oberstudienrat einzuwenden, dass es sich bei diesem um einen Kommunisten handle.¹³⁴

Nach dem Tod von Sacher im Jahr 1948¹³⁵ wurde zunächst kein Nachfolger ernannt. Als 1952 die Anzahl der Landesschulinspektoren wieder auf fünf erhöht wurde, wurde schließlich kein kommunistischer Parteigänger nachnominiert. Nachdem Spitzer 1951 ausgeschieden war, Klusacek 1955 verstarb und Kraichel im selben Jahr in Pension ging,¹³⁶ war mit der BDL-Vorsitzenden Hedwig Mitis (geb. 1906) als Bezirksschulinspektorin für den 16. Wiener Bezirk nur noch eine kommunistische Funktionärin in leitender Position im Bereich des Wiener Stadtschulrats tätig. Sie trat – zum Regierungsrat ernannt – 1968 in den Ruhestand.¹³⁷

Niederösterreich

Von der Schwäche der KPÖ im Beamtenapparat auf Landesebene zeugt die Tatsache, dass in Niederösterreich trotz der Präsenz und bestimmenden Rolle der Roten Armee kein einziger Kommunist in leitender Position tätig war. Der einzige Kommunist, der als Landesbeamter Fuß fassen konnte und 1949 pragmatisiert wurde, war Dr. Ludwig Weiss (geb. 1912) als Sekretär des kommunistischen Mitglieds der Landesregierung Laurenz Genner. Er war bereits zur Zeit der Renner-Regierung als Sekretär des damaligen Unterstaatssekretärs für Land- und Forstwirtschaft tätig und wurde nach 1955 für den Landtagsklub der *Volksopposition* und 1959 für den *Verband kommunistischer Gemeindevertreter* freigestellt. Er trat 1977 in den dauernden Ruhestand.¹³⁸

Eine Groteske entwickelte sich um den Kommunisten Franz Starka (geb. 1909), der bereits vor 1938 im Landesdienst ge-



Ludwig Weiss, niederösterreichischer Landesbeamter

arbeitet hatte und 1945, nach seiner Rückkehr aus dem Zuchthaus Stein an der Donau, als Bezirkshauptmann von Lilienfeld eingesetzt wurde. Da es sich bei Starka aber um keinen rechtskundigen Beamten handelte, er also als Amtsleiter die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllte, wurde die Bezirkshauptmannschaft kurzerhand in eine Expositur der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten umgewandelt. Der Zusatz „Expositur“ könne „nach Enthebung von Franz Starka wieder wegfallen“, wie Landesamtsdirektor Hans Vanura festhielt.¹³⁹ 1951 wurde Starka vom Dienst suspendiert und wegen diverser ihm angelasteter Verfehlungen ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Er musste aber auf Befehl des sowjetischen Militärkommandanten wieder eingesetzt werden.¹⁴⁰ Nachdem eine Kompromisslösung, etwa die Ablösung Starkas durch einen anderen Kommunisten, gescheitert war, schied dieser 1953 freiwillig aus dem Amt.¹⁴¹ Unmittelbar darauf wurde auch die Bezirkshauptmannschaft Lilienfeld wieder reaktiviert.

Fehlende Demokratisierung

In der Literatur wird die Orientierung der KPÖ auf eine Demokratisierung des Staatsapparats aus zweierlei Motiven kritisiert: Einerseits – aus „ultralinker“ Sicht – als Verzicht auf unmittelbar revolutionäre Zielstellungen,¹⁴² andererseits problematisiert Heinz Gärtner die „institutionellen Strategie“ der KPÖ mit ihrer „sentimentalen Fixierung“ auf die Erneuerung des Staatsapparats, habe doch seiner Meinung nach der Staat als Hauptadressat der kommunistischen Forderungen fungiert.¹⁴³ Zweifelsohne wurde in Einschätzung der innenpolitischen Faktoren der Zerfall des faschistischen Staatsapparats und die damit verbundene

Erschütterung der politischen und ökonomischen Herrschaftsverhältnisse von den KommunistInnen überbewertet, die laufende Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse demgemäß auch nur zögerlich zur Kenntnis genommen. Insgesamt ließ sich die KPÖ jedoch von ihrer antifaschistisch-demokratischen Grundkonzeption leiten, wonach es darum ging, im Rahmen der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte möglichst weitreichende Schritte in Richtung Öffnung eines Weges hin zu sozialistischen Umgestaltungen einzuleiten. Die Partei begriff dabei auch den Staatsapparat als Feld dieser Auseinandersetzung, als Kampfplatz um die künftige Entwicklung Österreichs. Hieraus leitete sich auch ihre Kritik an dessen schleppender „Säuberung“ von faschistischen und reaktionären BeamtInnen und an der mangelnden Durchführung jener Bestimmungen des B-ÜG ab, die antifaschistischen Kräften den Zugang zu leitenden Funktionen erleichtern sollten.

Mit Sicherheit waren gegen Ende des Jahres 1945 bei den führenden ParteifunktionärInnen keine Illusionen über die konkreten Kräfteverhältnisse im Staatsapparat selbst und die damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten vorhanden. Der von Gärtner der KPÖ unterstellte Glaube, „in einem von den gesellschaftlichen Klassen losgelösten Staatsapparat operieren“ zu können,¹⁴⁴ entsprach gewiss nicht dem Erfahrungshorizont der kommunistischen Regierungsmitglieder. Als Karl Altmann Anfang Dezember 1945, nach der Wahlniederlage der KPÖ, kritisch auf die Politik seiner Partei in der Provisorischen Regierung Renner Rückschau hielt, musste er u.a. einschätzen, dass es nicht gelungen sei, „die Tätigkeit des Staatsapparates so zu lenken, wie sie den Interessen des Volkes entsprochen hätte und wie wir sie gewünscht hätten“. Selbst dort, wo Kommunisten Staatsämter geleitet hätten, konnte das Gewollte nicht erreicht werden, „denn es lag zwischen ihnen und der Durchführung der Beamtenapparats“. Als konkretes Beispiel nannte er in dieser Sitzung des Zentralkomitees die Widerstände der Bürokratie gegen die von Ernst Fischer geplante Schulreform.¹⁴⁵ Auch in einem Leitartikel des Zentralorgans wurde be-

klagt, dass die KPÖ in den beiden von ihnen verwalteten Staatsämtern nicht einmal die Möglichkeit hatte, „den bürokratischen Beamtenapparat zu erneuern und mit neuen, frischen, demokratischen Kräften zu durchsetzen“.¹⁴⁶

Die weitere Zurückdrängung des kommunistischen Einfluss im Staatsapparat und in der Verwaltung war einer der Hauptschauplätze der innenpolitischen Isolierung und Ausgrenzung der KPÖ im Zuge des beginnenden Kalten Krieges. Bereits im September 1946 war die KPÖ gegenüber den sowjetischen Stellen zur Einschätzung gezwungen, dass ihre Positionen im Verwaltungsapparat „bedeutend geschwächt“ seien. Die kommunistischen Vertreter dort seien „isoliert und auf zweitrangige, unbedeutende Plätze abgedrängt“.¹⁴⁷ So blieb die Kritik an der Sabotage des B-ÜG auch in den Jahren 1946/47 ein fixer Bestandteil der kommunistischen Politik. Die Durchführung dieses Gesetzes bzw. jener Bestimmungen, die auf eine Erneuerung des Staatsapparats durch AntifaschistInnen abzielten, sei „der Prüfstein dafür, wie ernst es den beiden großen Parteien um die wirkliche Demokratisierung Österreichs ist“, schrieb Franz Honner im Zentralorgan der Partei.¹⁴⁸ Die KPÖ versuchte dann auch, den bescheidenen realpolitischen Einfluss, der ihr auf Regierungsebene geblieben war, zu nutzen, um bei der Demokratisierung der Verwaltung Verbesserungen durchzusetzen. Als etwa im Frühjahr 1946 Parteienverhandlungen über eine Neufassung des Verbotsgesetzes eingeleitet wurden, erklärte die KPÖ die Durchführung des B-ÜG zu einer unabdingbaren Voraussetzung für die Neuregelung der „Nazifrage“, was auch in die Parteienvereinbarung vom 30. März 1946 Eingang fand.¹⁴⁹ Als im Parlament schließlich die Beschlussfassung des Nationalsozialistengesetzes bevorstand, musste die Partei zwar einschätzen, dass diese von ihr verlangte Vorbedingung nicht erfüllt worden sei.¹⁵⁰ Um die Verabschiedung des NS-Gesetzes jedoch nicht hinauszuzögern, ließ sich die KPÖ die Zusage geben, „daß ein erster wesentlicher Schritt zur Durchführung des Beamten-Überleitungsgesetzes sofort getan wird, nämlich die Einstufung der neuen Beamten in die Polizei und in einigen Ministerien, entsprechend den Funktionen, die sie innehaben“, wobei Ernst Fischer in seiner Rede im Nationalrat am 24. Juli 1946 vor allem das Energieministerium vor Augen hatte.¹⁵¹

Zu diesem Zweck wurde am 17. Juli 1946 ein eigenes Ministerkomitee einge-

setzt aus Adolf Schärf, Ferdinand Graf und Karl Altmann, unter Zuziehung des jeweiligen Ressortministers.¹⁵² In diesem Komitee ging es der KPÖ darum, die seit Monaten ausstehenden Personalfragen zu erledigen, wobei Altmann zuletzt bei den Polizeiernennungen Härte demonstrierte: „Mein Standpunkt in dieser Sache ist unverrückbar. Und ich gedenke davon im Grundsätzlichen auch nicht einen Schritt abzugehen, komme, was da wolle. Hier handelt es sich wirklich um eine entscheidende Frage und darum gibt es kein Ausweichen. Die Erfahrungen der ersten Republik Österreich sind klar, eindeutig und überzeugend. Und daß wir nicht wieder solche Erfahrungen sammeln müssen, dafür werde ich kämpfen. Auch die Arbeiterschaft wird dafür kämpfen“, schrieb er Mitte September 1946 an Oskar Helmer angesichts der anhaltenden Verschleppung dieser Angelegenheit, die zu einem „Affentheater“ geworden sei.¹⁵³ Auch an Schärf richtete er die mahnenden Worte, dass es die österreichische Arbeiterschaft nicht zulassen könne, „dass die Polizei wieder völlig in die Hand der Reaktion“ komme. Ferdinand Graf habe „deutlich erkennen lassen, dass er das Vorrecht der Reaktion auf den Machtapparat der Polizei mit Zähnen und Klauen zu verteidigen oder zu erkämpfen gewillt ist“, so Altmanns Appell an den sozialdemokratischen Vizekanzler, die in diesen „Grundforderungen der Arbeiterschaft“ gleichlautenden Interessen von SPÖ und KPÖ zu vertreten.¹⁵⁴ In der *Volksstimme* wurden angesichts der bevorstehenden Ernennung von Norbert Ferraris und Heinrich Hüttl die „reaktionären Bestrebungen neuaufgetakelter Heimwehrpolitiker und anderer Rückschrittler“ kritisiert, „aus der Polizei wieder eine Schober-Garde unseligen Angehendens zu machen“.¹⁵⁵

Stärker als die von Altmann gewünschte gemeinsame Abwehr reaktionärer Vorstöße war jedoch der antikommunistische Grundkonsens von ÖVP und SPÖ, wurde doch die Förderung einer demokratischen Beamtenschaft von beiden Parteien vor allem als Hebel der KPÖ wahrgenommen, sich verstärkt im Staatsapparat zu verankern. Zwar wurde – wie oben ausgeführt – in den Sitzungen des Ministerrats am 29. Oktober und 12. November 1946 ein Teil der von der KPÖ geforderten Pragmatisierungen gemäß § 7 des B-ÜG beschlossen, insgesamt waren aber ÖVP und SPÖ bestrebt, dieses Gesetz als Vehikel für eine weitere Demokratisierung abzustumpfen. Für die SPÖ war das konservativ-reaktionäre Übergewicht in der Ver-

waltung ein kleineres Übel gegenüber der als Gefahr erkannten Möglichkeit, dass sich auf dieser gesetzlichen Grundlage KommunistInnen im Beamtenapparat der Zweiten Republik festsetzen könnten. Der direkte Zusammenhang zwischen antikommunistischer Hegemonie und gescheiterter Erneuerung des Staatsapparats wird auch durch einen Bericht von Oskar Helmer in der Sitzung des SPÖ-Parteivorstands Ende September 1946 deutlich: „Das Beamtenüberleitungsgesetz gibt uns die Handhabe eine Bresche in die bürokratische Maschinerie zu schlagen. Wenn wir dies im Falle Polizei anwenden, werden wir eine dauernde Auslieferung gewisser Stellen an die KP erreichen. Durch solche Ernennungen wird der ganze Aufbau des Beamtentums nicht nur im Bunde und der Gemeinde auf den Kopf gestellt werden“, so Helmer über die „Sprengpatrone“, die die KPÖ mit dem B-ÜG „in die Polizei gelegt“ habe.¹⁵⁶

Diese Gefahr erkannte auch Finanzminister Georg Zimmermann, als er im Ministerrat den dezidierten Nachweis für die „besonderen Fähigkeiten“ und die „Tüchtigkeit“ der nach dem B-ÜG zu ernennenden, größtenteils kommunistischen Polizeibeamten forderte: „Anders würden wir ja das ganze Beamtenystem ruinieren“,¹⁵⁷ so der ÖVP-Politiker in Sorge darüber, dass Angehörige der ArbeiterInnenklasse die Vorherrschaft seiner Partei in den höheren Verwaltungsstellen gefährden könnten. Wenige Wochen zuvor hatte auch Julius Raab, damals Präsident der Bundeswirtschaftskammer, im Finanz- und Budgetausschuss des Parlaments die Entfernung von Personen ohne die „vorgeschriebene Schulbildung“ von leitenden und verantwortlichen Stellen im Staatsapparat gefordert und namentlich den Polizeivizepräsidenten Othmar Strobel genannt: „ein Kommunist, ein Arbeiter, der die Reifeprüfung für die Sache Österreichs und der Demokratie schon zu einer Zeit abgelegt hat, als Herr Raab noch bei Mussolini in die Schule ging“, wie die *Volksstimme* entgegnelt.¹⁵⁸



Franz Honner, Staatssekretär für Inneres in der Provisorischen Regierung Renner (1945)

„Standesdünkel und Kastentradi-tion“¹⁵⁹ blieben in der österreichischen Verwaltung allgegenwärtig, nicht zuletzt unter dem Deckmantel der „unpolitischen Fachmänner“, die sich in der Anfertigung formgerechter Protokolle jenen überlegen fühlten, die zunächst „nur deren antifaschistische Gesinnung und den guten Willen in Rechnung“ stellen konnten, wie Dürmayer in seinem Bericht über 1945 festhielt.¹⁶⁰ Ein Umstand, den auch der damals als Kriminalbeamter arbeitende Spanienkämpfer Hans Landauer in einem späteren Interview ungeschminkt festhielt: „Daß ein Akt von uns zur damaligen Zeit nicht so ausgesehen hat wie von diesen alten Federfuchsen, die aber moralisch absolute Schweine waren, ist klar. Die haben diese Nasenlänge voraus gehabt.“¹⁶¹ Fachwissen könne man erwerben, eine demokratische Gesinnung und österreichischen Patriotismus müsse man jedoch mitbringen, wurde den Forderungen nach einer von den „alten Fachleuten“ dominierten „unpolitischen Polizei“ in einer Wahlbroschüre entgegengehalten.¹⁶²

Wie sehr die Diskrepanz zwischen „altem Geist“ und dem von der KPÖ geforderten „neuen Wind“ in den Amtsstuben spürbar wurde, zeigt eine Reaktion von Heinrich Dürmayer auf die an ihm geübte Kritik, dass mancher Erlass der Staatspolizei nicht auf Punkt und Beistrich den

formalen Anforderungen gerecht worden sei: „Ich bin nicht gewillt, länger mit diesen Methoden an mir [...] herumhantieren zu lassen, die möglicherweise einer Jahrhunderte langen Tradition entsprechen, keinesfalls aber den Erfordernissen der Zeit“, so der kommunistische Leiter der Wiener Staatspolizei. „Das neue Österreich verlangt reine und klare Luft in den Amtsräumen und nicht die pudel- und intrigengeschwängerte einer verfallenen Epoche.“ Er sei deshalb auch nicht länger „gewillt, wegen eines schlechtgesetzten Beistrichs an mir herumnörgeln zu lassen, wenn der Inhalt des Satzes richtig ist. [...] Was an mir liegt, die Beamenschaft mit einem anderen Geiste zu erfüllen, wird geschehen und ich hoffe zuversichtlich, dass eine neue und junge Beamtengeneration heranwächst, die Rückgrat hat und die schwüle Luft der Vergangenheit nur noch vom Hörensagen der Kollegen kennt.“¹⁶³ Die fehlende Durchführung des Beamten-Überleitungsgesetzes ist nicht zuletzt ein Grund dafür, dass „die schwüle Luft der Vergangenheit“ noch heute spürbar ist.

Anmerkungen:

1/ Die Wiedergeburt Österreichs. Die Stellung der Kommunisten im nationalen Freiheitskampf des österreichischen Volkes. Moskau 1944, S. 14.
 2/ Wolfgang Kos: Entnazifizierung der Bürokratie, in: Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955. Wien 1986, S. 52–72, hier S. 68.
 3/ e.f. [Ernst Fischer]: Das neue Österreich braucht neue Menschen, in: *Neues Österreich*, 13.5.1945, S. 1–2, hier S. 1.
 4/ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Kriegsarchiv, NL Karl Renner, E/1731:312
 5/ Österreichisches Institut für Zeitgeschichte, NL 38, Ernst Fischer, Do 126, Mapped 3, Entwurf für das Sofortprogramm. o.D. [Juni/Juli 1945], S. 4.
 6/ Sofortprogramm zur Wiederaufrichtung Österreichs, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 1945, S. 1f.
 7/ So Ernst Fischer im Nationalrat (Stenographisches Protokoll. 28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 24. Juli 1946, S. 598–602, hier S. 601).
 8/ Ernst Fischer: Der Weg der Provisorischen Regierung, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg. (1946), Nr. 1, S. 1–12, hier S. 8.
 9/ „Right or wrong – my country!“ Protokolle des Kabinettsrates 17. Juli 1945 bis 5. September 1945. Wien 1999 (i.d.F. KRP, Bd. 2), S. 205.
 10/ Manfred Mugrauer: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen 2006, S. 145–147.
 11/ ÖStA/Kriegsarchiv, NL Karl Renner, E/1731:312, Kabinettsratsvortrag, Beamten-ÜG

(2. Fassung), 22.8.1945.

12/ Gesetz vom 22. August 1945 zur Wiederherstellung des österreichischen Beamtentums (Beamten-Überleitungsgesetz), StGBI. Nr. 134, verlautbart am 30. August 1945.

13/ Laurenz Genner: Bauer wähle richtig! Wien 1945, S. 10.

14/ Oscar Pollak: Gegen den „inneren Nazi“, hg. von der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien 1946 (Sozialistische Hefte, Folge 14), S. 9f.

15/ Gertrude Enderle-Burcel/Michaela Follner: Diener vieler Herren. Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945. Wien 1997, S. 20 und 505f.

16/ Franz Berner: Struktur und Träger der Verwaltung, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hg.): Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 2. Graz, Wien, Köln 1972, S. 135–161, hier S. 142.

17/ „Ich bestelle Sie hiemit zur Leitung des Außenamtes, ...“ Das Tagebuch von Heinrich Wildner 1945, hg. vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. Wien 2010, S. 64, Anm. 187.

18/ Hellmut Andics: 50 Jahre unseres Lebens. Österreichs Schicksal seit 1918. Wien, München, Zürich 1968, S. 471.

19/ Österreichische Behörden. Nach dem Stande vom 10. Oktober 1945. Wien 1945, S. 8 und 19.

20/ Ebd.; Österreichische Behörden. Nach dem Stande vom Juli 1946. Wien 1946; Nach dem Stande vom April 1947. Wien 1947; Nach dem Stande vom 1. Jänner 1948. Wien 1948.

21/ Österreichischer Amtskalender für das Jahr 1949, XVII. Jg. Wien 1949ff.

22/ Robert Stumpf: Ernst Fischer als Staatssekretär für ‚Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten‘ (1945). Versuch einer politischen Biographie unter struktur- und institutionsgeschichtlichen Gesichtspunkten. Diplomarbeit Universität Wien 1997, S. 170–228, hier S. 172, 211 und 218; ders.: „Dieses Mittelstück und die zwei Enden“. Ernst Fischer in der österreichischen Nachkriegspolitik (1945–1948), in: Bernhard Fetz (Hg.): Ernst Fischer. Texte und Materialien. Wien 2000, S. 135–160, hier S. 140. Bondy wird von Stumpf dem „katholischen Lager“ (S. 365), Mayer der Sozialdemokratie (S. 204) zugerechnet.

23/ ÖStA/Archiv der Republik (AdR), StAfVUEK, Zl. 114–Präs./45 v. 3.7.1945.

24/ Vgl. Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Karl Altmann an die Stadtleitung der KPÖ Wien, Josef Lauscher, 10.4.1946.

25/ Vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 19401, Viktor Matejka an Ernst Fischer, 15.11.1956, S. 1.

26/ ÖStA/AdR, BMU, Personalakt Ludwig Otruba.

27/ Ebd., Personalakt Elmar Bardolf.

28/ Ebd., Personalakt Ernst Mayer.

29/ Ernst Glaser: Die Wiedererrichtung des Stadtschulrates 1945 – Eine persönliche Erinnerung, in: *PI-Mitteilungen*. Beilage zum „Verordnungsblatt des Stadtschulrates für Wien“,

Nr. 10, Juni 1990, S. 3–9, hier S. 5; Stumpf: Ernst Fischer, S. 219, Anm. 35.

30/ Hermann Schnell (Hg.): 50 Jahre Stadtschulrat von Wien. Wien, München 1972, S. 181; Hofrat Ernst Mayer gestorben, in: *Arbeiter-Zeitung*, 14./15.6.1980, S. 2.

31/ Hugo Bondy: Noch mehr „Unbekannte Österreicher“!, in: *Wiener Zeitung*, 25.5.1947, S. 4; Ludwig Born: Die Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken in Wien. Wien 1978, S. 23 und 25.

32/ Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), Landesgericht für Strafsachen Wien I, Vr 3385/45, Vernehmung des Beschuldigten Hermann Rauscher, 2.11.1945, dazu: Manfred Mugrauer: Eine „Bande von Gaunern, Schwindlern und naiven Leuten“. Die Widerstandsbewegung O5 und die Kommunistische Partei Österreichs, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien. Jahrbuch 2016. Wien 2016, S. 101–139, hier S. 135f.

33/ Die Unesco, Dr. Kolb und die Kommunisten, in: *Arbeiter-Zeitung*, 21.11.1952, S. 2.

34/ Wie lange noch Dr. Bondy? Das Maß ist voll, in: *Das Kleine Volksblatt*, 14.12.1952, S. 16; Dr. Bondy ging, in: *Das Kleine Volksblatt*, 25.1.1953, S. 16.

35/ ÖStA/AdR, BMU, Personalakt Hugo Bondy, hierin auch die Schreiben an Ernst Kolb vom 23.12.1952 und an Heinz Pruckner vom 5.11.1956, sowie von Theodor Piffil-Perčević am Josef Klaus vom 2.2.1966.

36/ ÖStA/AdR, BMU, Personalakt Rudolf Freis; Ministerialrat Dr. Freis 75 Jahre, in: *Österreichische Volksstimme*, 8.5.1956, S. 3.

37/ ÖStA/AdR, BMU, Personalakt Elise Riesel.

38/ KRP, Bd. 2, S. 64; Hier spricht der Sport, in: *Österreichische Volksstimme*, 5.8.1945, S. 4.

39/ Ludwig Stecewicz: Trotz Hunger waren die Sportnarren da, in: Franz Danimann/Hugo Pepper (Hg.): Österreich im April '45. Die ersten Schritte der Zweiten Republik. Wien, München, Zürich 1985, S. 263–265, hier S. 264; vgl. dazu Manfred Mugrauer: Die Sportpolitik der KPÖ, in: *mitbestimmung. zeitschrift für demokratisierung der arbeitswelt*, 40. Jg. (2011), Nr. 1, S. 7–12, hier S. 8.

40/ ÖStA/AdR, BMU, Personalakt Leopold Srb; Die Generalversammlung des ALSN, in: *Mitteilungen des Allgemeinen Sportverbandes Österreichs*, Nr. 4, Februar 1951, S. 9–10, hier S. 9; ZPA der KPÖ, Fragebogen, 30.5.1952.

41/ ÖStA/AdR, StAfl, GZI. 20.459–1/45 v. 10.8.1945, provisorische Geschäftseinteilung.

42/ ÖStA/AdR, StAfl, GZI. 20.857–1/45, Beilage: Bericht an die Länderkonferenz, o.D., S. 3f.

43/ Gerhard Jagschitz: Österreichs Innenpolitik 1945–1965, in: Zwei Jahrzehnte Republik, hg. vom Institut für Österreichkunde. Graz, Wien 1965, S. 7–24, hier S. 16.

44/ Hans Hautmann: Der Polizeiliche Hilfsdienst

für die Kommandantur der Stadt Wien im Jahr 1945, in: *Die Alfred Klahr Gesellschaft und ihr Archiv. Beiträge zur österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.* Wien 2000, S. 277–346, hier S. 293f. (Hervorhebung im Original).

45/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der KPÖ am 8./10.9.1945.

46/ ZPA der KPÖ, Bericht der Parteioorganisation Polizei Wien an den 13. Parteitag der KPÖ, 6.3.1946.

47/ So wurde der Weg aus dem Chaos gefunden, in: *Öffentliche Sicherheit*, 22. Jg. (1957), Nr. 9, S. 2–7, hier S. 2f.

48/ Wilhelm Svoboda: Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur. Wien, Köln, Weimar 1993 (Böhlau zeitgeschichtliche Bibliothek, Bd. 26), S. 94.

49/ F.K.: Polizei ohne Sabotage, in: *Arbeiter-Zeitung*, 30.7.1955, S. 1–2, hier S. 1.

50/ ZPA der KPÖ, Bericht der Betriebsorganisation Staatsangestellte an den 15. Parteitag der KPÖ, 22.8.1951.

51/ Josef Holaubek: Der schwierige Personalaufbau in der Wiener Polizei, in: *Öffentliche Sicherheit*, 19. Jg., Nr. 4, April 1954, S. 1–3, hier S. 2.

52/ Memorandum von Martin F. Herz an John H. Richardson, 16.8.1948, in: Reinhold Wagnleitner (Hg.): *Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz. Political Officer of the US Legation in Vienna 1945–1948.* Salzburg 1984 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 4), S. 442–443, hier S. 442.

53/ Mugrauer: Politik der KPÖ, S. 208f. und 215.

54/ Ulrike Wetz: Geschichte der Wiener Polizeidirektion vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1955 mit Berücksichtigung der Zeit vor 1945. Dissertation Universität Wien 1970, S. 212f. und 361.

55/ ÖStA/AdR, Ministerratsprotokoll Nr. 45 vom 12.11.1946, Beilage: BMI, Vortrag für den Ministerrat, o. Zl., Bildung der Personalstände bei der Bundespolizeidirektion Wien, S. 3.

56/ Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949 (i.d.F. MRP), Bd. 3: 17. Juli 1946 bis 19. November 1946. Wien 2005, S. 473.

57/ Erste Bresche in die Mauer der Bürokratie, in: *Österreichische Volksstimme*, 14.11.1946, S. 2.

58/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an Adolf Schärf, 21.9.1946, S. 1.

59/ ZPA der KPÖ, Othmar Strobel an Karl Altmann, 14.2.1947, S. 3.

60/ Wetz: Polizeidirektion, S. 365.

61/ Hans Hautmann: Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 19. Jg. (2012), Nr. 2, S. 11–25, hier S. 15.

62/ ZPA der KPÖ, Polizeidirektion Wien, Staatspolizeiliches Büro, [Organisationsplan], 1.7.1946, S. 1.

63/ Wolfgang Mueller: Die sowjetische Besat-

zung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien, Köln, Weimar 2005, S. 177.

64/ Adolf Schärf: Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Österreichs Einigung und Wiederaufrichtung im Jahre 1945. Wien 1950, S. 52.

65/ Bericht des Leiters der Geheimdienstabteilung der SČSKA für Österreich, Bogdanov, an den stv. Minister für Staatssicherheit der UdSSR, N.N. Selivanovskij, 9.9.1947, Dok. Nr. 104 in Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx/Alexander Tschubarjan (Hg.): *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente.* Graz, Wien, München 2005 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 5), S. 479–485, hier S. 481.

66/ Winfried R. Garscha: Die KPÖ in der Konzentrationsregierung 1945–1947: Energieminister Karl Altmann, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 12. Jg. (2005), Nr. 3, S. 1–6, hier S. 1.

67/ Planwirtschaft und Verstaatlichung im Energiesektor, in: *Österreichische Volksstimme*, 1.3.1947, S. 2; ZPA der KPÖ, Karl Altmann an Leopold Figl, 7.2.1946 und 12.7.1946.

68/ ÖStA/AdR, BMEE, GZI. 8–Präs./46 v. 21.1.1946, Siegfried Friedek an das Präsidium des BMfHW, Personalüberstellung an das BMEE.

69/ ZPA der KPÖ, Betriebsorganisation des BMEE an die Kaderabteilung der Stadtleitung der KPÖ Wien, 18.3.1947.

70/ Ein Kommissär des Herrn Altmann, in: *Arbeiter-Zeitung*, 27.7.1948, S. 4.

71/ ZPA der KPÖ, Landesleitung der KPÖ Steiermark an die Bezirksleitung der KPÖ Graz, 28.7.1947; ÖStA/AdR, BM für Verkehr, Personalakt Walter Hanl.

72/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an die Kaderabteilung des ZK der KPÖ, 16.9.1946.

73/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat der KPÖ, 17.6.1947; Karl Altmann an die Kaderabteilung des ZK der KPÖ, 7.7.1947.

74/ ÖStA/AdR, BMEE, GZI. 69–Präs., Zl. 568–Präs./46 v. 25.5.1946, Übersicht über die Personalstände, sowie Zl. 677–Präs./46 v. 25.7.1946, Dienstpostenplan 1947.

75/ ZPA der KPÖ, Redemanuskript, o.D. [März 1947], S. 2.

76/ ÖStA/AdR, BMEE, GZI. 2.080–Präs./47, Zl. 4.084–Präs./47 v. 22.10.1947, Durchführung des Nationalsozialistengesetzes.

77/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an die Kaderabteilung des ZK der KPÖ, 21.3.1947, S. 2. Nach seiner Entlassung aus dem BMEE Anfang 1950 arbeitete Kourek in der Kaderabteilung des ZK der KPÖ.

78/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an Erwin Urban, 12.6.1947, Vermerk von Adalbert Orlicek, o.D.

79/ ZPA der KPÖ, Lebenslauf, 25.1.1950.

80/ ZPA der KPÖ, Betriebsorganisation der KPÖ im BMEE an die Wiener Stadtleitung der KPÖ, 23.6.1948.

81/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat der KPÖ, 4.11.1946, S. 2.

82/ MRP, Bd. 5: 18. Februar 1947 bis 6. Mai 1947. Wien 2011, S. 367.

83/ Ebd., S. 379–381.

84/ MRP, Bd. 5, S. 394; ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat der KPÖ, 17.4.1947, S. 5.

85/ ÖStA/AdR, BMEE, GZI. 112–Präs./46, Zl. 770–Präs./46 v. 9.8.1946.

86/ Ebd., GZI. 2.029–Präs./47, Zl. 4.047–Präs./47 v. 14.10.1947.

87/ Ebd., GZI. 2.029–Präs./47, Zl. 4.561–Präs./47 v. 16.12.1947.

88/ Ebd., GZI. 2.029–Präs./47, Zl. 4.241–Präs./47 v. 3.11.1947.

89/ ZPA der KPÖ, Edgar Biussi: Lebenslauf, o.D. [1950].

90/ ÖStA/AdR, BM für Verkehr, Personalakt Richard Geyer, Verband österreichischer KZler und politisch Verfolgter in Wien an das Präsidium des BMEE, 18.6.1948.

91/ Gesinnungsterror im Migsch-Ministerium, in: *Österreichische Volksstimme*, 6.10.1949, S. 2.

92/ ÖStA/AdR, BMEE, GZI. 2.029–Präs./47, Zl. 4.165–Präs./47 v. 28.10.1947.

93/ Ebd., GZI. 2.029–Präs./47, Zl. 4.561–Präs./47 v. 16.12.1947.

94/ Gesinnungsterror im Migsch-Ministerium.

95/ Paul Broda: Meine Aufzeichnungen über E. B., in: Engelbert Broda: *Wissenschaft, Verantwortung, Frieden. Ausgewählte Schriften.* Wien 1985, S. 303–330, hier S. 313.

96/ ZPA der KPÖ, Susanne Kubat-Biussi: Lebenslauf, 26.1.1950.

97/ ÖStA/AdR, BMEE, GZI. 2.029–Präs./47,

Deutsch-türkische Freundschaft

Das geht anders!



Mit Beiträgen von: Errol Babacan, Neoliberaler Generalangriff ★ Nick Brauns/Murat Cakir, Die Gülen-Bewegung ★ Sevim Dagdelen (MdB), »Merkel verleiht Despoten Flügel« ★ Mehmet Okyayuz/Ugur Tekiner, Hundertjährige Allianz? ★ Korkut Boratav, Reaktionäre Wechselwirkungen ★ Rolf Gössner, Dialog statt Kriminalisierung

Weitere Themen: 60 Jahre deutsche Kommunistenverfolgung ★ AfD-Vormarsch ★ Brasilien nach dem Putsch ★ Frankreich vor schwierigen Wahlen ★ Viel Krieg in Syrien ★ Bremer Räterepublik ★ Homo artifex ★ Elend der Strategie-Debatte u. v. m.

Einzelpreis	9,50 €
Jahresabo	48,00 €
ermäßigtes Abo	32,00 €

Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

www.marxistische-blaetter.de

- Zl. 4.401–Präs./47 v. 20.11.1947.
- 98/ ZPA der KPÖ, Notiz, 22.3.1956, Betrifft: Gen. Dr. Joseph Markus.
- 99/ Manfred Mugrauer: Erna Ketzlik, in: Ilse Korotin (Hg.): *biografiA. Lexikon österreichischer Frauen*, Bd. 2: I–O. Wien, Köln, Weimar 2016, S. 1631–1632.
- 100/ ÖStA/AdR, BM für Verkehr, Personalakt Erwin Urban.
- 101/ <https://www.lions.at/wien-vindobona/offiz/lcwwa03-0506.htm> [1.12.2016].
- 102/ Adalbert F. Orlicek/Fritz L. Reuther: *Zur Technik der Mengen- und Durchflußmessung von Flüssigkeiten*. München, Wien 1971.
- 103/ ZPA der KPÖ, BO Staatsangestellte an die Stadtleitung der KPÖ Wien, 7.5.1951.
- 104/ ZPA der KPÖ, G.: [Mitteilung], 31.10.1950.
- 105/ ZPA der KPÖ, Wilhelm Frank an die Bezirksleitung der KPÖ Wien 1., 16.1.1969.
- 106/ Gerhard Oberkofler: Wilhelm Frank zum Gedenken: Stationen eines Lebens für sozialen und technischen Fortschritt (2. Teil), in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 7. Jg. (2000), Nr. 2, S. 6–9, hier S. 6f.
- 107/ Ein Pionier der kommunistischen Presse, in: *Volksstimme*, 3.4.1963, S. 3.
- 108/ DÖW 8012, Franz Sobek: [Erinnerungsmanuskript], o.D. [1953], S. 2.
- 109/ Gegen Geschäftemacherei mit den politisch Verfolgten, in: *Arbeiter-Zeitung*, 29.2.1948, S. 2.
- 110/ MRP, Bd. 3, S. 430–432 und 473.
- 111/ Unsere Toten, in: *Volksstimme*, 5.6.1986, S. 6.
- 112/ Organisation und Aufbau der Gewerkschaft der öffentlich Angestellten, in: *Der öffentlich Angestellte*, 1. Jg., Nr. 1, April 1946, S. 3.
- 113/ Peter Autengruber/Manfred Mugrauer: Oktoberstreik. Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950. Sanktionen gegen Streikende und ihre Rücknahme. Wien 2016, S. 81f.
- 114/ Karl Gruber: Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen. Wien, München, Zürich o.J. [1976], S. 81.
- 115/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat der KPÖ, 16.1.1947; Theodor Prager: Zwischen London und Moskau. Bekenntnisse eines Revisionisten. Wien 1975, S. 78f.
- 116/ Franz West: Österreichs Diplomaten heute, in: *Weg und Ziel*, 5. Jg. (1947), Nr. 5, S. 353–363, hier S. 354.
- 117/ Hinzu kamen 700 Personen bei der gemeinsamen alliierten Zensurstelle (ÖStA/AdR, Ministerratsprotokoll 83 v. 14.10.1947, Beilage: BKA, Zl. 54.092–4/1947 v. 11.10.1947, S. 4).
- 118/ ZPA der KPÖ, Berichte der Betriebsorganisationen Z 5 und Z 6 an den 15. Parteitag der KPÖ, August 1951; Auflistung der Angestellten von Z 5 und Z 6, o.D. [1953].
- 119/ ZPA der KPÖ, Theodor Körner an Karl Altmann, M.D. 4 – Allg. 129/45 v. 22.6.1945.
- 120/ ZPA der KPÖ, Magistratsdirektion der Stadt Wien an Karl Altmann, 22.12.1954.
- 121/ WStLA, 3.5.39.A1.7, NL Theodor Körner, Bericht über die Tätigkeit des Gesundheitsamtes und der ihm unterstehenden Dienststellen seit Abschluß der Kampfhandlungen, 22.6.1945, S. 1.
- 122/ DÖW 22567/46, Ober-Bezirksarzt der Stadt Wien Dr. Ehrenfried Lande, Attest für den Amtsgebrauch, 11.1.1945.
- 123/ ZPA der KPÖ, Beschlüsse der Sitzung des Büros der Wiener Stadtleitung am 5.1.1951.
- 124/ Bei der Gemeinde Wien darf ein Arbeiter nicht Direktor sein, in: *Österreichische Volksstimme*, 19.3.1949, S. 2; Otto Tropper: Wie die Mehrheit bei Siemens-Schuckert II erobert wurde, in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 5, Dezember 1951, S. 92.
- 125/ Otto Kreillisheim: Ich erinnere mich..., hg. vom Bund demokratischer Lehrerinnen und Lehrer. Wien o.J. [1989], S. 55.
- 126/ ZPA der KPÖ, Bericht über die Tätigkeit unserer Mandatare im Wiener Landtag, im Gemeinderat und in den Bezirksleitungen (im Zeitabschnitt zwischen 13. und 14. Parteitag), 30.9.1948, S. 4.
- 127/ ZPA der KPÖ, Bericht der Betriebsorganisation Rathaus an den 15. Parteitag der KPÖ, 10.8.1951.
- 128/ Genossin Dr. Olga Cermak gestorben, in: *Österreichische Volksstimme*, 23.5.1956, S. 4.
- 129/ DÖW-Bibliothek 26059, Ferdinand Wernigg: Ausführliche Niederschrift über Ereignisse und Personen in den Jahren 1914–1968, Bd. V: Die Jahre 1945–1968, S. 237.
- 130/ Vgl. ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat der KPÖ, 21.9.1946 und 1.10.1946; MRP, Bd. 6: 13. Mai 1947 bis 2. September 1947. Wien 2011, S. 404; MRP, Bd. 7: 9. September 1947 bis 18. November 1947. Wien 2016, S. 215.
- 131/ ZPA der KPÖ, Anton Sacher an Karl Altmann, o.D. [Oktober 1947], S. 1.
- 132/ ZPA der KPÖ, Bericht der Intellektuellenkommission an den 14. Parteitag der KPÖ 1948, S. 1.
- 133/ Genossin Marie Kraichel gestorben, in: *Österreichische Volksstimme*, 30.11.1954, S. 5.
- 134/ Zit. nach Svoboda: Oskar Helmer, S. 133.
- 135/ Genosse Anton Sacher gestorben, in: *Österreichische Volksstimme*, 25.8.1948, S. 3.
- 136/ Landesschulinspektor Franz Klusacek gestorben, in: *Österreichische Volksstimme*, 3.7.1955, S. 5.
- 137/ Auszeichnung für Regierungsrat Hedwig Mitis, in: *Volksstimme*, 14.3.1969, S. 2.
- 138/ Niederösterreichisches Landesarchiv (NÖLA), Landesamtsdirektion 2, Personalakt Ludwig Weiss.
- 139/ NÖLA, NL Hans Vanura, Kt. N204, Umschlag I/32, Amtserinnerung, 12.9.1953.
- 140/ Ebd., Umschlag I/24, Geheimbericht von Hans Vanura an LH Johann Steinböck, 28.5.1951, S. 3.
- 141/ Franz Vonwald: Landeshauptmann Johann Steinböck und Niederösterreichs Entwicklung zu seiner Zeit. Dissertation Universität Wien 1994, S. 94–105.
- 142/ Walter Lindner: *Der große Verrat. Der Weg der KPÖ. Von der revolutionären Partei zur bürgerlichen Partei und Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus*. Wien 1978, S. 8.
- 143/ Heinz Gärtner: *Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ – Analyse einer sowjetabhängigen Partei*. Wien 1979 (Studien zur österreichischen und internationalen Politik, Bd. 3), S. 80–83, hier S. 80.
- 144/ Ebd., S. 74.
- 145/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Rede von Karl Altmann, S 1f.
- 146/ Die Regierung Renner, in: *Österreichische Volksstimme*, 30.11.1945, S. 1–2, hier S. 2.
- 147/ Besprechung von Generaloberst Kurassow mit der Führung der KPÖ am 16.9.1946, Dok. Nr. 36 in Wolfgang Mueller u.a. (Hg.): *Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven*. Wien 2005, S. 307–333, hier S. 321.
- 148/ Franz Honner: Lehren des 15. Juli, in: *Österreichische Volksstimme*, 14.7.1946, S. 1–2, hier S. 1.
- 149/ Sicherung der Durchführung, in: *Österreichische Volksstimme*, 30.3.1946, S. 1–2, hier S. 1; Arbeiter und Staatsapparat, in: *Österreichische Volksstimme*, 7.4.1946, S. 1–2, hier S. 1.
- 150/ Beschlüsse des 2. Plenums des Zentralkomitees der KPÖ, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg. (1946), Nr. 7/8, S. 462–464, hier S. 464.
- 151/ Stenographisches Protokoll. 28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 24.7.1946, S. 598–602, hier S. 601.
- 152/ MRP, Bd. 3, S. 21.
- 153/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an Oskar Helmer, 16.9.1946, S. 1.
- 154/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an Adolf Schärf, 21.9.1946, S. 2.
- 155/ Wieder Gummiknüppel der Polizei, in: *Österreichische Volksstimme*, 19.6.1946, S. 3.
- 156/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der SPÖ am 30.9.1946, S. 2.
- 157/ MRP, Bd. 3, S. 432.
- 158/ Arbeiter und Staatsapparat, in: *Österreichische Volksstimme*, 7.4.1946, S. 1–2, hier S. 1.
- 159/ Otto Langbein: Die Volksdemokratie, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg. (1946), Nr. 11, S. 604–617, hier S. 607.
- 160/ ZPA der KPÖ, Heinrich Dürmayer: Bericht über die Entstehung, Entwicklung und Tätigkeit der staatspolizeilichen Abteilung vom April bis 31.12.1945, o.D., S. 4.
- 161/ DÖW-Interviewsammlung Nr. 46, Interview mit Hans Landauer am 11.2.1983, S. 28.
- 162/ Wiener Polizei oder Polizei gegen die Wiener? hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 1945, S. 7.
- 163/ ZPA der KPÖ, Heinrich Dürmayer an Polizeipräsident Arthur Klausner, 30.5.1947, S. 1 und 3.

Sozialistische Arbeiterbewegung und Universität in Tirol

Am Beispiel der „volkstümlichen Universitäts-Vorträge“ ab 1897

PETER GOLLER

Im Zusammenwirken von liberal freisinnigen, teils demokratisch fortschrittlichen Gelehrten wie dem Historiker Ludo Moritz Hartmann, dem Literatur- und Philosophiedozenten Emil Reich, dem „Juristensozialisten“ Anton Menger oder von Ernst Mach konnte im Herbst 1895 der erste Zyklus Wiener „volkstümlicher Universitätsvorträge“ eröffnet werden. Unter den ersten Vortragenden war auch Ludwig Boltzmann. Von einem Ideal „rein voraussetzungsloser“ Wissenschaft her waren alle Fragen, die „politische, religiöse und sociale Kämpfe“ tangierten, ausgeschlossen.¹ Die *Arbeiter-Zeitung* begrüßte Mitte November 1895 die neue Vortragsreihe, die von zahlreichen Arbeitern beiderlei Geschlechts besucht würden, als gelungenen Versuch, „die höchsten Güter der Kultur“ nicht nur einer „kleinen Gruppe“, sondern „zum Erbtheil des ganzen Volkes zu machen“.

Viele Universitäts-Gelehrte wie der Philosoph Friedrich Jodl setzten auf die Klassen versöhnende, „sozialintegrative Wirkung“ von Volksbildung in der Linie einer optimistischen Spätaufklärung, der Ideale der bürgerlichen Revolution von 1848 und des liberalen Grundrechtsverständnisses von 1867 jenseits allen „Klassendünkels“. Dem der Sozialdemokratie nahe stehenden Ludo M. Hartmann schwebte das Ideal einer „Verbrüderung“ von Wissenschaft und Arbeit vor. Von Seite des Wiener Volksbildungsvereins sah man in den 1890er Jahren in einem Programm volkstümlicher Vorträge also vor allem ein Mittel zur Harmonisierung von Klassengegensätzen, zur Milderung der „Wucht des socialen Kampfes“.

Dieses begrenzt kurzlebige Bündnis zwischen sozialdemokratischer Arbeiterbewegung und bürgerlicher Universität soll sich daran gezeigt haben, dass die Universität während des Wiener Maiaufmarschs als einziges öffentliches Gebäude nicht geschützt werden musste. Die Arbeiter sollen vielmehr „Hoch die Universität! Hoch die Wissenschaft!“ gerufen haben. Gegen die bürgerliche Dominanz in den Volksbildungsvereinen, in der Volkshochschulbewegung gab es aber innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung von Anfang an Bedenken.²

Nicht zuletzt deshalb installierte der Verein *Zukunft* 1904 eine sich von der Volkshochschule abgrenzende sozialisti-

sche Wiener Arbeiterschule, in der – so Otto Bauer 1906 in der *Neuen Zeit* – nur „theoretisch geschulte Genossen“ unterrichten sollen, um weitere sozialistische Bildungsaktivisten auszubilden. Nur einen Teil der allgemein natur- oder geisteswissenschaftlichen Ausbildung wollte die frühe austromarxistische Bewegung „den volkstümlichen Hochschulkursen und dem Volksheim überlassen. Anders dagegen steht es mit dem Unterricht der für die Erziehung von Sozialisten doch in erster Linie wichtigen Sozialwissenschaften. Solange Sozialdemokraten vom Lehramt an den Hochschulen ferngehalten werden, hieße es die Hörer einseitiger Beeinflussung durch die bürgerliche Wissenschaft aussetzen, wollte die Partei darauf verzichten, den Unterricht in den Sozialwissenschaften selbst zu organisieren.“ Neben der materialistischen Geschichtsauffassung, der Entstehung des Staates, anhand von Friedrich Engels' „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, der Kritik der politischen Ökonomie, der Genese des Kapitalismus, dem Arbeitsrecht (Lohnvertrag, Koalitionsrecht, Arbeiterversicherung), also einer Kritik des geltenden Rechts „vom proletarischen Standpunkt“ aus, zählte die Geschichte des Sozialismus („von der Utopie zur Wissenschaft“) zu den festen Lehrgegenständen der Arbeiterschule.³

Insgesamt gelang den sozialdemokratischen Parteien (der II. Internationale) aber keine Lösung dessen, was Walter Benjamin 1937 als das Problem der „Popularisierung der Wissenschaft“ erkennen wollte. Nach Benjamin übernahm die sozialistische Bildungstheorie zu sehr „monistische“, „evolutionistische“ bürgerliche Modernisierungsideologen. Zu sehr war sie in ihrem Kern an einem sich selbst neutral verstehenden Wissensideal orientiert, das völlig an philanthropisch bürgerliche Gelehrtenkulturen gebunden war. Zu sehr verkam Bildung zum Mittel des kleinbürgerlichen sozialen Aufstiegs, zu wenig konnte sie sich von der Anbetung von bildungsbürgerlichem Schein- und „Schmuck“-Wissen lösen, zu sehr täuschte sich sozialistisches Bildungsideal etwa über Rolle von Universitätsprofessoren als vermeintlicher Lehrer des Volkes, über deren Klassenfunktion, selbst dann wenn es sich um fortschrittliche Gelehrte handelte. Zu wenig erkannte

die Sozialdemokratie, dass sie primär ein Wissen vermitteln wollte, das gerade jene Herrschaftsverhältnisse reproduziert, unter denen das Proletariat leidet: „Man konnte auch der Lösung nicht näherkommen, solange man sich das Objekt dieser Bildungsarbeit als ‚Publikum‘ statt als Klasse dachte. Wäre die Klasse visiert worden, so hätte die Bildungsarbeit der Partei niemals die enge Fühlung mit den wissenschaftlichen Aufgaben des historischen Materialismus verlieren können. Der historische Stoff wäre, umgepflügt von der marxistischen Dialektik, ein Boden geworden, in dem der Same, den die Gegenwart in ihn warf, hätte aufgehen können. Das geschah nicht. Der Parole ‚Arbeit und Bildung‘, unter der die staatsfrommen Vereine von Schultze-Delitzsch die Arbeiterbildung betrieben hatten, stellt die Sozialdemokratie die Parole ‚Wissen ist Macht‘ entgegen. Aber sie durchschaute nicht deren Doppelsinn. Sie meinte, das gleiche Wissen, das die Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat befestigte, werde das Proletariat befähigen, von dieser Herrschaft sich zu befreien. In Wirklichkeit war ein Wissen, das ohne Zugang zur Praxis war und das das Proletariat als Klasse über seine Lage nichts lehren konnte, ungefährlich für dessen Unterdrücker. Das galt von dem geisteswissenschaftlichen ganz besonders. Es lag weit von der Ökonomie ab; es blieb von der Umwälzung unberührt. Man begnügte sich, in seiner Behandlung ‚anzuregen‘, ‚Abwechslung zu bieten‘, ‚zu interessieren‘.“⁴

„Hörer aus dem Arbeiterstande“

Mit 10. Oktober 1897 genehmigte das Ministerium für Cultus und Unterricht nach Wien auch für Innsbruck die „Satzungen für die Einrichtung volkstümlicher Universitäts-Vorträge“. Graz sollte 1898 folgen. Die außerhalb der Hochschulräume stattfindenden, von Professoren und Dozenten der Universität abzuhaltenden Vorträge sollten „jene Volkskreise geistig fördern, welchen bisher die akademische Bildung unzugänglich war“. Im Sinn eines bürgerlichen Bildungsverständnisses sollten alle „Wissensgebiete“ einbezogen werden, wobei die „Stoffe selbstverständlich streng wissenschaftlich behandelt werden sollen“ und „jegliche Agitation, namentlich auf



Heinrich Gilm (1812–1864)

confessionellem, politischem und sozialem Gebiet“ ausgeschlossen wurde.

Wie schon 1895 die Wiener *Arbeiter-Zeitung* begrüßte nun auch die Tiroler sozialdemokratische *Volks-Zeitung* am 29. Oktober 1897: „Endlich hat die Arbeiterschaft die Genugthuung, einen ihrer liebsten Wünsche, dessen Erreichung sie jahrelang angestrebt und in früheren Jahren so manchen Schritt an der Universität vergeblich darum gethan hat, in Erfüllung gehen zu sehen. Es sind das volkstümliche Vorträge, die mit dem gestrigen Tage, 27. October, im Stadtsaale mit einem Lehrgang begonnen, nachdem sich in Wien, München und anderen Städten an sie so ungeheure Erfolge geknüpft haben.“

Mögen auch die in Innsbruck daran geknüpften Hoffnungen übertroffen werden. Wir richten an unsere Leser daher den Appell, der Innsbrucker Universität und ihren Herrn Professoren, die sich der mühevollen, aber humanitären und zugleich dankbaren Aufgabe unterziehen, dem Volke von dem reichen Schatze ihres Wissens und der Errungenschaften der Wissenschaft etwas mitzuthemen, durch massenhaften Besuch zu danken und es wird den Herren dies gewiß der schönste Dank sein.“⁵

Am 30. Jänner 1898 stellt die *Volks-Zeitung* fest, dass bei allem Erfolg doch weniger Arbeiter als erwartet, die Vorträge besucht haben. Es gelte also angesichts des gesetzten Anfanges dafür zu sorgen, dass „das Bestreben der Arbeiterschaft nach einer besseren und höheren Bildung keine Phrase“ bleibt. Ein Problem lag in der meist mangelhaften Volksschulvorbildung für die Arbeiterklasse: „Jeder der Herren [Professoren]

war auf das Eifrigste bemüht und bestrebt, den Gegenstand seines Vortrages seinen Schülern soviel wie möglich gehör- und mundgerecht zu machen. Und es war dies manchen gegenüber eine große Nothwendigkeit, da einzelne der Vorträge doch eine gewisse Vorkenntniß des Gegenstandes voraussetzten, die leider, es muß das ausgesprochen werden, gerade bei den Besuchern aus Arbeiterkreisen nicht immer vorhanden war und wohl auch nicht vorhanden sein konnte, wenn man im Auge behält, welcher Unterricht diesen mitunter während der Schuljahre zu theil geworden ist.“

Für Proletarier gilt es – so sie *Volks-Zeitung* – nicht nur zahlreiche Bildungsbarrieren zu überwinden. Nicht nur die Erschöpfung nach langem Arbeitstag, sondern ganz schlichte kleinbürgerlich kulturelle Barrieren stehen oft im Weg:⁶ „Was nun den Besuch seitens der Arbeiterschaft anbelangt, so hat sich derselbe numerisch wohl nicht so gestaltet, wie erhofft worden war, und wie es wünschenswerth gewesen wäre. Es wirken eben da verschiedene Umstände mit, die ihren bestimmenden Einfluß ausüben dürften. Da ist z.B. die freilich wohl nicht zu vermeidende Bestimmung, in anständiger und reinlicher Kleidung zu erscheinen. Es ist einleuchtend, dass diese Bestimmung für jene Arbeiter, die gezwungen sind, erstens bis sieben Uhr und auch länger zu arbeiten, zweitens infolge ihrer Berufstätigkeit sich erst einer Waschung und Umkleidung zu unterziehen, den Besuch der Vorträge so ziemlich illusorisch macht, denn bis sie nach Hause kommen, sich gewaschen und umgekleidet haben, dürfte es wohl in den meisten Fällen für den Besuch der Vorträge zu spät werden.“ (*Volks-Zeitung*, 30.1.1898)

Optimistischer gab sich die *Volks-Zeitung* Ende 1900, als sie nach der Vorlage des Berichts für den Winter 1899/1900 feststellen konnte, dass hauptsächlich Hörer aus dem Arbeiterstande“ anwesend gewesen sind: „Das spricht jedenfalls nicht zum Nachtheile der Arbeiter und des weiblichen Geschlechts, wie auch nicht gegen die Annahme, dass Wissenschaft und Arbeit sich endlich harmonisch ergänzen werden.“ Rund ein Drittel der Besucher [das waren 447 Hörer] wurden 1899/1900 dem Stand „Industrie und Gewerbe“ zugeteilt, – Berufangaben, worunter – so der offizielle, von der Universität herausgegebene „Bericht über die volkstümlichen Universitätsvorträge“ – „hauptsächlich Hörer des Arbeiterstandes zu verstehen sind“: „Eine beträchtliche Steigerung hat sich in Rubrik

„weibliche Besucher mit Beruf“ ergeben.“ (*Volks-Zeitung*, 14.12.1899)

Weiter hatte die *Volks-Zeitung* schon 1898 gesehen, dass mangelnder Arbeiterbesuch nicht nur an den Kleidervorschriften liegt, sondern auch an den unpolitisch bildungsbürgerlichen Lehrinhalten der Universitätsvorträge, auch wenn zahlreiche medizinische und naturwissenschaftliche Vorträge durchaus Anklang fanden. Viele Vortragsthemen standen aber im Sinn von Walter Benjamins rückblickender Einschätzung den Arbeitern und Arbeiterinnen mehr als nur fern, waren für das Proletariat nutzlos, so kulturgeschichtliche Vorträge abseits aller sozialen Klassenauseinandersetzungen, wie der Ludwig Pastors über „die Republik Venedig und die Cultur der Renaissance“, jener Friedrich Stolz' über „die dem indogermanischen Sprachstamme angehörigen Völker“ (beide 1897/98), jener von Thomas Friedrich „über Nineveh“, von Rudolf Scala über „kleinasiatische Reisebilder“ oder von Hans Semper „über Rembrandt und seine Stellung in der Kunst“ (alle 1898/99).⁷

Diese ambivalente Nähe zum („fortschrittlichen“) bürgerlichen Bildungserbe konnten die sozialistischen Arbeitervereine gerade in der Peripherie der Provinz nur unzulänglich ausgleichen. Vorübergehend und vereinzelt zur Arbeiterbewegung gestoßene Intellektuelle – wie der auch in Tirol aktive Emil Kaler-Reinthal – kehrten nur zu oft aus Gründen der Lohnabhängigkeit in das bürgerliche Milieu zurück.⁸

Nicht zufällig hat die Tiroler *Volks-Zeitung* häufig an das lokale Erbe der 1848er-Revolution in der Person von Hermann Gilm oder von Adolf Pichler angeknüpft und Sympathien für die freisinnig antiklerikale, in Wirklichkeit aber alsbald völkisch-irrational verelende Literaturbewegung *Jung-Tirol* der Jahrhundertwende um 1900 gezeigt.⁹

Mangels einer proletarischen Gegenkultur druckte die *Volks-Zeitung* wiederholt Hermann Gilms Anti-Jesuitenlieder aus dem Vormärz, so wie im September 1900 etwa auch dessen Gedicht „über die Freiheit“ aus dem Jahr 1848. Aus demselben Grund wurde auch der deutschliberale „1848er“, in späten Jahren aber mehr deutschnationale Adolf Pichler nach seinem Tod 1900 als ein Gegner der „Übermacht der Clericalen“ gewürdigt, dem auch die Arbeiterschaft ein ehrendes Andenken bewahren werde. (*Volks-Zeitung*, 23.11.1900)

Als sozialistischer Literaturersatz wurden die Volksstücke von Ludwig Anzen-

gruber, Karl Schönherr oder Ludwig Thoma in der *Volks-Zeitung* häufig abgedruckt. So nahmen die Innsbrucker sozialistischen Arbeiter Kontakt zu Peter Rosegger, dem „volkstümlichen Schriftsteller Steiermarks“, auf, „dessen Werke in keiner Arbeiterbibliothek fehlen“. Die Arbeiter baten im März 1900 den vor Ort weilenden Rosegger, er möge auch in ihrem Verein lesen. Rosegger konnte die Einladung nur aus gesundheitlichen Gründen nicht annehmen. (*Volks-Zeitung*, 7.3.1900)¹⁰

Die begrenzten Bildungsmöglichkeiten blieben weitgehend für die tägliche politischen Arbeit (etwa von „Wanderagitatoren“ wie Johann Coufal) reserviert. Gelegentlich wurde im Feuilleton der *Volks-Zeitung* ein „communistisches“ Gedicht von Heinrich Heine, ein revolutionär demokratisches Lied von Georg Herwegh oder ein proletarisches Arbeitergedicht (z.B. von Seff Schiller) abgedruckt. Oft begnügte man sich mit „Feierabendlyrik“ oder mit eher unpolitisch rührseligen Erbauungserzählungen, so den Fortsetzungsgeschichten eines „Peregrinus“ über die unglückliche Liebe zwischen einem proletarischem Bauarbeiter und einer „Commerzienrathstochter“. Johann Gleinsler verfasste Ende Dezember 1898 für die *Volks-Zeitung* in ähnlicher Weise eine Erzählung „Proletarier-Christabend“ über das Schicksal einer Proletarierfamilie, deren Tochter der Belästigung durch einen Fabrikantensohn widersteht: Knapp vor Weihnachten wird der Vater deshalb entlassen! Politisch schärfer war die zuvor veröffentlichte Geschichte vom „Goaßer Toni“, der den Tiroler Klerikalen vorwirft, die Arbeiterschaft durch gezielte Verschlechterung der Volksschulbildung zu verblöden. Gegenüber einem ihm wohlwollenden, selber gedanklich unterdrückten Pfarrer begründet Toni, warum er zu den Sozialisten gegangen ist: „Die Sozi wolln a guate Schul“, damit's Volk gscheider wird, dös gfallt ma, drum holt i zu dö und laß ma nix einreden.“ (*Tiroler Volkszeitung*, 24.2.1899)¹¹

Im Anzeigenteil wurden neben „Volksausgaben“ von Marx und Engels, von Wilhelm Weitling oder Ferdinand Lassalle vor allem die bei der sozialdemokratischen „Ersten Wiener Volksbuchhandlung“ von Ignaz Brand erschienene Werkausgabe von Émile Zola empfohlen.

Ausbau gesellschaftswissenschaftlicher Themen

Zustimmend äußerte sich die *Volks-Zeitung* am 31. Oktober 1899 zu Karl Heiders volkstümlichen Universitätsvor-

trägen „über Entwicklungstheorie“, war doch die Evolutionstheorie in einem kleinkalibrig dominierten Volksschul Umfeld auch nach Auslaufen des bürgerlichen Kulturkampfes ein Politikum ersten Ranges: „Schon im Verlauf des ersten Vortrages dürften die Zuhörer zur Überzeugung gelangt sein, dass die Lehren der Wissenschaft von den mündlichen und schriftlichen Überlieferungen der Kirche doch in ‚etwas‘ abweichen und ihre Verwunderung, warum an der Universität so und in der Volksschule anders gelehrt werde, [dürfte] eine nur allzu berechnete sein.“

Insgesamt hatte die *Volks-Zeitung* Ende Jänner 1898 unter dem Eindruck der ersten volkstümlichen Vortragsreihe einen Ausbau gesellschaftswissenschaftlicher Themen verlangt: „Ein weiterer Wunsch bestände darin, dass die Vorträge auf volkswirtschaftlichem, socialpolitischem und dem Gebiete der Gesetzeskunde mehr bereichert würden, da das für die Lehrer in mancher Hinsicht gewiß dankbarer und für die Schüler, weil für das Leben praktisch zu verwenden, lohnender wäre.“

In den Jahren nach 1900 erfolgte eine Ausweitung der im Innsbrucker Stadtsaal abgehaltenen volkstümlichen Universitätsvorträge Richtung Bregenz, Dornbirn, Bozen, Meran, Bruneck oder Sterzing. Im Bericht für das Jahr 1907/08 wird ferner angemerkt: „Zum erstenmale wurde in diesem Jahre der Versuch gemacht, volkstümliche Vorträge auch Sonntag vormittag abzuhalten und zwar, um dadurch der arbeitenden Bevölkerung eine Erleichterung im Besuche der Vorträge zu bieten.“

Dem Wunsch nach „socialpolitischen“ Themen wurde im Frühjahr 1899 mit Vinzenz Johns Vortrag „über das Genossenschaftswesen“ entsprochen. An diesem Vortrag nahmen 42 Hörer teil. 20 Zuhörer Johns füllten den Fragebogen mit arbeitend in „Industrie und Gewerbe“ aus. Zugleich war es im Sommersemester 1899 der Vortrag mit der geringsten Frequenz. So besuchten etwa gleichzeitig 109 Teilnehmer Hans Sempers ersten Rembrandt-Vortrag.

Vincenz John, seit 1888 Professor für Statistik und Verwaltungslehre an der Universität Innsbruck, galt der *Volks-Zeitung* in einem Nachruf vom 16. April 1900 als ein der Sache der Arbeiter verbundener Anhänger der „deutschen Fortschrittspartei“. Er habe zwar Illusionen über ein „Zusammengehen von Arbeitern und Unternehmern“ angehängen, sei aber auch gegen jene bürgerlichen Liberalen aufgetreten, die meinten, „streikende Arbeiter müßten mit blauen Bohnen gefüttert werden“.

Für das Wintersemester 1898/99 gab die Universität bei der Wagner'schen Buchdruckerei „Kurze Inhalts-Angaben der Volksthümlichen Vorträge“ heraus. Diesen zufolge las der an „kathedersozialistischen“ Programmen orientierte John nach der „Geschichte der redlichen Pioniere von Rochdale“ (von G. J. Holyoake 1888) oder nach dem Buch über die „britische Genossenschaftsbewegung von Sidney Webb, herausgegeben von L. Brentano“ 1893: „Nicht die unentwickelten Berufs-Genossenschaften, sondern die Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften sind der Gegenstand des Vortrages. Diese Genossenschaften werden [nach der „Selbstvernichtung“ des bürgerlichen „Concurrenzkampfes“ und der profitorientierten Trusts und Kartelle – so John] von den hervorragendsten Vertretern der heutigen Volkswirtschaft und Socialpolitik als die Organisationsform unserer künftigen Wirtschafts- und Gesellschafts-Ordnung angesehen.“

John hat dem Tiroler Arbeiterblatt kurz vor seinem Tod 1900 noch seinen Prager Vortrag „Genossenschaften oder Kartelle?“ zum Nachdruck überlassen: Nach John sehen nicht nur die Vertreter des „Kathedersozialismus“ wie Gustav Schmoller, Albert Schäffle oder Eugen Philippovich, sondern auch die Vertreter des „extremen Sozialismus“ wie Karl Marx und Karl Kautsky, die Lassalleaner, das sozialistische Gothaer Parteiprogramm von 1875 in den verschiedenen Konsumgesellschaften oder kooperativen Produktionsvereinigungen nichts anderes als die „Keime einer künftigen, genossenschaftlich organisierten Volkswirtschaft und Gesellschaft“. „Karl Marx selbst erklärt dies in der ‚Internationale‘ von 1866. Und der Genfer Kongress desselben Jahres spricht sich in seiner von Marx redigierten Resolution dahin aus: ‚Die Genossenschaftsbewegung müsse als eine der Triebkräfte anerkannt werden, den Pauperismus des herrschenden Wirtschaftssystems möglichst zu beheben.‘ [...] Und der heutige Führer der Marxisten, Karl Kautsky, schließt einen Vortrag über ‚Konsumvereine und Arbeiterbewegung‘ mit dem Satze: ‚Was ist denn das Bild, das wir uns von der sozialistischen Gesellschaft entwerfen, Anderes, als das einer ungeheuern Konsum-Genossenschaft, welche gleichzeitig eine Produktivgesellschaft ist, deren Betriebe für den Konsum ihrer Mitglieder produzieren.‘“¹²

Der deutschnationale Zivilrechtler Ernst Demelius trägt im Frühjahr 1900 an zwei Abenden über den „Schutz des wirtschaftlich Schwächeren und Rechts-

unkundigen im österreichischen Recht“ vor. 40 bzw. 25 Teilnehmer zählten die beiden Abende. Aus „Gewerbe und Industrie“ nahmen zehn bzw. sieben Hörer teil. An Josef Seemüllers knapp zuvor abgehaltenen vier Vorträgen über Walther von der Vogelweide nahmen vergleichsweise im Schnitt rund 110 Personen teil, mit durchschnittlich gerade einmal drei Hörern, die angaben, in „Industrie und Gewerbe“ zu arbeiten.

Im Herbst 1902 las der gleich John sozial-liberal orientierte „1867er“ Ferdinand Schmid, Professor für Statistik, Verwaltungslehre und österreichisches Verwaltungsrecht, über „Gewerberecht“ mit 49 Teilnehmern, davon 34 aus „Gewerbe und Industrie“. Im Frühjahr 1905 liest Schmid über „Österreichisches Arbeitsrecht“ mit 77 Teilnehmern, davon 44 aus „Gewerbe und Industrie“. An einer parallel zum Friedrich Schiller-Jubiläum abgehaltenen Vortragsreihe Josef Eduard Wackernells nahmen 256 Hörer teil, davon 34 aus „Industrie und Gewerbe“. Im Frühjahr und Herbst 1906 wiederholte Schmid seine arbeitsrechtlichen Vorträge noch einmal.

Der Hygiene-Professor Alois Lode, der schon zuvor zahlreiche gut frequentierte Hygiene-Vorträge, etwa über das „Trinkwasser“ angeboten hatte, las im Herbst 1905 in Dornbirn über „Arbeiterwohnhäuser“ – vor 212 Hörern, davon 83 aus „Gewerbe und Industrie“.

Kriegspropaganda

Nach Schmidts Berufung an die Universität Leipzig 1908 wird das Vortragsangebot schon lange vor 1914 zunehmend noch Themen-ferner für Arbeiter und Arbeiterinnen. Ankündigungen wie jene über das Arbeitsrecht verschwinden. Noch einmal hält im Frühjahr 1914 der drei Jahre zuvor berufene Nationalökonom Wilhelm Gerloff einen Vortrag über „Die Arbeit in der Volkswirtschaft“. Nur sechs der 107 Zuhörer trugen sich in die Rubrik „aus Industrie und Gewerbe“ ein.

Mit der teils klerikal reaktionären, teils völkisch antisemitischen, insgesamt bürgerlich autoritären, zunehmend vorkriegsfaschistisch auf eine (irrationale) „Zerstörung der Vernunft“ hinauslaufenden Formierung der Universitäten scheiterte das Bündnis von bürgerlichem Fortschritt und Arbeiterpartei, das angesichts der bürgerlichen Klassenwidersprüche an und für sich allenfalls eine fragile Illusion sein konnte, im Vorfeld des Imperialistischen Weltkriegs, in Innsbruck eigentlich schon mit der wechselseitig national-revanchistischen Hetze infolge der „Fatti di Innsbruck“, also dem blutigen Kampf

um eine italienische Rechtsfakultät im November 1904.¹³

Auch die zunehmend von opportunistisch reformistischen Tendenzen geprägten, immer öfter kleinbürgerlich „arbeiteraristokratisch“ auftretenden, von deutschnationaler Propaganda bzw. von Täuschungen über einen „demokratischen Irredentismus“ infiltrierte Funktionäre der Tiroler Sozialdemokratie gaben alle arbeiterinternationalistische Position oft weitgehend zugunsten eines kriegspatriotischen „Burgfriedens“ auf.¹⁴

Immerhin sollte die *Volks-Zeitung* im Juni 1927 – also über zwanzig Jahre nach den „Fatti di Innsbruck“ – aus Anlass eines Innsbrucker Universitätsjubiläums das grundlegend Widersprüchliche am Einsatz der Landeshochschule für Südtirol erkennen. Es sei schon richtig, wenn die Universität der Verfolgung der Südtiroler durch die italienischen Faschisten gedenkt, aber ein nicht unwesentlicher Mosaikstein, der zur Teilung Tirols geführt hat, ist den bürgerlichen Akademikern mit ihrem rabiat gewalttätigen Deutschnationalismus, der „verhängnisvollen Untat“ von 1904, zuzuschreiben: „Aber man hat verschwiegen, dass gerade der furor teutonicus, der nationale Paroxysmus, der unsere Universitäten um die Jahrhundertwende beherrschte, nicht wenig schuld ist an der beklagenswerten Tatsache, dass zwei Bahnstunden von Innsbruck die italienische Trikolore weht. Die Innsbrucker Universitätsjugend hat in nationalem Überschwang die Schaffung der italienischen Rechtsfakultät gehindert, sie hat den Italienern in den Straßen der Stadt eine Hauptschlacht geliefert und gesiegt; die Geschichte hat 14 Jahre später diesen Sieg als Pyrrhussieg deklariert.“ (*Volks-Zeitung*, 30.6.1927)

Mit Kriegsbeginn 1914 versanken die volkstümlichen Universitätsvorträge in kriegspropagandistischen Themen. Der Althistoriker Rudolf Scala reagiert im November 1914 mit einem Vortrag über „unseren gerechten Kampf – geschichtliche Betrachtungen zum Weltkrieg“ oder über „unseren Befreiungskrieg 1914“. Im Frühjahr 1915 wiederholte Scala seine kriegsmobilisierenden Vorträge in Meran, Bregenz oder Kufstein. Im Frühjahr 1915 las Scala weiters über „Sprachenreinheit und der Krieg“, der Mittelalterprofessor Wilhelm Erben, er hatte als Rektor des Studienjahrs 1913/14 auch den Kriegsaufbruch der Universität Innsbruck verfasst, trug – wohl um die Verletzung der belgischen Neutralität durch den brutalen Überfall des deutschen Imperialismus zu rechtfertigen – über die „Geschichte Bel-

giens“ vor. 1915/16 reagierte Scala in der Wahl seiner Vortragsthemen auf den Kriegseintritt Italiens auf Seite der Entente. In späteren Vorträgen „über die orientalische Frage mit besonderer Berücksichtigung Bulgariens, der Türkei und Ägyptens“ lieferte er historisch propagandistische Begleitmusik zum deutschen und österreichischen Balkanimperialismus. Scalas klerikal katholisch orientierter Fachkollege Ignaz Philipp Dengel machte „Deutschlands Kolonialpolitik“, sowie die „Entstehung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses“ zum Thema. Der national freiheitliche Historiker Harold Steinacker, er sollte 1938 NS-Rektor der Universität Innsbruck werden, trug über „Krieg, Frieden europäisches Gleichgewicht“ vor.

Offene Kriegsverherrlichung deutet sich nicht nur in Ferdinand Lentners Ankündigung „Der Weltkrieg als Erneuerung der Gesellschafts- und Friedensordnung“ an. Weiter las der Straf- und Völkerrechtler Lentner im Frühjahr 1915 über den „Kampf auf dem Wasserwege und den Pflichtenkreis der Neutralen – die Freiheit der Donau, Kriegsblockade, Kriegs-Konterbande usw.“

Der Nationalökonom Wilhelm Gerloff, der schon im Herbst 1914 über „Krieg und Volkswirtschaft“ gelesen hatte, bot im Herbst 1915 „Krieg und Finanzen“ an. Für 1915/16 stellte Gerloff unter dem Titel „Die Volkswirtschaft Belgiens, vor, in und nach dem Kriege“ offensichtlich Überlegungen an, wie Belgien für die deutschen Kapitalinteressen genützt werden könnte.

Der Staatsrechtler Karl Lamp, 1918/19 als Rektor einer der maßgeblichen Propagandisten des Kriegsrevanchismus und des „Anschlusses“ an Deutschland, 1933 als einer der ersten NS-Professoren vorzeitig pensioniert, griff neben dem Thema der „Neutralität Belgiens“ oder „Blockade und Seebeuterecht“ den „Kampf mit dem Unterseeboot (Lusitaniafall)“ auf.

Von medizinischer Seite wurde u.a. im Frühjahr 1916 „Kriegsnotwendiges“ beigetragen, wie etwa ein Vortrag des Zahnheilkundlers Bernhard Mayrhofer über „Kieferverletzungen im gegenwärtigen Krieg, mit Lichtbildern“. Auch Mayrhofer wurde übrigens dann 1933 wegen seiner offenen NS-Sympathien vorzeitig in den Ruhestand versetzt.

Kritik an den Ehrendoktoraten

Wie im „Roten Wien“ so verschärfte sich auch in Innsbruck nach der „Novemberrevolution“ von 1918 das Verhältnis zwischen Universität und sozialistischer

Arbeiterbewegung. Der verbliebene bürgerlich akademische „Freisinn“ löst sich rasch in rabiater „Antimarxismus“ auf. Auch der partiell fortschrittliche Anfangsimpuls der volkstümlichen Universitätsvorträge war endgültig verloren.

Die *Volks-Zeitung* kritisierte wiederholt die rückschrittliche Positionierung der Universität, wie sie etwa in der akademischen, oft in das kommerziell Kriminelle ableitenden Ehrungspolitik zum Ausdruck kam. 1925 über die *Volks-Zeitung* namens der Tiroler Sozialdemokratie Kritik an der politischen und kommerziellen Verleihung von Ehrendoktoraten. Um die „richtige Gesinnung“ zu zeigen, hat die „dienstbeflissene Universität“ Innsbruck nach Vizekanzler Jodok Fink nun Ignaz Seipel das Ehrendoktorat verliehen: „Der Sprecher der Universität dichtete Herrn Seipel ein Verdienst nach dem anderen an, besonders hervorgehoben wurde der Genfer Vertrag, der Österreich bekanntlich der letzten Freiheit beraubt und zu einer Kolonie der Ententestaaten erniedrigt hat. Viele tausende Menschen in unserer Stadt und in unserem Land bezahlen den Genfer Vertrag des Herren Seipel mit ihrer Existenz. Aber alle diese Tatsachen genießen die Professoren, die jetzt an der Universität das große Wort führen, nicht im mindesten.“ (*Volks-Zeitung*, 16.6.1925)

Am 27. Juni 1925 machte die *Volks-Zeitung* unter dem Titel „Ein Ehrendoktor der Innsbrucker Universität verhaftet“ neuerlich auf den Zusammenhang von bürgerlich universitärer, ideeller und materieller Machtproduktion aufmerksam. In Deutschland war der Inflationsgewinnler Karl Wilhelm Edelmayer, laut Ehrungsakt „Generaldirektor der Süddeutschen Beamten Versorgung u. Kreditgesellschaft in Heidelberg“, als Hochstapler und Betrüger verhaftet worden. Edelmayer war seinen Geschäften mit der „wunderbaren Dekoration“ eines „Kommerzienrats von Lippe-Detmolds Gnaden“ und jener des 1923 verliehenen Innsbrucker Ehrendoktors nachgegangen: „Schließlich haben sich beide Teile, also Universität und Edelmayer über den Preis für den Dokortitel geeinigt. Und so wurde der Erzschwindler, der nun in Nummer sicher sitzt, und alle Aussicht hat, auf mehrere Jahre in das Zuchthaus zu wandern, zum Ehrendoktor der philosophischen Fakultät der Innsbrucker Universität erhoben. Mit der Philosophie hat der Gauner selbstverständlich sein Leben lang nichts zu tun gehabt. Aber bei der Innsbrucker Dokortorenfabrik ist allem Anschein nach alles käuflich.“¹⁵

Im Juni 1927 zeigte die *Volks-Zeitung* am Beispiel eines staatswissenschaftlichen Ehrendoktorats neuerlich Distanz zu einer Universität, die nur die antidemokratischen und (sogar strafrechtlich) korrupten bürgerlichen Schichten bedient. Mit Heinrich Mataja zeichnete die Universität Innsbruck einen wiederholt antisemitisch auftretenden Politiker des christlichsozialen Lagers, der am rechten Parteiflügel stehend früh die Zusammenarbeit mit dem (Tiroler) Heimwehfaschismus zwecks Zerschlagung der demokratischen Republik von 1918 und der Ausschaltung der Arbeiterparteien forcierte, aus. Wegen seiner Verwicklung in fehlgeschlagene Spekulationsgeschäfte um die Wiener „Biedermannbank“ war Mataja selbst für das bürgerliche Lager Anfang 1926 nach wenigen Monaten nicht mehr als Außenminister tragbar: „Heinrich Mataja, in Bankkreisen als Mitzzi Schmid bekannt, führt jetzt den Ehrendoktors-Titel, was in seinem Fall nicht äquivalis [sic!] ist mit: den Dokortitel in Ehren führen. Da wir keine dicken Beziehungen zur Universität unterhalten, haben wir auch nicht herausbekommen, für welche bemerkenswerten Verdienste Heinrich Mataja Ehrendoktor der Alma mater oenipontana wurde, [...] Unserem allerstrengsten Nachdenken ist es jedoch nicht gelungen, Herrn Mataja irgendeiner wissenschaftlichen Tat zu überweisen. Ja, wenn die teutonische Universität Innsbruck die Orientakademie oder dergleichen wäre, dann lägen die Verdienste Matajas im Handel mit Orientprodukten auf der Hand. Hierin hat (sich) Mataja tatsächlich viel geleistet. [...] Ist übrigens der Titel ‚Ehrendoktor der Universität Innsbruck‘ ein Ehrentitel? Wir können uns erinnern, dass es noch nicht lange her ist, wo Schieber und Hochstapler gegen einige Dollars oder Mark diesen Titel ohne weiteres kaufen konnten.“ (*Volks-Zeitung*, 27.6.1927)

In den Jahren der Ersten Republik zeigten sich die Universitäten dementsprechend auf allen Ebenen der symbolischen Selbstdarstellung immer rückschrittlicher, so wurden in Innsbruck 1925 fast eineinhalb Jahrhunderte nach dem josephinischen Verbot der akademischen „Mäntelchen“ (1784) die Amtstalare wieder eingeführt. So wurde Anfang der 1930er Jahre – unter Kritik der *Volks-Zeitung* – mitten in das Elend der Massenarbeitslosigkeit und der Krise des wissenschaftlichen Universitätsbudget hinein – mit nicht geringem finanziellen Aufwand die ebenfalls in der Ära des aufgeklärten Absolutismus erloschene



Heinrich Mataja (1877–1937)

Tradition einer „Rektorengalerie“ wieder aufgenommen. So knüpfte die Universität 1928 an das monarchistische Erbe der sub auspiciis Imperatoris-Promotion an. Die *Volks-Zeitung* notierte am 28. Jänner 1928: „Was das nötigste war. Die bürgerlichen Innsbrucker Zeitungen melden mit viel Genugtuung, daß die seit dem Zusammenbruch eingestellte feierliche Promotion ‚sub auspiciis imperatoris‘ an der hiesigen Universität in der Weise wieder eingeführt werden soll, dass jährlich ein vom akademischen Senat vorgeschlagener Kandidat ‚sub auspiciis Tyrolis‘ promoviert wird und als Ehrengeschenk einen goldenen Ring mit Tiroler Adler und entsprechender lateinischer Inschrift erhält – Na also! Jetzt kann uns ja nichts mehr passieren! Drum her mit dem goldenen Ringlein mit dem roten Adler für den schwarzen Kandidaten!“

Einheitsfront von Schwarz und Blau

Wiederholt hat die *Volks-Zeitung* auf den Terror aus dem Umfeld der von katholischen und deutschvölkischen Gruppen beherrschten Studentenkommissionen, der so genannten „Deutschen Studentenschaft“ hingewiesen, wie er vor allem an der Universität Wien zum Alltag zählte, während es in Innsbruck angesichts des fast vollständigen Fehlens linker Studierender – die 1919 gegründete *Vereinigung sozialistischer Hochschüler und Akademiker* konnte kaum Aktivitäten entfalten – zu wechselseitiger Aggressivität im bürgerlichen Lager kommt.

An der Universität Wien herrscht die Einheitsfront von Schwarz und Blau ge-

gen „den sozialistischen Universitätslehrer und den roten Studenten“. An der Innsbrucker Universität – wo es keinen mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Dozenten und nur vereinzelt kaum organisierte sozialistische Studierende gibt – liefern sich die klerikalen und nationalen Studenten ihren alltäglichen Terror eben untereinander. So streiten sie, wer in welcher Pseudorangordnung bei der Jubiläumsfeier im Juni 1927 am Gefallenendenkmal auftreten darf: „Man sieht: Terror muß sein. Kann man nicht sozialistische Studenten terrorisieren, so übt man ihn halt gegenseitig.“ (*Volks-Zeitung*, 21.6.1927)¹⁶

An der Universität Innsbruck – an der in den 1920er Jahren so wie an den anderen österreichischen Hochschulen nur marginal Studierende aus der proletarischen Lohnarbeiterschaft vertreten sind – tragen die „farbentragenden“ Studenten auch im Alltagsleben der Stadt offen ihren reaktionär herrischen Standesdünkel zur Schau, so klagt die *Volks-Zeitung* im Juni 1927, dass wieder einmal lärmende Studenten in Innsbruck auf überheblich dumme Art einen Wachtmeister angepöbeln haben, ihn mit pseudolateinischem „Wachter communis“ angesprochen haben, wenn er denn das nur verstünde. Würden Arbeiter auf ähnliche Art ein Wachorgan beleidigen, würden sie ungleich schwerer bestraft werden.

Den politisch reaktionären Verhältnissen an der Innsbrucker Universität entsprach auch ihre sozial elitär abgeschlossene 250 Jahr-Jubiläumsfeier am Ende des Sommersemesters 1927. Die *Volks-Zeitung* berichtete über die auf die sozialistische Arbeiterschaft schauerlich wirkenden Feiern: „Gestern abend hielt das ‚akademische Bürgertum‘ als Einleitung des 250. Universitäts-Jubiläums einen Fackelzug. Einige hundert bemützte und barhäuptige Studenten zogen in einem ausgedehnten Fackelaufmarsch durch die Stadt. Hinter der Alpenjägermusik marschierten die Schmiß- und farbentragenden sogenannten freiheitlichen Studenten – manche davon sollen sich in den letzten Tagen noch mit besonderem Mut den Klängen gestellt haben, um für die Festtage einen besonderen Schmuck zu haben. Die beängstigend lange Reihe der klerikalen Studenten, in deren Händen die lodrende Fackel wie eine Kerze anzusehen war, schloss sich die Wiltener Musik an. Ganz hinten kamen die ‚gewöhnlichen Studenten‘ ohne Band und Mütze.“

Der *Volks-Zeitung* stellte sich die Geschichte der Universität zum großen Teil als eine im Dienste der herrschenden

Habsburger-Kasten dar, als eine Geschichte einer bürgerlichen Klassenuniversität: „Wissen ist Macht. Wissen gibt Macht über andere und weil es Macht gibt, haben die Wissenden und Mächtigen von jeher das Wissen als ihr Kasten-, ihr Standes-, ihr Klassen-Monopol zu bewahren und den anderen, den Nichtwissenden, Ohnmächtigen vorzuenthalten gesucht. [...] Die ‚universitas litterarum‘ – ‚die Gesamtheit der Wissenschaften‘ – trägt rückschauenden Charakter. Sie ist wohl der geistige Mittelpunkt, ja sogar das geistige Arsenal der staatsbeherrschenden Klasse, dem Volke aber, das nach Wahrheit und echter Bildung hungert, ist sie heute noch fremd, wenn nicht gar Gegner.“ (*Volks-Zeitung*, 25.6.1927)

Die Tiroler Arbeiterzeitung konnte 1927 nur wenige fortschrittliche Geschichtstraditionen ausmachen, so wenn sie auf die Periode des Josephinismus in den Jahren um 1780, auf die gemäßregelten Professoren im Umfeld der französischen Revolution (den Rechtsprofessor Johann Karl Hauk, den Philosophieprofessor Friedrich Nitsche) oder in einem eigenen Gedenkartikel auf einen „Studentenklub beim Fasserl“, also auf einen 1794 polizeilich ausgehobenen, mit der französischen Revolution sympathisierenden „Jakobinerklub“ unter Innsbrucks Studenten verwies.¹⁷

Die *Volks-Zeitung* wünschte aus Anlass des Jubiläums, dass sich die Universität dem „arbeitenden Volk“ öffnet und wenigstens ein Zehntel des Aufwandes, den sie der Pflege deutschnational revanchistischer Phrasen widmet, sozialen Problemen zuwendet! Die Hoffnung erfüllte sich nicht. Das Bürgertum ging vielmehr nach dem niedergeschlagenen Eisenbahnverkehrstreik vom Juli 1927 in die rechtsautoritäre Offensive gegen die republikanische Bundesverfassung von 1920 und gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung über.¹⁸

Folgerichtig wandte sich etwa die Landesführung der *Tiroler Heimatwehr* am 28. Oktober 1927 an das Rektorat der Universität Innsbruck, dieses möge der „Heimatwehr“ helfen, dass auch aus den Reihen der vielen nicht korporativ organisierten Studenten, also „in der nichtfarbentragenden Studentenschaft, brauchbare [rechte] Wehrgruppen“ aufgestellt werden können, „weil die farbentragenden [freiheitlichen und katholischen] Vereinigungen zwar nicht alle, aber doch zum größeren Teil uns beziehungsweise dem Bund Oberland, welcher einen Teil der Heimatwehr bildet, [schon] angehören“. Damit die studierende Jugend als Speerspitze der „in dem ‚Zwangsstaat-

te‘ Österreich zusammengefassten Deutschen“ in „nationaler Hinsicht“ bzw. gegenüber dem auszuschaltenden sozialistischen Lager ihre politische Aufgabe erfüllen könne, sei „es unerlässlich, dass sie sowohl im Gebrauch der Waffen ausgebildet und geistig auf den Kampf nach außen und innen eingestellt ist: gerade das letztere ist deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil der Deutsche wie keine andere Nation geneigt ist, internationalen und pazifistischen Gedankengängen nachzugeben und weil in klarer Erkenntnis dieser Tatsache der Gegner eifrigst an der Verseuchung unserer studierenden Jugend arbeitet (siehe die Beilage, zusammengestellt aus Berichten Wiener Hochschulkreise).“ Rektor Adolf Günther merkte zum Schreiben an: „Wird durch mündliche Rücksprache erledigt. 4.11.27“.

Dem Schreiben an Rektor Adolf Günther legten Heimwehrführer Richard Steidle und sein Stellvertreter Ekkehard Pesendorfer ein hetzerisch antisemitisch antisozialistisches Flugblatt bei: „In letzter Zeit wurde festgestellt, dass die linksgerichteten Strömungen an den Hochschulen in Wien von sowjetrussischen Agenten unterstützt werden. Von diesen Hochschulen aus gehen die Bestrebungen auf Einigung aller links stehenden Gruppen. Der Hauptförderer dieser Bestrebungen ist der Rechtsanwalt Dr. Bruno Schönfeld, der in Wien I, Spiegelgasse Nr. 11, wohnt. Er ist Vizepräsident des ‚Friedensbundes‘ und gehört dem internationalen Akademischen Block an. In seinem Hause verkehren auffallend viele Juden der verschiedenen Vertretungen. Warum diese Einigungsarbeit oder richtiger gesagt der Einfluss der Russen gerade in den Hochschulen einsetzt, ist aus folgendem zu erklären. Auf den Wiener Hochschulen ist ein großer Hundertsatz von jüdischen Hörern, die aus Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, also aus Ländern mit dem numerus clausus stammen. Diese bilden verschiedene Clubs, die durchwegs kommunistisch orientiert wenn auch sozialdemokratisch organisiert sind. Die Russen treten als Ukrainer auf und führen fast durchgehend falsche Namen, so dass man ihre Identität nur schwer feststellen kann. Ausschlaggebend ist ihr Einfluss auf die [antifaschistische sozialdemokratische] Akademische Legion, der sie zum Großteil angehören.“¹⁹

Für die Marginalität sozialistischer Aktivitäten im Innsbrucker Hochschulumfeld ist bezeichnend, dass der „12. Februar 1934“, der Aufstand von Schutzbundeinheiten, der Arbeiterwiderstand und dessen blutige Niederschlagung für

Rektor Raimund Klebelsberg sowohl in einem Bericht an das Unterrichtsministerium vom 28. Februar 1934 als auch 20 Jahre später in seinen „Innsbrucker Erinnerungen 1902–1953“ (Schlern-Schriften, Bd. 100, Innsbruck 1953) nur eine zu vernachlässigende Randerscheinung darstellte. Nur der Konflikt der Konkurrenzfaschismen interessiert Rektor Raimund Klebelsberg. Die Auseinandersetzung zwischen dem klerikalfaschistischen Heimwehrlager und illegalen NS-Studenten war im Zuge der Requirierung von Universitätsräumen durch die *Heimwehr* im Februar 1934 eskaliert, hingegen: „Im Zuge der Schutzbund-Unruhen blieb die ganze Universität vom 15. bis einschließlich 20. d. M. geschlossen. Ruhestörungen sind nicht vorgefallen, waren m.E. auch nicht zu befürchten. Ich hatte daher ebenso wie der Herr Sachwalter der Hochschülerchaft den maßgebenden Stellen die Wiedereröffnung der Universität schon zu einem früheren Zeitpunkt vorgeschlagen.“²⁰

Anmerkungen:

1/ Vgl. Albert Fuchs: *Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918*. Wien 1984, S. 145–147.
 2/ Vgl. Christian H. Stifter: *Universität, Volksbildung und Moderne – die „Wiener Richtung“ wissenschaftsorientierter Bildung*, in: *Universität – Forschung – Lehre. Themen und Perspektiven im langen 20. Jahrhundert*. Göttingen 2015, S. 293–316 und Wilhelm Filla: *Wissenschaft für alle – ein Widerspruch? Bevölkerungsnaher Wissenstransfer in der Wiener Moderne. Ein historisches Volkshochschulmodell*. Innsbruck 2001, S. 41.
 3/ Vgl. Otto Bauer: *Die Wiener Arbeiterschule [1906]*, in: *Werkausgabe*, Bd. 7. Wien 1979, S. 862–870.
 4/ Walter Benjamin: *Eduard Fuchs, der Sammler und Historiker (1937)*, in: *Gesammelte Schriften*, Bd. II/2. Frankfurt/M. 1977, S. 465–505, hier S. 472f.
 5/ Zur Frühgeschichte der *Volks-Zeitung* vgl. Matthias Scantamburlo: *Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Tirol und Vorarlberg*. Dokumentiert anhand der „*Volks-Zeitung*. Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes in Tirol und Vorarlberg“ von 1892–1896. Diplomarbeit Universität Innsbruck 2014.
 6/ Vgl. ähnlich über die Erschöpfung nach einem überlangen Arbeitstag in der Arbeiterabendschule der Weimarer Republik Peter Weiss: *Die Ästhetik des Widerstandes*. Frankfurt/M. 1985, S. 59: „Mehr als die Hälfte der Teilnehmer fiel nach den ersten Stunden ab. Die Stirnen schlugen aufs Pult, niedergehaun von zwölf Stunden, die um sieben Uhr abends aus Blei waren. Das Unterrichtswesen kalkulierte diese Gefallenen ein, die Überlebenden hielten

sich mit den Fingern die Augen auf, starrten die verschwimmenden Tafeln an, kniffen sich in den Arm, kritzelten ihre Hefte voll.“

7/ Vgl. Bericht über die volkstümlichen Universitätsvorträge gehalten an der k.k. Universität in Innsbruck im Winter 1897/98, im Selbstverlage der k.k. Universität, Innsbruck 1899. Diese Berichte erscheinen unter analogem Titel nach jedem Studienjahr bis 1918 (u.a. vorhanden an der Universitätsbibliothek Innsbruck).

8/ Vgl. Klausjürgen Miersch: *Emil Kaler-Reinthal (1850–1897)*. Sozialethiker und früher österreichischer Arbeiterführer. Wien 1992, S. 355–367 und 472–488.

9/ Vgl. Christian Schwaighofer: *Literarische Gruppen in Tirol. Vereine, Zeitschriften, Almanache 1814–1914*. Dissertation Universität Innsbruck 1983, S. 278–355.

10/ Vgl. zur sozialistischen Arbeiterkultur in Tirol und Vorarlberg Gerhard Oberkofler: *Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum Ende des 2. Weltkrieges*. Wien 21986, S. 144f. und Reinhard Mittersteiner: „Fremdhäßige“, *Handwerker & Genossen*. Die Entstehung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg. Bregenz 1994, S. 351–371.

11/ 1925 druckte die *Volks-Zeitung* etwa Guy de Maupassants „Der schöne Georg“ in Folgen ab. 1927 Victor Hugos „Die Elenden“. Die Literatur- und Kulturpolitik der *Volks-Zeitung* wäre einer näheren Untersuchung wert!

12/ Vgl. Vincenz John: *Genossenschaften oder Kartelle? Ein volkstümlicher Vortrag*. Sammlung gemeinnütziger Vorträge, hg. vom Deutschen Vereine zu Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse Nr. 257. Prag 1900. Vgl. doch über John hinausgehend Karl Marx: *Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen (des Kongresses der „Internationale“ in Genf im September 1866)*, in: *Marx-Engels Werke (MEW)*, Bd. 16. Berlin 1962, S. 190–199: „Wenn die Gewerksgenossenschaften notwendig sind für den Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit, so sind sie noch weit wichtiger als organisierte Kraft zur Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und Kapitalherrschaft selbst.“

13/ Vgl. Klaus Taschwer: *Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert*. Wien 2015.

14/ Zur widersprüchlichen Wirkung des partiellen (Wahl-)Bündnisses der Sozialdemokratie mit dem bürgerlichen Liberalismus in Schul- oder Kulturfragen, zum Eindringen des bürgerlichen Nationalismus in die Arbeiterbewegung oder zu einer bloß reformistischen Wahlrechtstaktik jenseits des Massenstreiks vgl. Oberkofler: *Arbeiterbewegung*, S. 82f., 89f., 122–125, 131f. und 154f. und Joachim Gatterer: „rote milben im gefieder“. *Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol*. Innsbruck 2009, S. 89–94. Zu Battistis Weg in einen „demokratischen Irreden-

tismus/Interventionismus“ vgl. Claus Gatterer: *Unter seinem Galgen stand Österreich*. Cesare Battisti. Porträt eines „Hochverrätters“. Wien, Bozen 1997, S. 32, 160–163.

15/ In der *Volks-Zeitung* vom 20. Juni 1927 erschien eine Karikatur mit der Überschrift „Doktorfabrik“. An der Wand des Promotionsraums hängt ein Schild mit der Aufschrift: „Promotionen täglich 8–12h, 2–6h! Ehrendoktorate aller Fakultäten stets auf Lager. Korrespondenzkarte genügt. Promoviere sofort. Universität Innsbruck“ Und der Rektor spricht zu fragwürdigen Honoratioren: „Und so begrüße ich als promovierte und noch zu promovierende Doctores honoris causa unserer Alma mater die Herren Jodocus Fink, Laurentius Berglhuber, Ignatius Seipel, Sigismund Bosel, Carolus Vaugoin, Camillus Castiglioni, Othon Waldegg – ach ja, richtig, der ist ja momentan am Erscheinen verhindert. ...“ U.a. protestierte die *Volks-Zeitung* am 17. August 1928 gegen die Verleihung eines staatswissenschaftlichen Ehrendoktorats an den bayerischen Ministerpräsidenten, den „Reaktionär“ Heinrich Held.

16/ Vgl. Helge Zoitl: „Student kommt von Studieren!“ Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien. Wien, Zürich 1992, S. 316–34 – Wolfgang Speiser: *Die sozialistischen Studenten Wiens 1927–1938*. Wien 1986 oder Peter Goller: „Ein starkes Stück. Versuchte Habilitation eines kommunistischen Juden ...“ *Universitäten im Lichte politischer und rechtlicher Willkür am Beispiel des Habilitationsverfahrens von Karl Horowitz an der Wiener Universität 1923–1925*, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*. Jahrbuch 1998. Wien 1998, S. 111–134. – Unter bulgarischen Studenten mutmaßten die Tiroler Polizeibehörden kommunistische Sympathisanten. Vgl. Gerhard Oberkofler: *Die bulgarischen Studenten an der Universität Innsbruck in den Jahren 1918–1938*, in: *Tiroler Heimat*, 45 Jg. (1982), S. 39–76.

17/ Vgl. Peter Goller/Gerhard Oberkofler: *Geschichte der Universität Innsbruck 1669–1945*. Frankfurt/M. 1996, S. 78–81.

18/ Zur Niederschlagung des infolge der Justizpalastbrand-Ereignisse ausgerufenen Verkehrstreiks in Tirol vgl. Gerhard Oberkofler: *Der 15. Juli 1927 in Tirol*. Regionale Bürokratie und Arbeiterbewegung. Wien 1982.

19/ Universitätsarchiv Innsbruck (UAI), Sammelkarton „Universität/Sozialismus 1890ff.“ Über Bruno Schönfeld, der nach dem Februar 1934 angeklagte Schutzbündler verteidigte und 1938 in die USA flüchten musste, vgl. Gerhard Oberkofler: *Thomas Schönfeld (1923–2008)*. Österreichischer Naturwissenschaftler und Friedenskämpfer. Innsbruck 2010, S. 14–28. Vgl. zu Studentenschaft und Heimatwehr Michael Gehler: *Student und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938*. Innsbruck 1990, S. 190–194.

20/ UAI, Akten des Rektorats 1366 und 1468 aus 1933/34.

Karl Drews

Schauspieler, Regisseur und Widerstandskämpfer

HEIMO HALBRAINER

1 1944 schrieb der damals junge Schriftsteller Erich Fried im englischen Exil:

*Drews Karl und Grafe Felix,
Menschen, Namen,
dem Alphabet nach und mit schwerer
Hand
schreib ich euch auf, die dort ums
Leben kamen,
euch: Hoffmann Rosa, Strasser Fer-
dinand.*

*Denn Österreich wird wieder frei –
nach Jahren.
Dann kommt das große Fragen
durch das Land,
und manches wird man noch von
euch erfahren,
und vieles andere bleibt unbekannt.¹*

Das große Fragen – wie Erich Fried meinte – kam, wie man weiß, nach der Befreiung nicht, und über Karl Drews erfuhr man kaum etwas. Er blieb unbekannt. Wer aber war er, dass er in das Gedicht Erich Frieds Eingang gefunden hat?

Am 20. Juni 1943 erhielt Sir Alexander Cadogan im britischen Außenamt von Dr. Ernst Buschbeck namens der österreichischen Exilorganisation *Free Austrian Movement* einen Brief, dem ein 16 Seiten umfassender Bericht – „The Position in Austria. Based on Information Received During Last Six Months“² – beilag. Darin wurde zum Ausdruck gebracht, dass Österreich ein vom Deutschen Reich besetztes Land sei, die Annexion und das betrügerische Plebiszit nicht dem Willen der österreichischen Nation entspreche und dass es daher im Interesse des Kampfes gegen Hitler wichtig und wünschenswert sei, wenn die britische Regierung die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs zu ihrem Kriegsziel erklären würde.³ Um zu zeigen, dass das österreichische Volk – quer durch alle Parteien und Bevölkerungsschichten – ein Verbündeter der Alliierten ist, wurde sehr ausführlich auf den Widerstand und dessen Verfolgung in Österreich eingegangen. In einer Auflistung der jüngsten Opfer des österreichischen Widerstands, die Erich Fried als Mitglied des *Austrian Centre* und *Young Austria* bekannt war, wurden in

dem Bericht neben vielen anderen u.a. auch die im Gedicht von Fried erwähnte Rosa Hoffmann, angeblich ein Mitglied der Salzburger Katholischen Jugend (tatsächlich die KJV-Aktivistin Rosa Hofmann), der jüdische Dichter und Shakespeare-Übersetzer Felix Grafe, das Mitglied des ZK der KPÖ Ferdinand Strasser und „Karl Drews, of Graz, a popular actor and speaker, a former social democrat who joined the Communist party in 1934“ genannt.

Lehr- und Schauspieljahre

Am 29. Oktober 1901 wurde Karl Drews in Triest geboren, wo sein Vater beim österreichischen Lloyd beschäftigt war. Drews spätere Freundin Gerta Heinzel, die mit ihm später im Widerstand aktiv war, berichtete nach der Befreiung 1945, dass mehrere Reisen mit seinem Vater auf den Schiffen des österreichischen Lloyd in den Fernen Osten und nach China für Karl von einschneidender Bedeutung waren. „Als Kapitän beim Österreichischen Lloyd nahm er sein Söhnchen oft mit und zeigte schon dem staunenden Knaben, wie das Leben in dieser Welt aussieht. [...] Dem Reisenden erschloss sich das Leben mit all seinem Glanz, aber auch mit all seinem Elend.“⁴

Mit der Versetzung des Vaters in den Ruhestand ließ sich die Familie 1911 in Graz nieder, wo Karl die Schule absolvierte und in der Folge am nachmaligen Konservatorium Violine lernte und Schauspielunterricht nahm. Im Alter von neunzehn Jahren versuchte er, eine in Graz völlig unbekannt Form des aus Paris bzw. Berlin kommenden Varietétheaters populär zu machen – er gründete im Sommer 1920 das *Grazer Überbrettl*.⁵ Trotz positiver öffentlicher Reaktionen konnte sich diese Form des Theaters in Graz nicht etablieren. Drews blieb aber weiter der kleinen Form des Theaters treu und man konnte ihn 1921 u.a. bei den Grazer Puppenspielen im Rahmen der Vorläuferorganisation der *Sezession Graz* – dem *Werkbund Freiland* hören.⁶

In den Folgejahren war Drews als Regisseur und Schauspieler an verschiedenen deutschsprachigen Bühnen in der Tschechoslowakei, in Graz, Salzburg, Linz und Leoben tätig, ehe er bedingt durch die Wirtschaftskrise und die

Schließungen der Theater – wie viele andere Schauspieler – auf der Straße stand. Nach Graz zurückgekehrt gründete er 1927 die *Vereinigung stellenloser Schauspieler – Vereinigung proletarische Bühne*.⁷ Diese führte Weiterbildungsveranstaltungen durch und organisierte an verschiedenen Bühnen Aufführungen von arbeitslosen Berufsschauspielern.⁸ Drews gehörte in dieser Zeit auch zu den Mitbegründern des *Steiermärkischen Schriftstellerverbands*, wo er für das Theater- und Kabarettprogramm vor allem des Kabarets *Die Arche* sowie für die Bildungsarbeit zuständig zeichnete.⁹ Zudem war er zwischen 1927 und 1929 Leiter des Bildungsvereins *Apolloneum*,¹⁰ der ähnlich der *Urania* ein breites Programm organisierte. In der *Tagespost* hieß es im Herbst 1926: „Der Verein Apolloneum nimmt seine Tätigkeit wieder auf. In Anlehnung an das griechische Bildungsideal der klassischen Zeit werden neben Rhetorik Philosophie und Recht im Mittelpunkt des Arbeitsprogramms stehen. Daneben ist auch für schöngeistige Veranstaltungen (Lichtbildvorträge, Literaturabende usw.) gesorgt. Die literarischen Abende erscheinen namentlich durch die Mitwirkung einer Reihe steirischer Schriftsteller gesichert. Sie finden dank dem Entgegenkommen des Stadtschulrates wieder im Zeichensaal der Mädchenbürgerschule am Färberplatz statt und zwar grundsätzlich bei freiem Eintritt für jedermann. Auch Kursgelder und Mitgliedsbeiträge werden nicht eingehoben, um selbst Mittellosen die Teilnahme an dieser regelmäßigen Bildungsarbeit zu ermöglichen.“¹¹

Ab Mitte der 1920er Jahre engagierte sich Drews auch politisch und leitete vor allem Kulturveranstaltungen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Im Schlussbericht der Gestapo Graz vom 17. März 1941 liest sich das so: „Karl Drews ist bei der Staatspolizeistelle Graz seit dem Jahre 1920 in Vormerkung. Im Sommer 1920 beteiligte er sich an einer von den Kommunisten inszenierten Revolte“,¹² dem so genannten Kirschenrummel, in dessen Verlauf die Polizei und das Militär 15 Menschen erschossen und Karl Drews wegen des „Verbrechens des Aufruhrs und der gewaltsamen Handanlegung an eine Amts-

person“ angezeigt und verurteilt wurde.¹³ Im Gestapobericht heißt es weiter: „1928 war er Obmann der *Stellenlosen proletarischen Schauspieler*, sprach in deren Versammlungen sowie [bei] Versammlungen der kommunistischen Arbeiterwehr. In der Folgezeit trat er wiederholt als Redner in sozialdemokratischen und kommunistischen Versammlungen auf. [...] Drews wurde 1927 oder 1928 Mitglied des *Bundes der Freunde der Sowjetunion*, der *Internationalen Arbeiterhilfe* und der *Roten Hilfe*. Nach der Rückgliederung Österreichs an das Altreich wurde er wiederholt wegen Verdachtes der Fortsetzung der kommunistischen Parteitätigkeit in staatspolizeiliche Untersuchungen gezogen, doch konnte ihm ein strafbares Verhalten nie nachgewiesen werden. Drews ist als unbelehrbarer Anhänger der kommunistischen Weltanschauung allgemein bekannt.“¹⁴

Zwischen 1929 und 1931 war Karl Drews Leiter der kommunistischen Spielgruppe „Prolet-Kult“, mit der er im Rahmen von Veranstaltungen der KPÖ, der *Roten Hilfe* oder des *Bundes der Freunde der Sowjetunion* Stücke wie „Der Kongress der Toten“, „Wie sich der Papst den Feldzug gegen die Sowjetunion vorstellt“, „Wer will unter die Soldaten“, „Hugo steigt“ oder „Der gute Richter“ aufführte.¹⁵ Nachdem Drews im Rahmen einer Veranstaltung der *Österreichischen Arbeiterhilfe* am 2. Dezember 1931 sich nach Angaben der Polizeidirektion „mit geballten Fäusten wie ein Rasender gebärdete und den Eindruck machte, als ob er nicht ganz bei Sinnen sei“ und dabei einen „Steuerstreik und Generalstreik propagierte“, wurde er bei der Staatsanwaltschaft wegen Aufforderung zur Plünderung angezeigt.¹⁶ Das Verfahren gegen ihn wurde Anfang Jänner 1932 eingestellt, doch griff er wenige Tage danach einen Wachebeamten tödlich an,¹⁷ sodass er es vorzog, Graz zu verlassen. Er ging nach Jugoslawien, wo er heiratete und mit seiner Frau auf der Insel Bol ein altes Herrschaftshaus restaurierte und als Pension umbaute. In einem Interview mit dem Grazer Satiremagazin *Der Frosch* hieß es: „Nun spricht man davon, dass Sie in Dalmatien ein Hotelbesitzer geworden sind. Ist das wahr?“ – „Jawohl und meine Gäste waren durchwegs zufrieden!“ – „Herr Drews, Sie sind ein suggestiver Redner und nun frage ich Sie, was war besser, Ihre Menüs, oder die Reden, die Sie darauf schwangen?“ – „Zweifellos meine Reden! Beispielsweise ließ ich einmal Stockfisch auftragen und als Hummer

wurde er nach meiner Tafelrede gegessen!“¹⁸

Sein Versuch, als Hotelier seinen Lebensunterhalt zu verdienen, war nur von kurzer Dauer, denn bald schon verlor er das Hotel, da er mit seiner Frau und den Schwiegereltern einem Betrüger aufgesessen war. Er gab in der Folge Sprach- und Musikunterricht in Split, ehe er mit seiner Frau nach Zagreb ging, wo er 1933/34 am Nationaltheater Gastspiele gab und u.a. den „Freischütz“ und „Parzival“ inszenierte.¹⁹ Im Zuge des verschärften Vorgehens gegen Ausländer wurde er 1935 als unerwünschter Ausländer aus Jugoslawien abgeschoben und kehrte in das von Arbeitslosigkeit und Diktatur gebeutelte Graz zurück, wo er bis zur Schließung des Theaters im Mai 1936 Leiter der Kleinkunstabühne *Orpheum* war.²⁰ Zudem gründete Karl Drews eine Film- und Schauspielschule.²¹ Zwei seiner damaligen Schüler waren der nachmalige Schriftsteller Wilhelm Muster²² und der Schauspieler Carl Möhner.

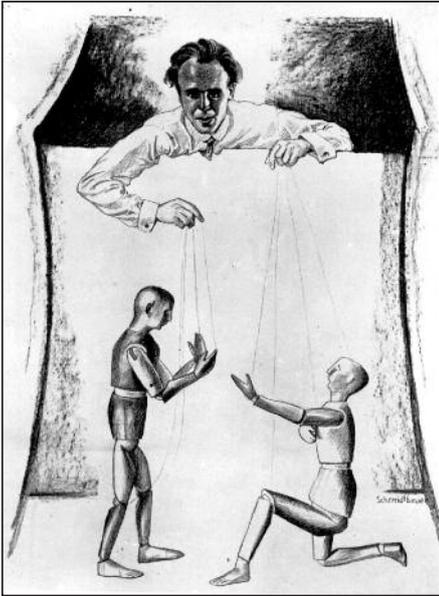
Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Gegen Ende des austrofaschistischen „Ständestaats“ beteiligte sich Karl Drews bei den Aktionen der *Sozialen Arbeitsgemeinschaft*, die in den letzten Wochen vor dem „Anschluss“ als Plattform der verbotenen Arbeiterparteien gegen den Nationalsozialismus diente. Am 13. März 1938 floh Drews aus Graz mit dem Ziel Frankreich, wo er hoffte als Regisseur arbeiten zu können. Er musste jedoch umkehren, da die Gestapo seine Frau verhaftet hatte. Diese konnte später allein nach Großbritannien ausreisen, während Drews in Graz blieb und in der Saison 1938/39 noch einmal als Schauspieler und Inspizient am Schauspielhaus engagiert wurde. Wenige Tage nach seinem ersten Auftritt in Heinrich Kleists „Prinz Friedrich von Homburg“²³ wurde er im Zuge von Verhaftungen von bekannten Kommunisten am 26. September 1938 festgenommen. Der Hintergrund war, dass – wie es im Bericht der Gestapo Graz hieß – „mit dem Anwachsen der Spannungen [gemeint ist die „tschechische Frage“] jene Elemente zum Vorschein [kamen], die aus der Gesamtlage für ihre Ziele einen Nutzen ziehen zu können glaubten. [...] Die aktivi-



Karl Drews als Schauspieler

stischen Elemente gingen dazu über, an Stelle einer mehr oder minder versteckten Mundpropaganda offene Drohungen auszustoßen in der Hoffnung und mit dem Ziel, Unruhe und Verwirrung in die in ihrer nationalsozialistischen Erkenntnis bzw. Überzeugung noch ungefestigten weiten Bevölkerungskreise zu tragen. Dieses Unterfangen konnte bei der heutigen Verfassung in Österreich leider in einem erheblichen Masse gelingen.“ Lähmende Zweifel schlichen sich – wie es im Bericht weiter hieß – „bis in die – allerdings noch ungeschulten – Parteikreise, die angesichts der außenpolitischen Spannung und Belastung vielfach die Nerven verloren.“²⁴ Um „staatspolizeiliche Maßnahmen gegen die zunehmende kommunistische und marxistische Tätigkeit in Österreich zu ergreifen“, ordnete daher der Chef der Sicherheitspolizei am 26. September 1938 an, „alle führenden Funktionäre der KPÖ und SPÖ, sofern erwiesen oder den Umständen nach anzunehmen ist, dass sie sich nach wie vor im staatsfeindlichen Sinne betätigen, bis auf weiteres in Schutzhaft zu nehmen“ seien.²⁵ Im Zuge dieser Aktion wurde auch Karl Drews festgenommen, doch sehr bald wieder entlassen, da es der Gestapo gelungen war, einen der Festgenommenen, den Organisationsleiter der KPÖ und Kontaktmann zum KJV, Fritz Kreuzmann, als V-Mann zu gewinnen. Im Bericht der Gestapo hieß es, dass „Ende September in Graz auch Personen



Paul Schmidtbauer (1926): Der Puppenspieler Karl Drews

festgenommen wurden, welche in dem dringenden Verdachte standen eine illegale komm. Organisation aufzubauen bzw. aufgebaut zu haben. Einer der Verhafteten legte ein volles Geständnis ab und konnte als V-Mann gewonnen werden. Er wurde mit den anderen Verhafteten, denen aus taktischen Gründen keine Vorhaltungen gemacht wurden – ihre Verhaftung wurde anderwärtig begründet – sofort wieder auf freien Fuß gesetzt und hält seither die Staatspolizeistelle Graz über die Arbeitsweise und Tätigkeit der Komm. Partei in Steiermark in einwandfreier Weise auf dem Laufenden.²⁶

Die Folge war, dass die von August Pirker aufgebaute Landesleitung der KPÖ mit den Verbindungen zur Auslandsorganisation in Maribor (Marburg) Anfang 1939 von der Gestapo aufgerollt wurde. Da nicht nur die Verbindungen aus der Steiermark zur Exilleitung der KPÖ auf Grund von Verhaftungen abgebrochen waren, wurde Ende des Jahres 1939 beschlossen, Kurier nach Österreich zu schicken. So fuhr im Frühjahr 1940 Herbert Eichholzer²⁷ – der Kurier für die Steiermark – von Ankara, wo dieser als Architekt tätig gewesen war, nach Graz, um die Leitung der KPÖ ausfindig zu machen und die Verbindung zwischen dieser und dem Auslandsapparat wiederherzustellen. In Graz traf Eichholzer auf Karl Drews, den er noch aus seiner Schulzeit kannte und der gemeinsam mit dem Archivar Dr. Franz Weiß, dem Angestellten Josef Neuhold, dem Kaminkehrer Anton Kröpfl und anderen dabei war, eine neue Landesleitung der KPÖ aufzubauen.

Eichholzer stellte in der Folge den Kontakt mit Wien her, wohin er, aber

auch Drews, Neuhold, Kröpfl und Heinzl führen und sich mit führenden Funktionäre der KPÖ trafen. Aus Wien brachte Eichholzer auch mehrere Flugblätter mit, die er Gerta (Gertrude) Heinzl, der Lebensgefährtin Karl Drews, gab, die diese vervielfältigte.²⁸ Diese Flugblätter sowie die vom Grazer Schriftsteller und Lehrer Richard Zach verfasste Zeitung *Der Rote Sturmtrupp* gelangten über Drews und Neuhold, die beide als Versicherungsvertreter in der Steiermark unterwegs waren, zu den Zellen in der Ober- und Weststeiermark sowie in die Grazer Umlandgemeinden.

Die Gruppe um Karl Drews verfasste aber auch selbst mehrere Flugschriften, so etwa auch ein Flugblatt, das über die Morde im Rahmen der NS-Euthanasie in Wien und Graz berichtete.²⁹ Die Oberreichsanwaltschaft am Volksgerichtshof meinte dazu: „Von der von den Angeeschuldigten gebildeten Gruppe wurden illegale Schriften hergestellt und verbreitet. In der Schrift *Nazikultur* wird die Behauptung aufgestellt, dass die Insassen von Heil- und Pflegeanstalten in der Ostmark ins Altreich geschafft werden und dort plötzlich verstorben seien, und dass deshalb die Angehörigen der Ansicht seien, an diesen Insassen seien neue Giftgase erprobt worden. Sie schließt mit der Drohung: Ihr Nazi! Die anständigen Leute werden sich die Schandtaten merken. Vielleicht wird auch euer Hitler, den ihr vor März 1938 in Vorausahnung schon auf die Außenseite der Feldhofmauer gemalt hat, in Steinhof, aber innerhalb der Mauern landen.“³⁰

Nach nur rund sechs Monaten der aktiven Widerstandstätigkeit endete diese aber bald wieder. Der Gruppe zum Verhängnis wurden die Treffen mit Kurt Koppel, einem Funktionär der KPÖ in Wien. Dieser war, wie sich später herausstellen sollte, ein Spitzel und ließ das komplette Netz der KPÖ von Wien bis in die Steiermark Ende Jänner 1941 aufliegen. Da es der Gruppe um Drews gelungen war, Kontakte in mehrere Bezirks- und Industriestädte aufzubauen und diese u.a. mit illegaler Literatur und Flugblättern zu versorgen, waren die Folgen verheerend. In Graz, den Umgebungsgemeinden Frohnleiten und Übelbach, in Fohnsdorf und den weststeirischen Industriestädten um Voitsberg wurden im Frühjahr 1941 einige hundert Personen verhaftet.

Gleichzeitig, Ende Jänner 1941, zeigte eine ehemalige Arbeitskollegin von Karl Drews diesen bei der Ortsgruppe Peggau-Deutschfeistritz an, da dieser sich ihr gegenüber abfällig über den Natio-

nalsozialismus geäußert habe. Daraufhin schrieb die Kreisleitung der NSDAP von Graz-Umgebung an die Gestapo, dass Drews es „versteht mit den Leuten in geschickter Weise umzugehen, um diese für seine Ideen zu gewinnen.“ Und weiter: „Er war seinerzeit Schauspieler, gab aber dann aus unbekanntem Gründen seinen Beruf auf. Er war der typische intellektuelle Hetzkommunist und verkehrte mit Juden übelster Sorte. Seine Braut und Freundin war die kommunistische Jüdin Rosenfeld. Eine Zeit lang leitete er das berüchtigte kommunistische Kabarett *Der Trommler* in der Keplerstraße und zwar mit den Juden Epstein. Ich bitte Sie auf Grund des vorhergesagten, Karl Drews unschädlich zu machen.“³¹

Karl Drews wurde am 2. Februar 1941 festgenommen und am 28. Juli 1942 in Graz vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt. Im Urteil heißt es: „Der Angeklagte hat sich durch den Eintritt in die Reichskulturkammer und die DAF [...] zwar nach außenhin den Anschein eines staatsbejahenden Volksgenossen zu geben versucht, insgeheim aber an seiner kommunistischen Einstellung festgehalten und aus dieser heraus die den Gegenstand dieses Verfahrens bildende Betätigung entfaltet. [...] Ihnen [Drews, Weiß, Neuhold, Anm.] stand die Kommunistische Internationale näher als ihr eigenes Volk, von dem sie sich durch ihre Tat losgesagt und das sie gewissenlos verraten haben. [...] Wer seinem Volk in der Stunde der Not in den Rücken fällt, um es der Vernichtung auszuliefern, muss ausgemerzt werden, da anders die Sicherheit des Volkes nicht gewährleistet werden kann.“³² Mit Drews wurden im Juli und August 1942 23 weitere Mitglieder der Zellen in der Steiermark zum Tode verurteilt und im Herbst 1942 im Landesgericht Wien hingerichtet.³³

Nachwort

Nachdem Karl Drews am 7. Oktober 1942 in Wien hingerichtet worden war, erschien zehn Tage später im *Zeitspiegel*, der Exilzeitschrift des *Austrian Centre*, ein Nachruf.³⁴ Auch nach der Befreiung vom Nationalsozialismus bemühte sich der Autor des Nachrufs, Willy Scholz, Drews in die Geschichte des österreichischen Widerstands einzuschreiben, indem er mehrmals über ihn berichtete.³⁵ Auch andere Autoren versuchen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, den Widerstand von Drews und der Gruppe um ihn bekannt zu machen. So plante etwa Willy Verkauf in Palästina ein

„Österreichisch-politisches Wörterbuch“ und schrieb deshalb nach Großbritannien, um von dort u.a. Informationen über Karl Drews zu bekommen.³⁶ Der Grazer Schriftsteller Theodor Sapper wollte, wie er in einem Brief Anfang des Jahres 1946 an Otto Basil schrieb, für seine ermordeten Freunde, zu denen auch Karl Drews gehörte, eine literarische Skizze verfassen, denn „es wäre doch entscheidend wichtig, diese gemordeten Opfer einmal der Menschheit bekannt zu machen.“³⁷ Letztlich wurde weder das Projekt von Verkauf noch das von Sapper verwirklicht. Sapper hat aber seinen Roman „Kettenreaktion Kontra“, das „Assoziationsgewebe eines Verfolgten aus den Terrorjahren 1938–1945“³⁸ zum Gedenken an die Opfer des Widerstands – konkret seine Grazer Freunde um Drews und Weiß – verfasst. Drews fand aber auch Eingang in das Theaterstück von Peter Turrini, der 1980 den Josef im Stück „Josef und Maria“ sagen lässt: „Nein, nein, ihr Herren, so fängt man einen Amerikaner nicht. Ich heiße Thomas, heute fallen die Würfel, heute soll das Kapitel Louis Capet zum Abschluss gebracht werden. Ich war dazumal Statist am Grazer Schauspielhaus. Die Rolle hat der Schauspieler Karl Drews gegeben, ebenfalls vom Nazifaschismus ermordet.“³⁹

Neben diesen literarischen Erinnerungen blieb Drews aber lange Zeit „vergessen“. Erst im Be- und Gedenkjahr 1988 wurde er wieder kurz ins öffentliche Bewusstsein geholt, als ein interfraktionelles Komitee des Gemeinderates vorschlug, eine Straße nach ihm zu benennen. Die Straßenbenennung ist bislang noch nicht erfolgt und es sollte bis zum Oktober 2005 dauern, bis ein erstes öffentliches Erinnerungszeichen – eine Gedenktafel im Eingangsbereich des Schauspielhauses Graz⁴⁰ – für ihn gesetzt wurde.

2017 erscheint die Monografie von Heimo Halbrainer: *Das kurze Leben des Karl Drews zwischen Kunst und Politik. Theater, Literatur und Widerstand in Graz. CLIO: Graz 2017, ca. 260 Seiten.*

Anmerkungen:

1/ Erich Fried: Den Toten der Freiheit, in: Gesammelte Werke. Gedichte 1. Berlin 1993, S. 59. Ursprünglich lautete der Titel: „Den Toten der Freiheitsfront“. Das Gedicht ist gestaltet als Epitaph auf vier österreichische Widerstandskämpfer, deren Namen heute so gut wie vergessen sind.
2/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 11.672, Free Austrian Movement in Great Britain. Arbeitsgemeinschaft österreichischer Vereinigungen in Großbritanni-

en, The position in Austria. Report based on Information received during last six month.

3/ Dazu allgemein: Helene Maimann: Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938–1945. Wien, Köln, Graz 1975; Marietta Bearman u.a.: Wien – London, hin und retour. Das Austrian Centre in London 1939 bis 1947. Wien 2004.

4/ Gerta Heinzel: In memoriam Karl Drews. Unveröffentlichtes Manuskript 1945.

5/ Karl Drews: Zur Geschichte des Überbrettels. Zur Eröffnung des Grazer Überbrettels am 16. Juni, in: *Tagespost*, Abendblatt, 15.6.1920.

6/ Siehe u.a. Grazer Puppenspiele, in: *Neues Grazer Abendblatt*, 12.9.1921. Allgemein dazu auch: Ernst Fischer, Marionetten. Einige Worte zu den Grazer Puppenspielen, in: *Arbeiterwille*, 26.7.1921.

7/ Seiermärkisches Landesarchiv (StLA), 206 D 30/1927. Vereinsakt Vereinigung stellenloser Schauspieler – Vereinigung proletarische Bühne.

8/ Siehe u.a. Die Not der Grazer Künstler, in: *Montagszeitung*, 21.3.1927; Karl Drews: Schauspielernot, Kulturschande und Indolenz, in: *Der neue Mahnruf*, September 1929.

9/ Gerhard Bertha: Der „Steirische Schriftstellerbund“ 1928–1938. Ein Autorenverband in der Provinz. Diss. Universität Graz 1985, S. 78–81.

10/ StLA, 206 A 6/1932: Vereinsakt: Steiermärkischer Bildungsverein Apoloneum.

11/ *Tagespost*, 3.10.1926.

12/ Bundesarchiv (BA) Berlin, R 3017/26331, Schlussbericht der Geheimen Staatspolizeistelle Graz, 17.3.1941.

13/ Allgemein dazu: Petra Berger: Frauen in Hunger- und Brotkrawallen am Beispiel des Grazer „Kirschenrummels“. Diplomarbeit Graz 1994. Zur Verurteilung von Karl Drews im Rahmen des „Kirschenrummels“: „Noch immer der 7. Juni“, in: *Neues Grazer Tagblatt*, 4.12.1920.

14/ Schlussbericht der Geheimen Staatspolizeistelle Graz, 17.3.1941.

15/ Allgemein dazu: Christine Kanzler: Proletarisches Theater in der Ersten Republik. Szenische Formen der Agitproparbeit der Kommunistischen Partei Österreichs im Kontext kulturevolutionärer Strömungen in Sowjetrußland (1925–1933). Dissertation Universität Wien 1997.

16/ Archiv der Staatsanwaltschaft Graz, Tagebuch der StA, St 8003/31, Vr 3752/31, Karl Drews.

17/ Exzesse eines Grazer Kommunisten, in: *Tagespost*, Abendblatt, 12.1.1932.

18/ Beim letzten Grazer Bohemien, in: *Der Frosch*, 17.9.1932.

19/ Siehe u.a. *Morgenblatt* (Zagreb), 1.11.1933, 4.11.1933, 4.4.1934. Hrvatska Akademija Znanosti i Umjetnosti. Zavod za Književnost i Teatrolgiju (Kroatische Wissenschafts- und Kunstakademie. Abteilung für kroatische Teatrolgiegeschichte): Programmzettel 1933/34; diverse Akten zu Karl Drews.

20/ Theresia Kanzian: Das Grazer Varieté Orpheum (1899–1936). Volkskultur und Unterhal-

tung. Diplomarbeit Graz 1994. Zudem eine Auswahl von Berichten in: *Tagespost*, November 1935 bis April 1936.

21/ Aus dem Studio Karl Drews, in: *Grazer Volksblatt*, 17.6.1936; Interviews mit Wilma Spirk, 6.4. und 29.4.1996.

22/ Jerzy Staus: „Was ist das, so gewesen ist?“ Studien zum Romanwerk Wilhelm Musters. Wien 1996 (Untersuchungen zur österreichischen Literatur des 20. Jahrhunderts), S. 185.

23/ Theaterzettel: Prinz Friedrich von Homburg, 20.9.1938; *Tagespost*, 22.9.1938.

24/ DÖW 1446, Gestapo Graz, Schnellbrief, 2.10.1938.

25/ DÖW 4236, Tagesbericht der Gestapo, September 1938.

26/ DÖW 1446, Monatsbericht der Gestapo Graz über die KP im Bereich der Staatspolizeistelle Graz für Oktober, 31.10.1938.

27/ Herbert Eichholzer. Architektur und Widerstand. Katalog zur Ausstellung, hg. v. Heimo Halbrainer. Graz 1998.

28/ BA Berlin, R 3017/23414, ORA beim VGH, Anklageschrift gegen Gertrude Heinzel, 7 J 276/42 v. 25.8.1942.

29/ Heimo Halbrainer: „Dasselbe erfahren wir vom Feldhof in Graz“ – Der Massenmord an kranken, behinderten und alten Menschen und der Widerstand gegen die Euthanasie in Graz, in: Wolfgang Freidl/Werner Sauer (Hg.): NS-Wissenschaft als Vernichtungsinstrument. Rassenhygiene, Zwangssterilisation, Menschenversuche und NS-Euthanasie in der Steiermark. Wien 2004, S. 335–344.

30/ DÖW 4074, Abschrift des Flugblattes „Nazikultur“ im Akt des Volksgerichtshofs gegen Gertrude Heinzel.

31/ BA Berlin, R 3017/26331, Schreiben der Kreisleitung Graz-Umgebung an die Geheime Staatspolizei mit Niederschrift der Anzeigerin, Anna Glassner, 13.2.1941.

32/ DÖW 19.793/22, VGH-Urteil gegen Karl Drews, Josef Neuhold und Franz Weiß, 7 J 497/41 v. 28.7.1942.

33/ Dazu u.a. Heimo Halbrainer: „Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss.“ Die Opfer der NS-Justiz in Graz 1938 bis 1945. Ein Gedenkbuch. Graz 2014.

34/ Karl Drews. Hingerichtet in Graz wegen Hochverrat, in: *Zeitspiegel*, 17.10.1942.

35/ Z.B. *Wahrheit*, 16.12.1945 und 13.10.1946.

36/ DÖW 19.436/5F, Willy Verkauf (Jerusalem) an Hans Winterberg (London), 9.4.1945.

37/ Österreichisches Literaturarchiv, Nachlass Otto Basil, Theodor Sapper an Otto Basil, 5.2.1946.

38/ Theodor Sapper: Kettenreaktion Kontra. Assoziationsgewebe eines Verfolgten aus den Terrorjahren 1938–1945. Salzburg 2006.

39/ Peter Turrini: Josef und Maria, in: ders. Theaterstücke. Wien 1980, S. 22.

40/ Widerstandskämpfer Drews mit Gedenktafel geehrt, in: *korso*, November 2005; In Stein gemeißelt, in: *Der Standard*, 24.10.2005.

Marie Hofmann–Tidl

Zehn Jahre im Leben einer antifaschistischen Widerstandskämpferin (1935–1945)

GEORG TIDL

Am 3. Oktober 1935 inskribierte Marie Hofmann an der Philosophischen Fakultät der Universität Wien die Fächer Germanistik, Geschichte und Französisch. Sie hatte sich für den Beruf der Mittelschulprofessorin entschieden und trieb in atemberaubender Geschwindigkeit ihr Studium voran. Prüfung folgte auf Prüfung, zum Teil bei Professoren, deren Namen – ohne Berücksichtigung ihrer Weltanschauung – in der Geschichte der österreichischen Wissenschaft festgeschrieben sind: Josef Nadler, Dietrich Kralik, Karl Ettmayer, Alfred Wurzbach und Heinrich Srbik. Srbik dürfte ziemlich rasch von den Fähigkeiten und vom Fleiß seiner Studentin überzeugt gewesen sein. Schon am 14. November 1938, im fünften Semester, bestätigte er, dass Fräulein stud. phil. Hofmann mit Eifer und Erfolg an ihrer Dissertation arbeitet.

Rote Studenten

Über eine Bekanntschaft, die ihr Leben veränderte, berichtete sie später: „Ich hatte an der Universität inskribiert und da fiel mir ein Mädels auf. Sie schaute für die damaligen Verhältnisse aus, wie sich Bürgerliche eine Proletariern vorstellten: niedere Schuhe, kurzer, relativ enger Rock, blonde Haare, ein Herrschnitt, ausgeschlagenes blaues Hemd. Ich versuchte, in ihre Nähe zu kommen, wir sind einander ein bisschen bekannt geworden, und eines Tages hat sie mich flüsternd gefragt: ‚Willst du zu den Roten Studenten kommen?‘ Ich habe eigentlich keine Ahnung gehabt, was das ist, aber rot, das wird wohl gut gewesen sein, war ich überzeugt. Ich glaube, ich wäre auch zu den ‚blauen‘ Studenten gegangen, wenn man mir gesagt hätte, das ist was gegen Hitler. Ich habe sofort ‚Ja‘ gesagt mit voller Überzeugung. Und dann war ich bei den Roten Studenten.“

Wann Marie diese ersten Kontakte hatte, darüber gibt es keine Aufzeichnungen. Sehr wohl erinnert sie sich in einem Interview Jahrzehnte später, dass die politische Schulung zunächst im Vordergrund stand: „Im Historischen Seminar in der Bibliothek in der allerersten Reihe standen Lenins gesammelte Werke. Man musste warten, bis möglichst niemand im Seminar war. Ich bin rauf-

gekraxelt und habe wirklich ‚Staat und Revolution‘ gefunden. Ich habe es studiert und dann weitergegeben!“ Marie wurde Leiterin des *Geeinten Roten Studenten-Verbandes* der Universität Wien. Die Gruppe der *Roten Studenten* an der Universität war nicht sehr groß und die Möglichkeiten für politische Arbeit in den ersten Monaten des 1000-jährigen Reiches waren sehr beschränkt: Unterstützung für jüdische Kolleginnen und Kollegen, die von der Universität gewiesen wurden, Herstellung und Verbreitung von Flug- und Streuzettel, Abhören von so genannten „Feindsendern“ und Weiterverbreitung dieser Nachrichten, Abtauchen in NS-Vorfeldorganisationen, um antifaschistische Aktivitäten ungestört durchführen zu können. Unerfahren in illegaler Arbeit flog die Gruppe bald auf. Die meisten wurden im November 1938 verhaftet, Marie am 19. November.

Als um sechs in der Früh die Gestapo-Beamten laut an die Tür klopfen, lag unter Maries Bett noch die Abendlektüre vom Vortag: ein antinazistisches Buch in französischer Sprache, mit großem „Hitler“-Schriftzug am Umschlagdeckel. Die Beamten standen schon im Zimmer, als es Maries Mutter gelang, das Buch unter den Nachtopf ins Nachtkastl zu schieben. Es wurde bei der Hausdurchsuchung nicht gefunden und anschließend sofort verbrannt. Stattdessen requirierte die Gestapo Erinnerungsbroschüren in französischer Sprache, die Marie von der Weltausstellung in Paris 1937 mitgebracht hatte. Die Beamten konnten offensichtlich nicht Französisch und hielten sie für subversives Propagandamaterial. Die Familie ließ sie in diesem Glauben.

Als die Gestapo-Beamten Marie abführten, gab es noch eine verbale Auseinandersetzung zwischen den Beamten und Adolf Hofmann, der sich nicht bequeme, das Bett zu verlassen und so sein Missfallen ausdrückte. Es ging um das Bild von Victor Adler, das an der Wand hing. Der Beamte meinte, dort gehöre ein Bild von Adolf Hitler hin. Hofmann: „Ja, irgendwann gehört der dort schon aufgehängt!“ Der Beamte durchschaute das Wortspiel, und um ein Haar hätten sie den Vater auch mitgenommen. Aber es waren Kiberer aus Hernals, die offen-

sichtlich zur Gestapo übergewechselt waren. Sie kannten Adolf Hofmann und auch seine Beliebtheit im Haus und in der ganzen Umgebung. Vielleicht wollten sie sich einen Aufruhr, jedenfalls aber Unannehmlichkeiten ersparen.

Freispruch nach zwei Jahren Haft

Marie Hofmann kam in ein Umfeld, das ihr völlig fremd war. Es war vor allem der Schmutz, der ihr gleich zu Beginn am meisten zusetzte. Von der von ihrer Mutter peinlich sauber geführten Wohnung ins Gefängnis, das war für sie ein unheimlicher Schock. Die Nazis mischten in den Gefängnissen gerne die „Politischen“ mit den „Kriminellen“. Marie war viel mit Prostituierten zusammen. Sie nahmen das junge Mädels unter ihre Fittiche und Marie war lernfähig. Mit ihrer Hilfe überlebte sie. Einen Spruch ihrer Mithäftlinge machte sie zu ihrer Verteidigungsstrategie: „Sagst du ja, bleibst du da! Sagst du nein, gehst du heim!“ Marie sagte zu allen Vorhaltungen Nein. Das war ich nicht! Das weiß ich nicht! Den kenne ich nicht.

Erst am 25. September 1940, fast zwei Jahre nach ihrer Verhaftung, wurde Marie die Anklageschrift zugestellt. Mit angeklagt wurden: Die Studenten Josef Leberstorfer und Rudolf Popper sowie der Metalldrehergehilfe Johann Csernohorsky wegen „Vorbereitung des Hochverrates“. „Die Angeschuldigten Leberstorfer, Hofmann und Popper gehörten der von der Landesleitung der KPÖ errichteten kommunistischen Studentengruppe an der Wiener Universität an. Leberstorfer war darüber hinaus auch für die Landesleitung der KPÖ tätig und stand mit Csernohorsky, der gleichfalls Angehöriger der KP war, in Verbindung.“ Die Anklageschrift trägt das Datum 25. September 1940, am 9. Oktober wurde den Beklagten mitgeteilt, dass sie drei Tage Zeit für Einsprüche hätten, und schon am 19. November wurde ihnen ihr Hauptverhandlungstermin mitgeteilt: Donnerstag, 5. Dezember 1940, Schmerlingplatz 11 (Justizpalast).

Die Urteile fielen – rückblickend – relativ mild aus: Leberstorfer wurde zu zwei Jahren und fünf Monaten Zuchthaus verurteilt. Auf die Strafe werden

zwei Jahre der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. Hofmann, Popper und Csernohorsky wurden freigesprochen. Wörtlich heißt es im Urteil: „Wenn daher auch hinsichtlich dieser drei Angeklagten gewisse Verdachtsmomente gegeben sind, dass sie in eine kommunistische Konspiration verwickelt waren, ist doch ein einwandfreier Nachweis dafür, dass sie – die sämtlich gerichtlich noch unbescholten sind [...] – für die kommunistische Partei bewusst und vorbedacht tätig geworden sind oder eine solche Tätigkeit dritter Personen vorbedacht und bewusst fördern wollten, nicht erbracht. Es war daher im Zweifel mit Freispruch vorzugehen.“

Beharrliches Leugnen

Marie hat zwei Gründe für ihren Freispruch angeführt: Wesentlich war der Zeitpunkt der Urteilsverkündung. Nach Stalingrad, so sagte sie immer, hätte sie keine Chance gehabt. Gleichmaßen von Bedeutung war ihrer Meinung nach das permanente Leugnen, das auch aus ihren Vernehmungsprotokollen hervorgeht: „Ich bekenne mich des Verbrechens des Hochverrates durch Betätigung für die KPÖ nicht schuldig. [...] Ich kenne weder den Josef Csarman [..] noch Rudolf Popper. Den Siegfried Köhl habe ich zu Ostern 1936 oder 1937 auf der Fahrt von Wien nach Oberösterreich im Zug kennengelernt. Wir sind dann in der Folge in Wien des öfteren auf der Universität zusammengekommen, ohne dass diese Zusammenkünfte einem bestimmten Zweck gedient hätten, insbes. hatten sie keinen politischen Hintergrund. [...] Über Vorhalt, warum ich diesen letzteren Umstand vor der Gestapo geleugnet habe, erkläre ich damit, dass man mir dort sagte, Siegfried Köhl sei ein führender kommunistischer Kommissionär gewesen, weshalb ich fürchtete, durch das Geständnis in seiner Wohnung gewesen zu sein, meine eigene Situation zu verschlechtern. Ich gebe somit zu, dass meine Beziehung zu Siegfried Köhl enger war, als ich bisher angegeben habe. Auf die Frage, ob ich die politische Gesinnung des Köhl kannte, erkläre ich, dass wir nie über Politik geredet haben. Wir haben uns gern gehabt. Den Josef Leberstorfer kenne ich nicht. [...] Ich bleibe somit auch dabei, dass ich niemals von Leberstorfer mit Csarman bekannt gemacht werden konnte. [...] Über den Marxismus bin ich wohl orientiert, zumal ich doch an der Universität Geschichte studiere. Auf die Frage, nach meiner Stellungnahme gegenüber dem Marxismus, erkläre ich,

dass ich demselben ablehnend gegenüberstehe. Ich möchte noch ergänzend angeben, dass meine Einstellung zum Marxismus nicht 100% ablehnend ist, sondern dass ich sowohl gute als auch schlechte Programmpunkte des Marxismus anerkenne. Z.B. bin ich der Ansicht, dass der Kampf des Marxismus um den ‚gerechten Lohn‘ vollkommen berechtigt erschien, zumal der Marxismus eine Abwehrbewegung gegen das industrielle Elend, für gesündere Wohnungen und für die Hebung des sozialen Niveaus für die Arbeiterschaft darstellte.“

„Über Vorhalt“ sagte sie aus: „Das Schlagwort ‚Diktatur des Proletariats‘ habe ich wohl gehört. Ich stelle mir darunter den Zustand vor, wie er derzeit in Russland ist. Die Frage, ob ich diesen Zustand gut heiße, kann ich nicht beantworten, weil ich ihn ja aus eigener Wahrnehmung nicht kenne. Ebenso wenig kann ich die Frage beantworten, ob mir die deutschen oder die russischen innenpolitischen Verhältnisse erstrebenswerter erscheinen. Richtiger gesagt, wollte ich zum Ausdruck bringen, dass mir ein Leben in Deutschland schon deshalb besser erscheint, da ich ja die russischen Verhältnisse nicht aus eigener Wahrnehmung kenne, und es mir in Deutschland nicht schlecht gegangen ist.“

Marie hatte offensichtlich von ihren Zellengenossinnen gelernt: sie gab nur das zu, was nachweisbar ist, sonst versuchte sie sich geschickt herauszureden. Ganz dumm konnte sie sich aber nicht stellen. Damit hätte sie die Gestapo-Beamten nur noch mehr provoziert und wäre unglaubwürdig geworden. Sie riskierte damit viel, denn sie konnte damals nicht wissen, dass der Konfident der Gestapo, als Folge der langen Untersuchungshaft, zur Wehrmacht eingezogen und an die Front geschickt worden war, weshalb er als Zeuge der Gestapo nicht mehr zur Verfügung stand.

Siegfried Köhl, Student aus Linz, und Marie waren tatsächlich oft in der Westbahn gemeinsam gefahren. Er zu seiner Familie, sie in die Heimat ihrer Mutter, an den Attersee. Sie waren ein Paar. Aber ihm verdankte sie einige der schlimmsten Momente ihrer Haftzeit. Immer wieder erzählte sie davon. Bei einer Gegenüberstellung bei der Gestapo versuchte er sie zu einem Geständnis zu überreden: „Marie gib es doch zu! Die wissen eh alles! Es passiert Dir nichts! Es wird nicht so schlimm!“ Bis ins hohe Alter schwangen bei der Erzählung dieser Geschichte die maßlose Enttäuschung mit, die sie damals erleben mus-



Marie Tidl (1916–1995)

ste: Der Freund, der Genosse redet dir zu, dich selbst auszuliefern!

NS-Anwalt Walter Riehl

Marie blieb standhaft und leugnete. Wäre sie umgefallen, hätte es sicher keinen Freispruch gegeben. Maria Wendl, ihre Mutter, war währenddessen nicht untätig. Jeden Besuchstermin nahm sie wahr, sie brachte Essen, Wäsche, Bücher, Schreibmaterial. Alles, was zum Leben im Gefängnis bewilligt wurde. Vor allem aber war sie es, die ihrer Tochter wahrscheinlich das Leben rettete. Bei den politischen Prozessen in den ersten Jahren der Nazi Herrschaft gab es eine Reihe namhafter Rechtsanwälte, die dafür bekannt waren, die politischen Angeklagten zu vertreten. Sie waren meist selbst Gegner des Nazi-Regimes.

Maria Wendl ging einen anderen Weg. Sie bat einen überzeugten Nazi, ihre Tochter zu verteidigen. Wie begründete diese einfache Frau vom Land noch Jahre später diesen Schritt: Mächtige kannst du nur mit Mächtigen schlagen. Im sozialdemokratischen Hernalser Umfeld wurde diese Entscheidung nicht goutiert. Ihr war das egal. Sie wollte mit allen Mitteln ihre Tochter aus dem Gefängnis rausholen. Am 24. Juni 1940 bestätigte das Oberlandesgericht Wien, dass Marie Hofmann rechtsfreundlich vom Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl vertreten werde. Riehl war seit 1919 Vorsitzender der *Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei* (DNSAP), einer Schwesterpartei der NSDAP. Riehl konnte sich langfristig gegen Adolf Hitler nicht durchsetzen. Er verließ 1923 die DNSAP und trat 1930 der NSDAP bei. Auch wenn er nie seine einstige politische

Bedeutung wieder erlangte, blieb er doch in der nationalsozialistischen Bewegung eine anerkannte Größe. Er hat sicherlich Wesentliches zum Freispruch von Marie beigetragen.

Aber schon am 5. Mai 1939 hatte Gestapo-Chef Reinhard Heydrich, wegen des dringenden Verdachts der illegalen kommunistischen Betätigung, den Schutzhaftbefehl gegen Marie Hofmann unterzeichnet. „Ich kann mich genau erinnern, eines Tages hat fast jeder in unserem Stockwerk den ‚Schutzhaftbefehl‘ bekommen. Sie haben das an die Fensterscheiben gehalten und alle haben es gesehen.“ Und es gab bereits zeitgleich – fertig ausgestellt – einen „Rücküberstellungsantrag“ der Gestapo an den Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofes beim Landesgericht in Wien I: „Es wird ersucht, die Obgenannte nach Wegfall des derzeitigen Haftgrundes der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeileitstelle Wien zu überstellen zwecks der Abgabe in ein KZ.“

Damit wäre der Freispruch vom 5. Dezember 1940 bedeutungslos geworden. Die Gestapo hätte Marie sofort nach dem Ende der Haft in ein KZ überstellt. Ob sie die folgenden fünf Jahre in einem KZ überlebt hätte – mit ihrer körperlichen Beeinträchtigung, ein Bein war nach schwerer Krankheit in ihrer Jugend kürzer – ist fraglich. Walter Riehl, der nach Erzählungen tatsächlich von der Unschuld Mariens überzeugt war, ließ jedenfalls alle seine Verbindungen spielen, um Marie die Schutzhaft zu ersparen. Rudolf Popper, der ebenfalls am 5. Dezember 1940 freigesprochen worden war, wurde in ein KZ überstellt und starb dort.

Letztlich dürfte Marie auch ihr Äußeres bei der Verteidigung geholfen haben. Sie war nicht nur ausnehmend hübsch, sie entsprach auch voll und ganz dem nationalsozialistischen Idealbild vom deutschen Mädels: blond mit halblangem Haar, blaue Augen, stattliche Figur, "arischer" Gesamteindruck – auch wenn zwei Jahre Haft nicht spurlos an ihrem Äußeren vorbeigegangen waren.

Dissertation im Gefängnis

Die meiste Zeit ihrer Untersuchungshaft war sie im Gefangenenhaus des Landgerichts für Strafsachen Wien I. in der Landesgerichtsstraße eingesperrt: vom 21. August 1939 bis zum 16. Juli 1940. Für ihre Verhandlung wurde sie in das Gerichtsgefängnis in der Schiffamts-gasse überstellt. An die Situation im Landesgericht erinnerte sie sich: „Wir waren zu dritt. Eine Prostituierte, eine Baronin

und ich. Die Baronin von der Kettenburg, die einmal Vorsteherin in der Schule war, die ich besucht habe, war wegen eines Gedichtes gegen Hitler eingesperrt worden. Die Prostituierte ist immer am Klo gesessen, sie hat an den Folgen einer Geschlechtskrankheit gelitten, die Baronin, den Rosenkranz durch ihre Finger perlend, ist auf und ab gegangen und ich bin am Tisch gesessen und habe meine Dissertation fertig geschrieben.“

Marie schrieb – und das ist wahrscheinlich einzigartig – im Gefängnis ihre Dissertation, mit allen Mitteln unterstützt von ihrer Mutter. Marie, die von ihrem Schutzhaftbefehl wusste und nicht mehr damit rechnen konnte, ihr Studium jemals zu beenden, wollte nicht klein beigeben und arbeitete immer eifriger an ihrer Dissertation. Maria Hofmann, die 48-jährige Mutter, ein Waisenkind aus Nußdorf am Attersee, mit einer vierklassigen Volksschulausbildung, setzte als Marie Hofmann an der Universität das Studium ihrer Tochter fort. Im Studienbuch finden sich für das Wintersemester 1938/39 die Unterschriften für die Teilnahme an den Vorlesungen. Die Eintragungen sind zwar ungelent und man erkennt den Unterschied zu den vorigen Semestern, aber die Professoren Srbik, Egger, Krug und Wiepner haben eigenhändig bestätigt, dass Fräulein Marie Hofmann an ihren Vorlesungen teilgenommen hat. Marie saß aber bereits seit 19. November 1938 im Gefängnis.

Auch die Bestellscheine der Universitätsbibliothek füllte Maria Hofmann aus, entlehnte die Bücher im Namen ihrer Tochter und brachte sie ins Gefängnis. Die Gefängniswärter wunderten sich über die für sie exotischen Titel: „Grundriss der französischen Literaturgeschichte“, „Französisches Proseminar“, „Französische Literatur“. Die Seiten der Bücher wurden von der Wache genau gezählt und vermerkt. Bei der Rückgabe ebenso. Die damals knapp 50-jährige Frau, die sehr charmant und höflich sein konnte, fand offensichtlich Sympathie beim Wachpersonal, alles ältere Männer, die vielleicht die Kaiserzeit noch lebhaft in Erinnerung hatten. Sie konnten nicht viel tun, aber zumindest machten sie Frau Hofmann keine unnötigen Schwierigkeiten.

Während Maria Hofmann ihre Tochter an der Universität vertrat, schrieb diese Seite um Seite an der Dissertation. Das Original ist noch erhalten: Es sind 97 Blatt Papier, glatt, meist einseitig mit Tinte geschrieben. Die Schrift ist leicht lesbar, die Seiten mit Text maximal ausgefüllt. Wann und wie es Mutter und

Tochter gelungen ist, die fertige Dissertation aus dem Gefängnis herauszubringen, bleibt ihr Geheimnis.

Fortsetzung des Studiums

Am 17. April 1940, Marie war immer noch in Untersuchungshaft, bestätigte das Dekanat der Philosophischen Fakultät der Universität, dass die Dissertation mit dem Thema „Die Frauenarbeit in der n.ö. Textilindustrie. Ihre Entwicklung in den ersten 100 Jahren bis 1848 mit besonderer Berücksichtigung der Fabrikarbeiterin“ mit 10. April 1940 approbiert wurde. „Textilarbeiterinnen in Österreich: Damals hat man sich mit Sozialgeschichte überhaupt nicht befasst, das war damals – möchte ich fast sagen – eine Pionierleistung auf diesem Gebiet. Die Dissertation hat Srbik gefallen, und er war fest davon überzeugt, dass die Gestapo sich geirrt hatte, dass ich wirklich ein unschuldiges Mädchen bin. Ich hab auch genau wie eine HJ-Führerin ausgeschaut. Srbik hat sich für mich eingesetzt und ich wurde freigesprochen vom Disziplinarausschuss“, so Marie Tidl viele Jahre später. Wieder in Freiheit, setzte sie ihr Studium fort. Schon am 3. Februar 1941 legte sie die Prüfungen im Hauptfach „Mittlere und Neuere Geschichte“ und in den Nebenfächern „Römische Altertumskunde“ und „Philosophie“ mit sehr gutem Erfolg ab. Am 5. April 1941 wurde Marie Hofmann das Doktordiplom der Philosophischen Fakultät mit dem Gesamturteil „sehr gut“ verliehen.

Am 18. Juni 1941 meldete sie sich zur Lehramtsprüfung für die Fächer „Geschichte“ und „Deutsch“ an. Ihr Studienbuch füllte sie für das Wintersemester 1941/42 wieder selbst aus: Sie inskribierte Übungen und Lehrveranstaltungen bei Srbik, Nadler, Kralik und bei Rieder. Am 14. Juli 1942 bestand sie die Lehramtsprüfung und wurde „hiemit befähigt, Geschichte und Deutsch als Hauptfächer an Höheren Schulen mit Ausschluss von Gymnasien zu lehren“. Ende 1941 begann sie an der Maturaschule Roland Deutsch und Geschichte zu unterrichten. Erst als sie im April 1943 am Staatlichen Studienseminar ihre Pädagogikausbildung fortsetzte, hörte sie bei Dr. Roland auf. Am 6. Juni 1944 bestand sie mit befriedigend die Prüfung für das Lehramt an Höheren Schulen. Damit hatte sie ihr Ziel, das sie sich von Kindheit an gesetzt hatte, erreicht.

Nicht unterschätzt werden sollte die Rolle von Heinrich Srbik. Er half seiner Studentin Marie, wann immer es in seiner Macht lag. In den Akten findet sich

folgende handschriftliche Empfehlung vom 12. Februar 1943: „Ich bestätige, dass Fräulein Dr. Marie Hofmann bei mir eine Dissertation [...] vollendet hat. Diese Arbeit hat sich durch außerordentliche Qualität hervorgetan. Frl. Dr. Hofmann hat dann 1941 mit sehr gutem Erfolg die Lehramtsprüfung aus Geschichte bei mir abgelegt. Ich halte Frl. Dr. Hofmann für außerordentlich begabt.“

Unterricht in Spittal a. d. Drau

Nach ihrer Entlassung aus der Haft hat sich Marie in Wien nicht mehr politisch betätigt. Sie war sich sicher, dass die Gestapo sie observierte. Es war wohl auch ihre Mutter, die in dieser Frage ein Machtwort sprach. Sie konnte für lange Zeit nichts mehr hören von allem, was mit Politik zu tun hatte.

Im Büro des Reichsstatthalters in Wien war die Abteilung II für den Einsatz der Lehrkräfte im ganzen Deutschen Reich zuständig. Marie sollte einen Posten in den Niederlanden antreten. Inzwischen war ihr Vater gestorben und die Mutter bekam eine Rente von 50 RM. Sie war daher auf die Unterstützung ihrer Tochter angewiesen. In einer Eingabe an den Reichsstatthalter führte Marie die notwendige Unterstützung ihrer Mutter und ihre versteifte Hüfte als Argumente gegen ihre drohende Versetzung an. Die Dienstzuteilung wurde zurückgezogen, worauf jedoch Polen angedacht wurde. Auch das konnte Marie verhindern. Gegen Spittal an der Drau konnte sie aber wenig einwenden. So wurde sie per 16. September 1944 nach Kärnten versetzt, wo sie am 2. Oktober an der Oberschule für Jungen zu unterrichten begann.

„An meiner Schule in Spittal waren zwei Lehrerkollegen, die die Partisanen unterstützten. [...] ‚Smert Faschismu‘ – Tod dem Faschismus, wir haben kleine Sterne mit dieser Aufschrift geklebt und Flugblätter gemacht. Der eine Kollege ist einmal ganz entzückt zu mir gekommen und hat gesagt: ‚Weißt Du, was ich jetzt singe in der 8. Klasse? Ich singe: Ich hört ein Sichlein rauschen!‘ Das war wirklich eines der Lieder, die damals im Liederbuch waren. Mit einem ganz bestimmten Hintergedanken hat er das gesungen.“ In den wenigen Monaten bis zum Ende des NS-Regimes fand Marie Hofmann keinen Kontakt zu anderen AntifaschistInnen, mit Ausnahme der beiden slowenischen Lehrer, mit denen sie Medikamente, Verbandszeug, Kleider und Schuhe für die Partisanen sammelte. Nach der Befreiung Kärntens beteiligte sie sich am Aufbau der KPÖ im Bezirk Spittal.

Bald nach Kriegsende heiratete sie den Agraringenieur Johann Tidl. Mit ihm kehrte sie nach Wien zurück. Sie hieß von da an Marie Tidl und unterrichtete im Mädchenrealgymnasium in der Haitzingergasse und später in der Hegelgasse. Aus ihrer kommunistischen Gesinnung machte sie zwar kein Geheimnis, aber im Unterricht hat sie diese außen vor gelassen. Als Schriftstellerin hat sie jedoch Farbe bekannt und sich kein Blatt vor den

Mund genommen. In der Zeit, in der sie schriftstellerisch am aktivsten war, tobte der Kalte Krieg, Antikommunismus war sehr modern, Antifaschismus weniger. Deshalb hat Marie Tidl fast alles unter Pseudonym geschrieben. Als Marie Hofmann und als Marie Wendl, der Mädchennamen ihrer Mutter. Ihr 1976 erschienenes Buch über die „Roten Studenten“ in den Jahren 1938 bis 1945 gilt auch heute noch als Standardwerk.

Symposium „Demontage der sozialen Standards“

Wie schon in früheren Jahren hielt die *Alfred Klahr Gesellschaft* auch heuer mit dem *Bildungsverein der KPÖ Steiermark* ein gemeinsames Symposium ab. Es fand am 12. November 2016 im Volkshaus Graz statt und hatte ein brennend aktuelles Thema zum Inhalt: „Die Demontage der sozialen Standards in Österreich und der Europäischen Union“. Als Hauptreferent konnte einer der ausgewiesenen Experten auf diesem Gebiet, Univ.-Prof. Dr. Emmerich Tálos (Foto rechts), gewonnen werden. Nach der Eröffnung durch den Präsidenten der AKG, Dr. Walther Leeb, und dem Obmann des KPÖ-Bildungsvereins, Ernest Kaltenecker, gab Tálos einen inhaltsreichen Überblick über die Entwicklung der Sozialpolitik in Österreich, definierte deren Kriterien und Bestandteile (Arbeitsrecht, familienrelevante Maßnahmen, Versicherungsprinzip, Versorgungsprinzip, Schutz der ökonomisch Schwächeren, Finanzierung durch Umlageverfahren, staatliche Zuschüsse), behandelte sowohl die Periode des Ausbaus nach 1945 als auch die ab der Mitte der 1980er Jahre eingetretene Trendumkehr, benannte deren Ursachen und zeigte deren restriktive Wirkungen auf die Arbeitenden, PensionistInnen und Arbeitslosen auf. Die ähnlich gelagerte Situation in den EU-Mitgliedsstaaten skizzierend (hohe Arbeitslosigkeit, atypische Beschäftigungsverhältnisse, Verschlechterung der Arbeits- und Einkommensbedingungen, Ungleichverteilung, Armut und Ausgrenzung, Flüchtlingsbewegungen), schloss Tálos seine Ausführungen mit den Worten: „Die EU hat ihre Existenzberechtigung verwirkt.“

Claudia Klimt-Weithaler, Vorsitzende der KPÖ Steiermark und Abgeordnete zum steiermärkischen Landtag seit 2006, schilderte die Protestbewegung gegen die Maßnahmen in der

Zeit der „Reformpartnerschaft“ Voves-Schützenberger, bei der es gelang, ein breites Bündnis zu schaffen und zehntausende Menschen auf die Straße zu bringen.

Sie legte die Grundsätze der KPÖ Steiermark in der Sozialpolitik dar und erläuterte an mehreren Beispielen eindrucksvoll, bei welchen Kampagnen zu zum Tragen kamen.

Anne Rieger (*Gewerkschaftlicher Linksblock Steiermark*) beschäftigte sich mit den Angriffen von EU und Unternehmervereinigungen auf die Gewerkschaften. Sie zeigte anschaulich die Methoden, diese zu schwächen und die Gewerkschaftsrechte einzuschränken (Unterminierung des Kündigungsschutzes, Verdrängung der Kollektivverträge durch Tarifverträge in Einzelbetrieben, Untersagungen der Wahl von Betriebsräten usw.) und schlussfolgerte daraus, welche großen Aufgaben vor dem ÖGB und dem GLB bei der Abwehr der Kapitaloffensive stehen.

Der abschließende Vortrag von Mag. Gerald Oberansmayr (*Solidar-Werkstatt Österreich* in Linz) zeigte anhand zahlreicher Schautafeln und Graphiken, basierend auf eigenen Berechnungen, die krasse Schiefelage zwischen der Lohn- und Profitentwicklung in der EU auf, für deren Mächtige der Sozialstaat schon längst zum „Auslaufmodell“ geworden ist. An die einzelnen Referate, allesamt von hoher Qualität und Informationsdichte, schloss sich eine lebhaft Diskussionsrunde an.

HANS HAUTMANN



Herta Heidegger: Geschichten aus meinem Leben. Graz: Eigenverlag 2015, 163 S., 10,- Euro

Die KPÖ- und BDF-Aktivistin Herta Heidegger kann auf ein langes Leben mit beeindruckenden politischen Erfahrungen zurückblicken. Am 17. November 1928 in Bruck an der Mur geboren, arbeitete sie nach einer schweren Kindheit als Kindermädchen, Haushaltshilfe und als Verkäuferin in einer Konditorei. Zu dieser Zeit lernte sie ihren späteren Mann, den Angestellten Hubert Heidegger, Laborant im Stahlwerk, kennen und zog mit ihm nach Trofaiach, wo Hubert auch als Gemeinderat für die KPÖ aktiv war.

Herta Heideggers wichtigstes Politikfeld wurde der *Bund demokratischer Frauen* (BDF), die von der KPÖ initiierte überparteiliche Frauenorganisation. Schon in den 1950er Jahren besuchte sie Frauenkongresse und -veranstaltungen des BDF in der Steiermark und in Wien. Schwerpunkte der politischen Arbeit des BDF waren die Kämpfe der arbeitenden Frau um wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung sowie die internationale Friedensbewegung. Vor Ort verband Heidegger ihr Engagement für die Sache des BDF mit ihren eigenen Stärken und ihrer großen Liebe zur Bastelarbeit, zum Kunsthandwerk und zur Schneiderei. Sie organisierte mehrere BDF-Gruppen im Bereich Kapfenberg-Leoben-Eisenerz, in denen die politische Kleinarbeit geschickt mit der Handarbeitstätigkeit kombiniert wurde. Es wurden zahlreiche Ausstellungen durchgeführt und die meisten der selbst hergestellten Produkte ließen sich auch gut verkaufen. Herta Heideggers Unermüdlichkeit wurde in den 1970er Jahren mit einer Teilzeitanstellung belohnt. Sie wurde nun Sekretärin des BDF für die Obersteiermark.

Ende der 1970er Jahre nahm Herta Heidegger an einem Schulungslehrgang in Moskau teil. Vier Wochen lang wurde sie dabei gemeinsam mit zahlreichen aktiven KommunistInnen aus aller Welt im Moskauer Institut für Gesellschaftswissenschaften in den wissenschaftlichen Sozialismus eingeführt. Als belesene Frau war Herta beeindruckt vom hohen Niveau der Ausbildung, von den vielen Begegnungen mit Genossen aus aller Herren Länder, aber auch von der Stadt Moskau, die sie so erstmals besuchen durfte.

Ein weiterer wichtiger Beitrag von Herta Heidegger, sowohl zur Vertiefung der Freundschaft zwischen den Völkern

als auch zur Hebung von Kultur und Geselligkeit im Umfeld der KPÖ, war ihre Organisation von zahlreichen Gruppenreisen in die Staaten der ehemaligen Sowjetunion und des realen Sozialismus in Osteuropa, einschließlich Jugoslawiens, vereinzelt auch in andere europäische Länder. In den 1980er und 1990er Jahren konnten so hunderte TeilnehmerInnen den „anderen Teil Europas“ und dessen Menschen besser kennenlernen.

1985 wurde Herta Heidegger in den Trofaiacher Gemeinderat gewählt, wo sie sich als fleißige und disziplinierte Gemeinderätin einen Namen machte. In den zwölf Jahren ihrer kommunalpolitischen Arbeit stellte sie zahlreiche Anfragen und Dringlichkeitsanträge zum Wohle der arbeitenden und pensionierten Menschen. Die erste Periode gemeinsam mit dem routinierten Karl Rennhofer, bis 1993 schließlich alleine. Ein großer persönlicher Erfolg Heideggers war die Errichtung eines antifaschistischen Mahnmals in Trofaiach durch die Stadtgemeinde im Jahr 1996.

Herta Heidegger ist für die KPÖ Steiermark ein lebendiges Beispiel für die Notwendigkeit der revolutionären Kleinarbeit. Auch heute, im Alter von 88 Jahren, ist sie nicht müde geworden. Sie liest viel, unterstützt die KPÖ bei ihren Aktivitäten und sucht noch immer intensiven Kontakt mit jüngeren und ganz jungen Menschen. Ihre Ende 2015 erschienenen Lebenserinnerungen können bei der Bezirksleitung der KPÖ Leoben (LE@kpoestermark.at) bezogen werden.

JÜRGEN ENSER

Lisl Rizy/Willi Weinert (Hg.): „Mein Kopf wird euch auch nicht retten“. Korrespondenzen österreichischer WiderstandskämpferInnen aus der Haft. Wien: Wiener Stern-Verlag 2016, 4 Bände, 2224 S., 78,- Euro

Unmittelbar nach der Befreiung 1945 veröffentlichten die Überlebenden „letzte Briefe“ von hingerichteten Widerstandskämpfern und Widerstandskämpferinnen. Sie haben seither einen festen Platz in Gedenkveranstaltungen sowie Büchern und Aufsätzen über den antifaschistischen Widerstand. Doch sind „diese immer wieder publizierten letzten Briefe und Abschiedsbriefe nur ein schmaler und inhaltlich sehr reduzierter Aspekt in diesen vielen Leben, die unter der Guillotine endeten“, wie Lisl Rizy und Willi Weinert schreiben; keineswegs würden „sich in ihnen die gewichtigsten Äußerungen der Men-

schen widerspiegeln“ (S. 11). Anliegen des Werks war es daher, „möglichst viele Briefe der noch vorhandenen Korrespondenz auszuwählen, sodass Menschen, denkende, Angst habende, liebende Menschen, Menschen mit Alltagsorgen, Menschen mit unterschiedlichem Charakter etc. gezeigt werden, die nicht auf flache (und gleichzeitig überhöhte) Heldenbilder verkürzt sind“ (S. 9). Das ermöglicht es auch, „bei diesen Menschen die physischen und psychischen Veränderungen während ihrer Haft ansatzweise nachvollziehbar zu machen“ (S. 11).

Mit dieser Absicht unterscheidet sich das Werk von allen früheren derartigen Veröffentlichungen. Jenen war es „nicht um exakte, wortidentische Wiedergaben“ gegangen, „sondern darum, mit den ausgewählten Passagen den Lesern das tragische Schicksal dieser Protagonisten des österreichischen Widerstandes vor Augen zu führen“ (S. 2190). Rizy/Weinert machen Kürzungen durch Auslassungszeichen sichtbar und fügen den Inhalt der weggelassenen Passagen in eckigen Klammern hinzu, z.B. „[weitere Grüße]“ oder „[Familiäres]“.

Den eigentlichen Korrespondenzen vorangestellt ist jeweils eine Kurzbiografie (meist mit Bild) und ein Auszug aus dem Todesurteil, der die Widerstandstätigkeit des bzw. der Hingerichteten verdeutlicht. Wenn im selben Verfahren weitere Personen verurteilt wurden, so finden sich illustrierte biographische Angaben auch zu diesen Angeklagten im Vorspann. Indem sie in die Korrespondenzen immer wieder auch Zitate aus NS-Dokumenten montieren, gelingt es Rizy und Weinert, die Briefe der Inhaftierten und der Angehörigen als in sich schlüssige Geschichten über Widerstand und Verfolgung nachvollziehbar zu machen.

In der historischen Einleitung werden die einzelnen Stationen von der Verhaftung durch die Gestapo bis zum Todesurteil durch den Volksgerichtshof oder den für „Hochverratsachen“ zuständigen Senat des Oberlandesgerichts dargestellt, wobei auch die Unterschiede zwischen Polizeihaft und Untersuchungshaft erläutert werden. Dabei wird mit so manchen Legenden aufgeräumt – beispielsweise, dass die Verhaftungen immer in den frühen Morgenstunden erfolgt seien. Rizy/Weinert machen klar, dass es zwar Ausnahmefälle gab, in denen Verhaftete mehrere Tage oder sogar Monate in der Gestapozentrale am Morzinplatz festgehalten wurden, dass aber die Verhafteten meist nur wenige Stunden am Morzinplatz zubrachten. Orte der Polizeihaft

waren in Wien das Polizeigefängnis Rossauer Lände („Liesl“), das Gefängnis des Amtsgerichts in der Schifffamts-gasse oder mitunter, aus Platzmangel, auch das „Grauen Haus“, d.h. das Landesgericht (in der NS-Zeit: Landgericht) Wien I. Von dort wurden die Verhafteten mit dem „grünen Heinrich“ zu Verhören und Gegenüberstellungen zum Morzinplatz gebracht. Sobald über sie die Untersuchungshaft verhängt wurde, kamen sie aus der Polizeihaft in ein Gefängnis – in der Landesgerichtsstraße (LG Wien I), am Hernalser Gürtel (LG Wien II) oder auf dem Mittersteig (Gefängnis des Amtsgerichts Margareten).

Auf die historische Einleitung folgt ein umfangreicher Abschnitt über die verschiedenen Formen der Häftlingskommunikation, der auf zahlreiche Fragen, die die nachfolgend abgedruckten Korrespondenzen aufwerfen, eingeht. Dazu gehören die von der Gefängnisverwaltung vorgegebene Frequenz, in der Briefe geschrieben und empfangen werden durften, sowie die Funktion und Arbeitsweise der Zensur.

Neben dem „offiziellen“ Schriftverkehr spielten die so genannten „Kassiber“ eine zentrale Rolle in der Häftlingskommunikation. An zahlreichen Beispielen wird gezeigt, wie diese Kommunikation funktionierte – und welche Bedeutung sie hatte, um beispielsweise Warnungen an die Angehörigen der Widerstandsgruppen „draußen“ weiter zu geben, d.h. über mutmaßliche Spitzel und über das Wissen, über das die Gestapo bereits verfügte, zu informieren.

Die emotional wichtigste Form der Kommunikation bildete der persönliche Kontakt. Immer wieder gab es Besuchs-

beschränkungen, in einigen Sonderfällen waren aber auch Besuche zwischen inhaftierten Eheleuten und Verwandten möglich. In mehreren Zitaten wird die Bedeutung des Besuchs der Kinder im Gefängnis gezeigt. Der Abschnitt behandelt auch technische Fragen wie Papier und Schreibwerkzeug, und zwar nicht nur bei den Kassibern, sondern auch bei den offiziellen Briefen.

In ihrer Ausführlichkeit bildet die Darstellung der Häftlingskommunikation eine Pionierarbeit in der Forschung zum Nationalsozialismus. Zusätzlich zeichnet diesen Abschnitt das Eingehen auf einzelne Themen aus, die in den Briefen behandelt werden – dazu zählen auch die vergeblichen Versuche, über den Inhalt von Briefen Einfluss auf die NS-Behörden zu nehmen, die Selbstvorwürfe, mit denen sich zahlreiche Verurteilte quälten, und Überlegungen, wie sie einer Hinrichtung entgehen könnten (z.B. durch „Frontbewährung“).

Der Schriftsteller und Journalist Wolfgang Paterno charakterisiert im *profil* (5.11.2016) die vier Bände als „eine Art Asservatenkammer aktiver Auflehnung gegen die NS-Terrorjustiz, polyphones Zeugnis der Zeit, epische Erzählung, Denkmal und Mahnmal zugleich. Ein Stück heimischer Geschichte als Kerkerchor, aus jener Schattenwelt ans Licht geholt, die nach 1945, als sich die neue Zeit zwischen den Trümmern sortierte, beschämend wenig Beachtung fand.“

Voraussetzung für ein derartiges Werk waren nicht nur jahrelangen Recherchen in Archiven, sondern vor allem auch das Zusammenwirken mit noch lebenden Angehörigen. Auf den mehr als 2.200 Seiten dokumentieren die vier Bände nicht nur die Korrespondenz von fast 180 WiderstandskämpferInnen, sie sind auch reichhaltig illustriert – und zwar mit Personenfotos, Fotos von Plakaten, Gedenktafeln, Denkmälern und Grabsteinen, weiters mit Faksimiles von Briefen, Postkarten und Kassibern sowie NS-Dokumenten: das Verzeichnis am Ende des vierten Bandes listet 2187 Abbildungen auf.

Eine besondere Form der „Illustration“, die der Verwendbarkeit der Publikation für die Gestaltung antifaschistischer Gedenkveranstaltungen zusätzlich förderlich ist, bilden Gedichte und kurze literarische Texte – teilweise von den Gefangenen selbst verfasst, teilweise aus der Auseinandersetzung österreichischer Autorinnen und Autoren mit dem antifaschistischen Widerstand entstanden. Bestellungen an: info@sternverlag.at.

WINFRIED R. GARSCHA

Robert Krotzer: Langes Schweigen. Der NS-Faschismus in österreichischen Schulbüchern, hg. vom KZ-Verband/VdA. Wien 2015, 132 S.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“, so lautete die Forderung der überlebenden Opfer der NS-Herrschaft nach ihrer Befreiung vom Joch der Tyrannei. Der Geist dieser Losung fand auch Eingang in die Verfassung der neu erstandenen Zweiten Republik. Vielfach anders verhielt es sich hingegen in der österreichischen Nachkriegsgesellschaft im politischen und gesellschaftlichen Umgang und der alltäglichen Auseinandersetzung mit der braunen Vergangenheit. Rasch waren sogar schwer belastete NS-Funktionäre wieder in hohen Posten, um ihre Stimmen buhlten die beiden Großparteien ebenso wie der als Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten entstandene *Verband der Unabhängigen* (VdU), die spätere FPÖ. An vielen Stammtischen lebte die Erinnerung an die „heldenhafte Zeit“, antisemitische Einstellungen waren unter anderem auch an den österreichischen Hochschulen keineswegs verpönt – nicht nur in Kreisen deutschnationaler Burschenschaften. Der deutsche Angriffskrieg wurde hingegen zur „Heimatverteidigung“ umgedeutet, WiderstandskämpferInnen galten vielen als „Verräter“, wie auch jene als „Nestbeschmutzer“ angesehen wurden, die auf die österreichische Mitverantwortung an den Verbrechen des NS-Faschismus hinwiesen.

Dazu beigetragen hat nicht zuletzt das lange Zeit vermittelte Geschichtsbild des offiziellen Nachkriegsösterreichs, dem eher Begriffe wie Geschichtsvergessenheit, Geschichtsverdrängung oder Geschichtsverfälschung gerecht werden. Es herrschte „langes Schweigen“ im Österreich der Nachkriegszeit über die dunklen Jahre des NS-Faschismus – auch und gerade in den Schulen, wie der Grazer Lehrer und Historiker Robert Krotzer in seiner vom KZ-Verband herausgegebenen Publikation nachweist.

Krotzer untersuchte für seine Studie 30 Schulgeschichtsbücher der Zweiten Republik darauf, wie in ihnen der Aufstieg des Faschismus, die NS-Ideologie, die Shoah oder auch der antifaschistische Widerstand über die Jahrzehnte hinweg dargestellt wurden. Daraus entstand ein kritischer Blick auf den problematischen Umgang Österreichs mit seiner braunen Vergangenheit. Krotzer arbeitet mit scharfem Blick die Brüche, Veränderungen und Widersprüche der Darstellung

No pasarán!

Am 26. November 2016 fand in der VHS Hietzing ein von der *Alfred*



Klahr Gesellschaft mitveranstaltetes Chorkonzert zum Thema „80 Jahre Internationale Brigaden“ statt. Neben den *Gegenstimmen* begeisterte Gabriela Schmall mit ihrer Lesung das zahlreich erschienene Publikum. Im Bild Rudi Burda, der für das Programm verantwortlich zeichnete.



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Der umstrittene Austrofaschismus Emmerich Tálos im Gespräch mit Hans Hautmann

Die Kontroversen über den Charakter des österreichischen Regimes der Jahre 1933 bis 1938 sind Legion. Handelte es sich lediglich um eine mit dem Etikett „Ständestaat“ versehene „autoritäre“ Herrschaftsform, um eine „Kanzlerdiktatur“, um einen „gemäßigten Halbfaschismus“, oder lässt es sich in eine Typologie des Faschismus insgesamt einordnen? Emmerich Tálos hat dazu die bisher umfassendste und fundierteste wissenschaftliche Studie vorgelegt. Er kommt darin zur Schlussfolgerung, dass das Herrschaftssystem von 1933 bis 1938 sehr wohl als eigenständiges Regime faschistischer Prägung angesehen werden kann und die Kennzeichnung als Austrofaschismus legitim ist. In der Veranstaltung sollen die Ergebnisse seiner Analysen dargelegt und diskutiert werden.



Univ.-Prof. Dr. **Emmerich Tálos** war von 1983 bis 2009 Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu den Themen Sozialstaat, Wohlfahrtsstaatvergleich, Sozialpartnerschaft und politische Entwicklung Österreichs im 20. Jahrhundert, zuletzt: *Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938. Wien: Lit-Verlag 2013 (2. Auflage), 632 S.*

Mittwoch, **25. Jänner 2017**, 19.00

Kulturcafé 7Stern, Siebensterngasse 31, 1070 Wien

7★STERN

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Jürgen Enser,

Winfried R. Garscha, Peter Goller, Heimo

Halbrainer, Hans Hautmann, Manfred

Mugrauer, Florian Schwanninger, Georg Tidl

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

BIC: OPSKATWW

des Nationalsozialismus in den Schulbüchern heraus. Diese korrespondierten in den meisten Fällen mit den Auseinandersetzungen und Änderungen des entsprechenden Diskurses auf politischer und gesellschaftlicher Ebene. So macht Krotzer beispielsweise vor dem Hintergrund des Kalten Krieges den Antikommunismus als eine jahrzehntelange Konstante in den österreichischen Schulbüchern aus. Dieser konnte „von der Totalitarismusthese über die Verbreitung antisowjetischer Ressentiments bis zur Ausklammerung des kommunistischen Widerstands reichen“. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten dominierte auch die so genannte „Opferthese“, „erste kritischere Darstellungen in den Schulbüchern, die auch den Beitrag österreichischer Nationalsozialisten zum ‚Anschluss‘ oder den Jubel breiter Bevölkerungsteile im März 1938 thematisieren“, sind erst vereinzelt in den 1960er Jahren zu finden. Der „Hinweis auf Österreichs Mitverantwortung an Faschismus und Krieg in der Moskauer Deklaration [wurde] gar als Raffinesse der sowjetischen

Außenpolitik dargestellt“, so Krotzer. Laut ihm war auch die Analyse des Faschismus „jeglicher historischen und gesellschaftlichen Einbettung entrückt“. Er sei „als klassenübergreifende Sammelbewegung“ dargestellt worden, „deren leitende Motive ausschließlich ideologischer Natur gewesen wären“. Laut dem Autor überwiege die Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg sehr deutlich, „die Ausführungen über das System des NS-Faschismus und dessen Verbrechen“ seien „in der Regel knapp und werden auf wenigen Seiten abgehandelt“. Lange Zeit wurden laut Krotzers Studie die gefallenen Wehrmachtssoldaten noch vor den Opfern der NS-Vernichtungspolitik genannt bzw. subsumierte man beide Gruppen unter einem vagen „Opfer“-Begriff.

Krotzer verortet einen Paradigmenwechsel in den späten 1980er Jahren. Danach seien auch „die Kriegsverbrechen im Zuge der als Vernichtungskriege geführten Feldzüge gegen Polen und die Sowjetunion, der lange Zeit vernachlässigte Widerstand der ArbeiterInnen-

bewegung sowie ebenso lange Zeit ausgeklammerte Opfergruppen wie körperlich oder geistig beeinträchtigte Menschen und Homosexuelle“ verstärkt in den Fokus der historischen Auseinandersetzung gerückt worden.

Wie die Widerstandskämpferin und langjährige Landesvorsitzende des KZ-Verbands Steiermark Maria Cäsar in ihrem Vorwort betont, soll die vorliegende Publikation „zur Stärkung einer Geschichtsschreibung, die nichts verschweigt und uns hilft, zu verstehen“ beitragen. Sie kann als Ermutigung für eine Geschichtsvermittlung dienen, die gerade junge Menschen befähigen soll, aus der Vergangenheit für eine lebenswerte Zukunft zu lernen. Nicht zuletzt stellt das Buch eine wichtige Anregung für AutorInnen und WissenschaftlerInnen dar, die selbst vor die wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe gestellt sind, Schulbücher zu verfassen bzw. an diesen mitzuwirken. Bestellungen an: bundesverband@kz-verband.at (Spendenempfehlung 10 Euro).

FLORIAN SCHWANNINGER